Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 24120 — 4529/60

Bonn, den 14. November 1960

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes

nebst Begründung (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen.

Der Bundesrat hat in seiner 224. Sitzung am 28. Oktober 1960 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Entwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Im übrigen hat der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Anlage 3 dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Gliederung

	Seite		Seite
ARTIKEL I		ARTIKEL VII	
Änderung des Abschnitts I des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt (RJWG): Allgemeines	3	Abschnitt VII: Heimaufsicht und Schutz der Pflegekinder in Heimen	10
ARTIKEL II		ARTIKEL VIII	
Änderung des Abschnitts II des RJWG: Jugendwohlfahrtsbehörden	3	Abschnitt VIII: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	10
ARTIKEL III		ARTIKEL IX	
Änderung des Abschnitts III des RJWG: Schutz der Pflegekinder	4	Abschnitt IX: Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige	11
ARTIKEL IV		ARTIKEL X	
Abschnitt III a: Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in besonderen Fällen	5	Änderung des Jugendgerichtsgesetzes	12
ARTIKEL V		ARTIKEL XI	
Änderung des Abschnitts IV des RJWG: Stellung des Jugendamts im Vormundschaftswesen; Vereinsvormundschaft	6	Bestimmungen und Bezeichnungen in anderen Vorschriften	12
ARTIKEL VI		ARTIKEL XII	
Neufassung des Abschnitts VI des RJWG: Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung		Ermächtigung des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen	12
1. Erziehungsbeistandschaft	7	ARTIKEL XIII	
2. Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung	7	Geltung in Berlin	12
		ARTIKEL XIV	
		Inkrafttreten	12

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Der Abschnitt I des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 28. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1035), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 fällt das Wort „Reichsjugendamt“ weg. Hinter dem Wort „Landesjugendämter“, werden die Worte „oberste Landesbehörden“, eingefügt.

2. In § 2 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für die Förderung der studentischen Jugend treten an die Stelle der Jugendwohlfahrtsbehörden die nach Landesrecht für den Bereich der Hochschulen zuständigen Stellen.“

3. Als § 2 a wird eingefügt:

„§ 2 a

„(1) Das Recht der Personensorgeberechtigten, die Grundrichtung der Erziehung des Kindes zu bestimmen, ist, auch wenn das Personensorge-recht beschränkt ist, bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe zu beachten, sofern hierdurch das Wohl des Kindes nicht gefährdet wird. Ihr Recht, die religiöse Erziehung zu bestimmen, ist stets zu beachten.

(2) Den Wünschen der Personensorgeberechtigten, die sich auf die Gestaltung der öffentlichen Jugendhilfe im Einzelfall richten, soll entsprochen werden, soweit sie angemessen sind und keine unvermeidbaren Mehrkosten erfordern.

(3) Die Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten ist bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe anzustreben.“

Artikel II

Der Abschnitt II des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird wie folgt geändert:

1. § 3 Nr. 1, 4 und 5 werden wie folgt gefaßt:

„1. Der Schutz der Pflegekinder gemäß §§ 19 bis 31 und der Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in besonderen Fällen gemäß §§ 31 a und 31 b;“

„4. die Mitwirkung bei der Erziehungsbeistandschaft, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung gemäß §§ 56 bis 75 b;

5. die Jugendgerichtshilfe nach den Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes;“.

2. § 4 wird wie folgt gefaßt:

„§ 4

(1) Aufgabe des Jugendamts ist ferner, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen für

1. Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen;
2. Mutterschutz vor und nach der Geburt;
3. Wohlfahrt der Säuglinge;
4. Wohlfahrt der Kleinkinder;
5. Wohlfahrt der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts;
6. Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend.

Zu den Aufgaben nach Satz 1 gehört es, im Rahmen der Einrichtungen und Veranstaltungen die notwendigen Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu gewähren.

(2) Zu den Aufgaben nach Absatz 1 gehört es auch, Einrichtungen und Veranstaltungen für das satzungsmäßige Eigenleben und die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und sonstigen Jugendgemeinschaften zu fördern.

(3) Das Jugendamt hat darauf hinzuwirken, daß die für die Wohlfahrt der Jugend erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen ausreichend zur Verfügung stehen. Soweit geeignete Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind, erweitert oder geschaffen werden, ist von eigenen Einrichtungen und Veranstaltungen des Jugendamts abzusehen.

(4) Träger der freien Jugendhilfe sind die freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt, juristische Personen, deren Zweck es ist, die Jugendwohlfahrt zu fördern, die Jugendverbände und sonstige Jugendgemeinschaften sowie die Kirchen und die sonstigen Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts.

(5) Träger der freien Jugendhilfe dürfen finanziell nur gefördert werden, wenn sie die Gewähr für eine zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten.

(6) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Maßnahmen näher zu bezeichnen, die zur Erfüllung der in Absatz 1 und 2 genannten Aufgaben nach den praktischen Erfahrungen oder dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis erforderlich sind."

3. Als §§ 4 a und 4 b werden eingefügt:

„§ 4 a

Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe sind unter Berücksichtigung der Eigenleistung nach den Grundsätzen zu fördern, die für die Finanzierung gleichartiger Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe gelten.

§ 4 b

Werden einem einzelnen Minderjährigen nach §§ 3 oder 4 Hilfen zur Erziehung gewährt, so gehört hierzu der in einer Familie außerhalb des Elternhauses des Minderjährigen, in einem Heim oder in einer sonstigen Einrichtung gewährte notwendige Lebensunterhalt."

4. § 5 wird § 6; das Wort „Reichs“ wird durch das Wort „Bundes“ ersetzt.
5. § 6 wird § 5; das Wort „privaten“ wird durch das Wort „freien“ ersetzt. Die Worte „und der Jugendbewegung“ fallen weg.
6. § 7 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:
„Für Minderjährige ohne gewöhnlichen Aufenthaltsort und für vorläufige Maßnahmen ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis der öffentlichen Jugendhilfe hervortritt.“
7. § 7 Abs. 2 fällt weg.
8. In § 11 Satz 1 werden die Worte „Vereinigungen für Jugendhilfe“ durch die Worte „freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt“ und das Wort „Jugendwohlfahrt“ durch das Wort „Jugendhilfe“ ersetzt.
9. § 13 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 8 werden wie folgt gefaßt:
„6. die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung;“
„8. die Heimaufsicht gemäß § 76 und die Aufgaben nach § 76 a.“
10. In § 14 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Landesjugendbehörde“ durch das Wort „Landesbehörde“ ersetzt.
11. Als § 14 a wird eingefügt:

„§ 14 a

Die oberste Landesbehörde soll die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe unter-

stützen, die Erfahrungen den Trägern der freien und der öffentlichen Jugendhilfe übermitteln sowie auch sonst für die Verwertung der gesammelten Erfahrungen sorgen. Sie soll insbesondere Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendhilfe anregen und fördern, soweit sie über die Verpflichtungen der Jugendämter und Landesjugendämter hinaus zur Verwirklichung der Aufgaben der Jugendhilfe im Lande von Bedeutung sind, in besonderer Weise die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe schaffen oder zur Behebung von besonderen Notständen erforderlich sind.“

12. Die Überschrift vor § 15 „3. Reichsjugendamt“ wird ersetzt durch die Überschrift

„Abschnitt II a

Bundesregierung und Bundesjugendkuratorium“

13. § 16 wird wie folgt gefaßt:

„§ 16

(1) Die Bundesregierung kann die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe anregen und fördern, soweit sie über die Verpflichtungen der Jugendämter, Landesjugendämter und obersten Landesbehörden hinaus zur Verwirklichung der Aufgaben der Jugendhilfe von Bedeutung sind.

(2) Die Bundesregierung legt alle 4 Jahre, erstmals zum 1. Juli 1963, dem Bundestag und dem Bundesrat einen Bericht über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe vor.“

14. § 17 wird wie folgt gefaßt:

„§ 17

(1) Zur Beratung der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe wird bei dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen ein Bundesjugendkuratorium errichtet.

(2) Das Nähere regelt die Bundesregierung durch Verwaltungsvorschriften.“

15. Unterabschnitt 4 fällt weg.

Artikel III

Der Abschnitt III des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird wie folgt geändert:

1. § 19 wird wie folgt gefaßt:

„§ 19

(1) Pflegekinder sind Minderjährige unter 16 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden.

(2) Pflegekinder sind nicht

- a) Minderjährige, die sich bei ihren Personensorgeberechtigten befinden,
- b) Minderjährige, die sich bei Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad befinden, es sei denn, daß diese Personen Minderjährige entgeltlich, gewerbsmäßig oder gewohnheitsmäßig in Pflege nehmen,
- c) Minderjährige, die aus Anlaß auswärtigen Schulbesuchs für einen Teil des Tages in Pflege genommen werden, oder die zum Zweck des Schulbesuchs in auswärtigen Schulorten in Familien untergebracht sind, wenn die Pflegestelle von der Leitung der Schule für geeignet erklärt ist und überwacht wird,
- d) Minderjährige, die bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind,
- e) Minderjährige, die unentgeltlich für eine Zeit von nicht mehr als 6 Wochen in Pflege genommen werden,
- f) Minderjährige, die sich in Freiwilliger Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung befinden."

2. § 20 wird wie folgt gefaßt:

- „§ 20

Wer ein Pflegekind aufnimmt (Pflegeperson), bedarf dazu der vorherigen Erlaubnis des Jugendamts. In dringenden Fällen ist die nachträgliche Erlaubnis unverzüglich zu erwirken. Wer mit einem Pflegekind in den Bezirk eines Jugendamts zuzieht, hat die Erlaubnis zur Fortsetzung der Pflege unverzüglich einzuholen. Die Erlaubnis kann befristet erteilt oder mit Auflagen versehen werden."

3. § 21 fällt weg.

4. § 22 wird wie folgt gefaßt:

„§ 22

(1) Pflegekinder dürfen nur in Pflegestellen untergebracht werden, in denen ihr leibliches, geistiges und seelisches Wohl gewährleistet ist.

(2) Die Pflegeerlaubnis kann widerrufen werden, wenn das Wohl des Pflegekindes es erfordert."

5. § 24 wird wie folgt gefaßt:

„§ 24

(1) Pflegekinder unterstehen der Aufsicht des Jugendamts. Die Aufsicht erstreckt sich darauf, daß das leibliche, geistige und seelische Wohl des Pflegekindes gewährleistet ist.

(2) Das Jugendamt hat die Pflegeperson zu beraten und bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

(3) Das Jugendamt kann Pflegekinder wideruflich von der Beaufsichtigung befreien, wenn das Wohl des Pflegekindes gesichert ist."

6. § 25 fällt weg.

7. § 26 wird wie folgt gefaßt:

„§ 26

Die Pflegeperson hat Aufnahme, Abgabe, Wohnungswechsel und Tod des Pflegekindes dem Jugendamt unverzüglich anzuzeigen."

8. § 27 wird wie folgt gefaßt:

„§ 27

(1) Bei Gefahr im Verzuge kann das Jugendamt das Pflegekind sofort aus der Pflegestelle entfernen und vorläufig anderweit unterbringen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(2) Das Jugendamt ist verpflichtet, die Personensorgeberechtigten, die Pflegeperson und das zuständige Vormundschaftsgericht von der getroffenen Maßnahme unverzüglich zu benachrichtigen."

9. Unterabschnitt 4 fällt weg.

10. Unterabschnitt 5 fällt weg.

11. § 31 wird wie folgt gefaßt:

„§ 31

(1) Das Nähere über die Pflegeerlaubnis, die Aufsichtsbefugnisse und die Anzeigepflicht wird durch Landesrecht bestimmt.

(2) Durch Landesrecht kann bestimmt werden, inwieweit die Vorschriften dieses Abschnitts auf Pflegekinder anzuwenden sind, die unter der Aufsicht einer Vereinigung stehen, die der Jugendwohlfahrt dient und durch das Landesjugendamt für geeignet erklärt ist."

Artikel IV

Hinter § 31 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird als Abschnitt III a eingefügt:

„Abschnitt III a

Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in besonderen Fällen

§ 31 a

(1) Minderjährige unter 16 Jahren, die unehelich sind oder deren Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben, sollen, sofern auf sie nicht die Vorschriften des Abschnitts III ohnehin anzuwenden sind, durch das Jugendamt unter die Aufsicht des

Jugendamts gestellt werden, wenn ihr Wohl es erfordert. Gegen die Entscheidung des Jugendamts kann das Vormundschaftsgericht angerufen werden.

(2) Ist ein Minderjähriger gemäß Absatz 1 unter die Aufsicht des Jugendamts gestellt, so sind

- a) auf eheliche Minderjährige, die sich bei dem Vater oder der Mutter, und auf uneheliche Minderjährige, die sich bei der Mutter befinden, § 24 Abs. 1, 2 und die §§ 26 und 31,
- b) auf uneheliche Minderjährige, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, bei Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grade befinden, die §§ 20, 22, 23, 24 Abs. 1, 2 und die §§ 26, 27 und 31

entsprechend anzuwenden.

(3) Die vorstehenden Vorschriften sind auf eheliche Minderjährige nicht anzuwenden, wenn das Gericht nach § 1672 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entschieden hat, welchem Elternteil die elterliche Gewalt oder die Sorge für die Person des Kindes zusteht.

§ 31 b

(1) Minderjährige unter 16 Jahren, die bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind, können durch das Jugendamt unter die Aufsicht des Jugendamts gestellt werden, wenn ihr Wohl es erfordert. Gegen die Entscheidung des Jugendamts kann das Vormundschaftsgericht angerufen werden.

(2) Ist ein Minderjähriger gemäß Absatz 1 unter die Aufsicht des Jugendamtes gestellt, so sind § 24 Abs. 1, 2 und §§ 26, 27, 31 entsprechend anzuwenden."

Artikel V

Der Abschnitt IV des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird wie folgt geändert:

1. In den Überschriften des Abschnitts IV und des Unterabschnitts 4 fallen die Worte „Anstalts- und“ weg.
2. § 35 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Mit der Geburt eines unehelichen Kindes wird das Jugendamt des Geburtsorts Amtsvormund, wenn die Mutter Deutsche im Sinne des Grundgesetzes ist; das gleiche gilt, wenn die Mutter staatenlos ist und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.“,
 - b) in Absatz 3 werden die Worte „Deutschen Reiche“ durch die Worte „Geltungsbereich dieses Gesetzes“ ersetzt.
3. § 43 wird wie folgt gefaßt:

„§ 43

(1) Das Jugendamt hat über seine Verpflichtung nach § 1694 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

hinaus das Vormundschaftsgericht bei allen Maßnahmen zu unterstützen, welche die Sorge für die Person Minderjähriger betreffen. Vor Entscheidungen in den Fällen der §§ 3, 1634, 1666, 1671, 1672, 1727, 1728 Abs. 2, des § 1729 Abs. 2, des § 1750 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des § 1 Abs. 2 und § 3 Abs. 3 des Ehegesetzes hat das Vormundschaftsgericht das zuständige Jugendamt zu hören. Soll ein Kind von einem fremden Staatsangehörigen an Kindes Statt angenommen werden oder hat der Annehmende seinen Wohnsitz im Ausland, so hat das Jugendamt im Einvernehmen mit dem Landesjugendamt Stellung zu nehmen.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht einstweilige Anordnungen auch schon vor Anhörung des Jugendamts treffen. Es kann das Jugendamt mit der Ausführung der Anordnungen aus § 1631 Abs. 2 und § 1634 Abs. 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und mit dessen Einverständnis auch mit der Ausführung sonstiger Anordnungen betrauen.

(3) Das Jugendamt hat sich auf Verlangen des Vormundschaftsgerichts über die Höhe des Unterhalts für Minderjährige gutachtlich zu äußern."

4. Als § 43 a wird eingefügt:

„§ 43 a

(1) Das Landesjugendamt kann auf Antrag des Jugendamts Beamte und Angestellte des Jugendamts ermächtigen, Verpflichtungserklärungen nach §§ 1708, 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und Erklärungen nach §§ 1718, 1720 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu beurkunden und die in § 1706 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Erklärungen zu beglaubigen.

(2) Aus Urkunden, welche die Verpflichtung zur Erfüllung von Ansprüchen nach §§ 1708, 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Gegenstand haben und die von einem Beamten oder Angestellten des Jugendamts innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse in der vorgeschriebenen Form aufgenommen sind, findet die Zwangsvollstreckung statt, wenn die Erklärung die Zahlung einer bestimmten Geldsumme betrifft und der Schuldner sich in der Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat. Auf die Zwangsvollstreckung sind die Vorschriften, welche für die Zwangsvollstreckung aus gerichtlichen Urkunden nach § 794 Abs. 1 Nr. 5 der Zivilprozeßordnung gelten, mit folgenden Maßgaben entsprechend anzuwenden:

- a) die vollstreckbare Ausfertigung wird von dem Beamten oder Angestellten des Jugendamts erteilt, der für die Beurkundung der Verpflichtungserklärung zuständig ist;
- b) über Einwendungen, welche die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel betreffen, und über die Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung entscheidet das für das Jugendamt zuständige Amtsgericht.

(3) Auf die Beurkundung sind die §§ 168 bis 180 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend anzuwenden. Sie ist gebührenfrei.“

5. § 47 wird wie folgt gefaßt:

„§ 47

(1) Vorstände von rechtsfähigen Vereinen, die vom Landesjugendamt für geeignet erklärt sind, können auf ihren Antrag zu Vormündern, Pflegern oder Beiständen bestellt werden. Ihnen können einzelne Rechte und Pflichten des Vormundes übertragen werden, wenn sie den Antrag darauf beschränken. Das Jugendamt muß in den Fällen, in denen es Vormund des Minderjährigen ist, vorher gehört werden.

(2) Auf die Vereinsvormundschaft finden die §§ 33, 40, 41 und 44 mit der Maßgabe Anwendung, daß ein Gegenvormund bestellt werden kann.“

Artikel VI

Der Abschnitt VI des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird durch folgende neue Fassung ersetzt:

„Abschnitt VI

Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige
Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

1. Erziehungsbeistandschaft

§ 56

Für einen Minderjährigen, dessen leibliche, geistige oder seelische Entwicklung gefährdet ist, ist ein Erziehungsbeistand zu bestellen, wenn diese Maßnahme zur Abwendung der Gefahr geboten und ausreichend erscheint.

§ 57

(1) Das Jugendamt bestellt den Erziehungsbeistand auf Antrag der Personensorgeberechtigten.

(2) Der Erziehungsbeistand ist durch eine andere Person zu ersetzen, wenn es das Wohl des Minderjährigen erfordert.

§ 58

(1) Wird ein Erziehungsbeistand nicht nach § 57 bestellt, so ordnet das Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Erziehungsbeistands an. Der Erziehungsbeistand ist sodann vom Jugendamt zu bestellen. § 57 Abs. 2 ist anzuwenden.

(2) Das Vormundschaftsgericht entscheidet von Amts wegen oder auf Antrag. Antragsberechtigt ist jeder Personensorgeberechtigte und das Jugendamt.

(3) Vor der Beschlußfassung sind die Antragsberechtigten und der Minderjährige zu hören, soweit sie erreichbar sind.

(4) Der Beschluß des Vormundschaftsgerichts ist den in Absatz 2 Satz 2 Genannten und dem Minderjährigen, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet

hat, bekanntzugeben. Die Begründung des Beschlusses ist dem Minderjährigen nicht mitzuteilen, soweit sich aus ihrem Inhalt Nachteile für seine Erziehung ergeben können.

(5) Hat ein Vormundschaftsgericht entschieden, in dessen Bezirk der Minderjährige nicht seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, so soll die Sache auf Antrag des Jugendamts gemäß § 46 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sofern nicht besondere Gründe dagegen sprechen, an das Vormundschaftsgericht abgegeben werden, in dessen Bezirk der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat.

§ 59

(1) Der Erziehungsbeistand unterstützt die Personensorgeberechtigten bei der Erziehung. Er steht dem Minderjährigen mit Rat und Hilfe zur Seite und berät ihn auch bei Verwendung seines Arbeitsverdienstes. Er hat bei der Ausübung seines Amtes das Recht auf Zutritt zu dem Minderjährigen.

(2) Der Erziehungsbeistand hat dem Jugendamt und, falls er auf Grund eines Beschlusses des Vormundschaftsgerichts bestellt ist, auch dem Vormundschaftsgericht auf Verlangen zu berichten. Er hat jeden Umstand unverzüglich mitzuteilen, der Anlaß geben könnte, weitere erzieherische Maßnahmen zu treffen.

§ 60

Die Personensorgeberechtigten, der Arbeitgeber, die Lehrer und Personen, bei denen sich der Minderjährige nicht nur vorübergehend aufhält, sind verpflichtet, dem Erziehungsbeistand Auskunft zu geben.

§ 61

(1) Die Erziehungsbeistandschaft endet mit der Volljährigkeit, bei einem minderjährigen Mädchen mit dessen Eheschließung.

(2) Die Erziehungsbeistandschaft ist aufzuheben, wenn der Erziehungszweck erreicht oder die Erreichung des Erziehungszwecks anderweitig sichergestellt ist. Sie ist insbesondere aufzuheben, wenn die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Fürsorgeerziehung beginnt. Sie ist ferner aufzuheben, wenn im Fall des § 57 Abs. 1 ein Personensorgeberechtigter die Aufhebung beantragt. Für die Aufhebung ist in den Fällen des § 57 Abs. 1 das Jugendamt, in den übrigen Fällen das Vormundschaftsgericht zuständig.

2. Freiwillige Erziehungshilfe und
Fürsorgeerziehung

§ 62

Einem Minderjährigen, der das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dessen leibliche, geistige oder seelische Entwicklung gefährdet oder geschädigt ist, ist Freiwillige Erziehungshilfe zu gewähren, wenn diese Maßnahme zur Abwendung der Gefahr oder zur Beseitigung des Schadens geboten ist und die Personensorgeberechtigten bereit

sind, die Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe zu fördern.

§ 63

Das Landesjugendamt gewährt Freiwillige Erziehungshilfe auf schriftlichen Antrag der Personensorgeberechtigten. Der Antrag ist bei dem Jugendamt zu stellen. Das Jugendamt nimmt zu dem Antrag Stellung.

§ 64

Das Vormundschaftsgericht ordnet für einen Minderjährigen, der das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Fürsorgeerziehung an, wenn sie erforderlich ist, weil der Minderjährige zu verwahrlosen droht oder verwahrlost ist. Fürsorgeerziehung darf nur angeordnet werden, wenn keine andere Erziehungsmaßnahme ausreicht oder gewährt werden kann.

§ 65

(1) Das Vormundschaftsgericht entscheidet von Amts wegen oder auf Antrag. Antragsberechtigt sind das Jugendamt, das Landesjugendamt und jeder Personensorgeberechtigte. Der Kreis der Antragsberechtigten kann durch Landesrecht erweitert werden.

(2) Vor der Entscheidung sind die Antragsberechtigten und der Minderjährige zu hören. Das Vormundschaftsgericht soll die Personensorgeberechtigten und den Minderjährigen mündlich anhören, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeiten geschehen kann. Der Kreis der Anzuhörenden kann durch Landesrecht erweitert werden.

(3) Der Beschluß ist mit Gründen zu versehen. Er ist den Antragsberechtigten und, wenn Fürsorgeerziehung angeordnet wird, dem Minderjährigen, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, zuzustellen. § 58 Abs. 4 Satz 2 ist anzuwenden.

(4) Gegen den Beschluß steht den in Absatz 3 Satz 2 Genannten die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

(5) § 58 Abs. 5 ist anzuwenden.

§ 66

(1) Das Vormundschaftsgericht kann im Verfahren nach § 64 zur Beurteilung der Persönlichkeit des Minderjährigen die Untersuchung durch einen Sachverständigen anordnen.

(2) Zur Vorbereitung des Sachverständigengutachtens kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung des Minderjährigen bis zu sechs Wochen in einer für die pädagogische, medizinische oder psychologische Beobachtung und Beurteilung geeigneten Einrichtung anordnen. Erweist sich diese Zeit als nicht ausreichend, so kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung durch Beschluß verlängern. Die Dauer der Unterbringung darf insgesamt drei Monate nicht überschreiten. Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(3) Gegen einen Beschluß nach Absatz 1 und 2 steht den in § 65 Abs. 1 Satz 2 Genannten die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

§ 67

(1) Bei Gefahr im Verzuge kann das Vormundschaftsgericht die vorläufige Fürsorgeerziehung anordnen.

(2) Gegen die Anordnung der vorläufigen Fürsorgeerziehung steht den in § 65 Abs. 1 Satz 2 Genannten und dem Minderjährigen, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, die sofortige Beschwerde zu. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. § 18 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist nicht anzuwenden.

(3) Die vorläufige Fürsorgeerziehung kann neben einer Unterbringung nach § 66 Abs. 2 angeordnet werden.

(4) Ist die vorläufige Fürsorgeerziehung angeordnet, so kann die endgültige Fürsorgeerziehung auch noch angeordnet werden, nachdem der Minderjährige das 20. Lebensjahr vollendet hat.

(5) Die Anordnung ist aufzuheben, wenn das Vormundschaftsgericht die Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung ablehnt oder innerhalb von sechs Monaten keinen die Fürsorgeerziehung anordnenden Beschluß erlassen hat.

§ 68

(1) Das Vormundschaftsgericht kann das Verfahren auf Anordnung der Fürsorgeerziehung durch Beschluß bis zu einem Jahr aussetzen. Die Aussetzung kann aus besonderen Gründen durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts auf höchstens ein weiteres Jahr verlängert werden. Eine vorläufige Fürsorgeerziehung ist durch die Aussetzung aufgehoben. Über das vollendete 20. Lebensjahr hinaus kann das Verfahren nicht ausgesetzt werden.

(2) Gegen die Aussetzung steht dem Jugendamt, dem Landesjugendamt und den Personensorgeberechtigten die sofortige Beschwerde zu.

(3) Für die Dauer der Aussetzung hat das Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Erziehungsbeistands anzuordnen.

§ 69

(1) Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung werden vom Landesjugendamt unter Beteiligung des Jugendamts ausgeführt.

(2) Die Fürsorgeerziehung ist mit Rechtskraft, die vorläufige Fürsorgeerziehung mit Erlaß des Beschlusses ausführbar.

(3) Die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung werden unter Aufsicht des Landesjugendamts in der Regel in einer geeigneten Familie oder in einem Heim durchgeführt. Eine nicht nur vorläufig angeordnete Fürsorgeerziehung kann

widerruflich in der eigenen Familie des Minderjährigen unter Aufsicht des Landesjugendamts fortgesetzt werden, wenn dadurch ihr Zweck nicht gefährdet wird. Die Aufsicht erstreckt sich darauf, daß das leibliche, geistige und seelische Wohl des Minderjährigen gewährleistet ist.

(4) Bei Ausführung der Fürsorgeerziehung gilt das Landesjugendamt für alle Rechtsgeschäfte, welche die Eingehung, Änderung oder Aufhebung eines Arbeits- oder Berufsausbildungsverhältnisses oder die Geltendmachung der sich aus einem solchen Rechtsverhältnis ergebenden Ansprüche betreffen, als gesetzlicher Vertreter des Minderjährigen. Es ist auch befugt, den Arbeitsverdienst und die Renten des Minderjährigen zu verwalten und für ihn zu verwenden.

(5) Bei Ausführung der Fürsorgeerziehung ist das Landesjugendamt befugt, die Entmündigung eines Minderjährigen wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche zu beantragen.

§ 70

Die Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen ist von dem Landesjugendamt auszuführen, in dessen Bezirk das Vormundschaftsgericht seinen Sitz hat.

§ 71

(1) Das Landesjugendamt bestimmt den Aufenthalt des Minderjährigen. Für die Unterbringung in Fürsorgeerziehung werden die Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes) und der Freizügigkeit (Artikel 11 Abs. 1 des Grundgesetzes) insoweit eingeschränkt.

(2) Ist mit der Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe eine Freiheitsentziehung im Sinne des Artikels 104 Abs. 2 des Grundgesetzes verbunden, so bedarf die Unterbringung der ausdrücklichen Zustimmung der Personensorgeberechtigten; ist der Personensorgeberechtigte ein Vormund oder Pfleger, so bedarf die Unterbringung auch der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

(3) Der Minderjährige ist in einer Familie oder einem Heim unterzubringen, in denen die Erziehung nach den Grundsätzen seiner Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird. Davon kann abgesehen werden, wenn eine geeignete Familie oder ein geeignetes Heim nicht vorhanden ist oder besondere erzieherische Bedürfnisse des Minderjährigen es erfordern; seine religiöse Betreuung muß gesichert sein.

(4) Minderjährige, die keiner Kirche oder sonstigen Religionsgemeinschaft und keiner Weltanschauungsgemeinschaft angehören, sollen nach Möglichkeit nur mit Einverständnis der Personensorgeberechtigten oder, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet haben, nur mit ihrem Einverständnis in einer Familie oder einem Heim untergebracht werden, in denen die Erziehung nach den Grundsätzen einer bestimmten Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird.

(5) Den Personensorgeberechtigten ist unverzüglich mitzuteilen, wo der Minderjährige untergebracht ist. Auch die Eltern, denen das Sorgerecht nicht zusteht, sind zu unterrichten, soweit sie erreichbar sind. Ist Fürsorgeerziehung angeordnet, so ist auch dem Vormundschaftsgericht der Ort der Unterbringung mitzuteilen.

§ 72

Das Landesjugendamt soll zur Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung für die erforderliche Differenzierung der Einrichtungen und Heime nach der zu leistenden Erziehungsaufgabe sorgen.

§ 73

Ist Fürsorgeerziehung angeordnet, so hat das Landesjugendamt dem Vormundschaftsgericht über die Entwicklung des Minderjährigen und die Aussichten, die Fürsorgeerziehung aufzuheben, jährlich mindestens einmal zu berichten.

§ 74

Das Nähere über die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung wird durch Landesrecht geregelt.

§ 75

(1) Die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung enden mit der Volljährigkeit, bei einem minderjährigen Mädchen mit dessen Eheschließung.

(2) Die Freiwillige Erziehungshilfe oder die Fürsorgeerziehung ist aufzuheben, wenn ihr Zweck erreicht oder anderweitig sichergestellt ist. Erfordern erhebliche, fachärztlich nachgewiesene geistige oder seelische Regelwidrigkeiten des Minderjährigen eine andere Form der Hilfe, so ist die Freiwillige Erziehungshilfe oder die Fürsorgeerziehung erst aufzuheben, wenn die andere Form der Hilfe gesichert ist. Die Fürsorgeerziehung kann auch unter Vorbehalt des Widerrufs aufgehoben werden.

(3) Die Freiwillige Erziehungshilfe ist vom Landesjugendamt unverzüglich aufzuheben, wenn ein Personensorgeberechtigter die Aufhebung beim Landesjugendamt beantragt.

(4) Die Fürsorgeerziehung wird durch das Vormundschaftsgericht von Amts wegen oder auf Antrag aufgehoben. Der Antrag kann von dem Jugendamt, dem Landesjugendamt, von einem Personensorgeberechtigten und von dem Minderjährigen selbst, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, gestellt werden.

(5) Das Vormundschaftsgericht hat vor der Aufhebung der Fürsorgeerziehung das Landesjugendamt und das Jugendamt zu hören. Dem Landesjugendamt steht gegen den die Fürsorgeerziehung aufhebenden Beschluß die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu. Wird die Aufhebung abgelehnt, so steht jedem Antragsberechtigten die Beschwerde zu.

§ 75 a

Das gerichtliche Verfahren ist kostenfrei. Die nach § 65 Abs. 2 Satz 2 und 3 mündlich zu hörenden Personen werden entsprechend den für Zeugen geltenden Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 902) entschädigt; dies gilt nicht für den Minderjährigen und seine Eltern sowie für Behördenvertreter.

§ 75 b

(1) Für eilige, auf Grund dieses Abschnitts zu treffende Maßregeln ist neben dem in § 43 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bezeichneten Gericht einstweilen auch das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt. Das Gericht hat die angeordneten Maßnahmen unverzüglich dem endgültig zuständigen Gericht mitzuteilen; dieses wird damit ausschließlich zuständig.

(2) § 43 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist auch anzuwenden, wenn eine Maßnahme des Vormundschaftsgerichts für einen Minderjährigen erforderlich wird, für den eine Erziehungsbeistandschaft oder ein Fürsorgeerziehungsverfahren anhängig ist."

Artikel VII

In das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt wird als Abschnitt VII eingefügt:

„Abschnitt VII

Heimaufsicht und
Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren
in Heimen

§ 76

(1) Das Landesjugendamt führt die Aufsicht über Heime und andere Einrichtungen, in denen überwiegend Minderjährige dauernd oder für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, betreut werden oder Unterkunft erhalten. Satz 1 gilt nicht für Jugendbildungs-, Jugendfreizeitstätten und Studentenwohnheime.

(2) In den der Heimaufsicht unterliegenden Einrichtungen muß die Betreuung der Minderjährigen durch geeignete Kräfte gesichert sein.

(3) Der Träger der Einrichtung hat dem Landesjugendamt zu melden:

- a) Personalien und Art der Ausbildung des Leiters und der Erzieher der Einrichtung,
- b) jährlich die Platzzahl und ihre Änderung,
- c) die Änderung der Zweckbestimmung der Einrichtung,
- d) unverzüglich unter Angabe der Todesursache den Todesfall eines in einer Einrichtung nach Absatz 1 betreuten Minderjährigen.

(4) Das Landesjugendamt soll die Einhaltung der Vorschriften der Absätze 2 und 3 in den seiner Aufsicht unterliegenden Einrichtungen regelmäßig an Ort und Stelle überprüfen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. Das Landesjugendamt soll das Jugendamt und einen zentralen Trägerverband der freien Wohlfahrtspflege, wenn ihm der Träger der Einrichtung untersteht oder angeschlossen ist, bei der Überprüfung zuziehen.

(5) Die oberste Landesbehörde kann den Betrieb von Einrichtungen, die der Heimaufsicht unterliegen, vorübergehend oder auf die Dauer untersagen, wenn Tatsachen festgestellt werden, die geeignet sind, das leibliche, geistige oder seelische Wohl der in der Einrichtung betreuten Minderjährigen zu gefährden und eine unverzügliche Beseitigung der Gefährdung nicht zu erwarten ist.

(6) Das Nähere wird durch Landesrecht bestimmt. Nach Landesrecht bestimmt sich auch, ob und gegebenenfalls inwieweit Studentenwohnheime einer Aufsicht unterliegen.

§ 76 a

(1) Die §§ 20 bis 27 und 31 über den Schutz der Pflegekinder sind auf Minderjährige unter 16 Jahren entsprechend anzuwenden, die dauernd oder für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, in Einrichtungen, die der Heimaufsicht nach § 76 Abs. 1 unterliegen, betreut werden oder Unterkunft erhalten.

(2) Das Landesjugendamt kann Einrichtungen von der Anwendung des § 20 widerruflich befreien. Die Befreiung kann nur versagt werden, wenn das Landesjugendamt Tatsachen feststellt, die die Eignung einer Einrichtung zur Pflege und Erziehung Minderjähriger unter 16 Jahren ausschließen.

(3) Die Bestimmungen der §§ 24, 26 und 27 sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der Jugendämter die Landesjugendämter treten und die Regelung der Aufsichtsbefugnisse dem Landesrecht vorbehalten bleibt. An der Wahrnehmung der Rechte und Pflichten nach § 27 kann das Jugendamt beteiligt werden."

Artikel VIII

In das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt wird als Abschnitt VIII eingefügt:

„Abschnitt VIII

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

§ 76 b

(1) Wer einen Minderjährigen

1. dem eingeleiteten gerichtlichen Verfahren auf Anordnung der Fürsorgeerziehung oder der angeordneten Fürsorgeerziehung oder

2. der gewährten Freiwilligen Erziehungshilfe gegen den Willen der Personensorgeberechtigten

entzieht oder ihn verleitet, sich zu entziehen, oder ihm dabei hilft, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht nach §§ 120, 122 b oder 235 des Strafgesetzbuchs mit Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Tat wird nur auf Antrag des Landesjugendamts verfolgt. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 76 c

Wer ein Heim oder eine Einrichtung für sich oder einen anderen fortführt oder fortführen läßt, obwohl deren Betrieb ihm oder dem anderen durch eine nach § 76 Abs. 5 erlassene vollziehbare Verfügung der obersten Landesbehörde untersagt ist, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 76 d

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. ein Pflegekind ohne die nach § 20 erforderliche Erlaubnis aufnimmt oder in Pflege behält,
2. einen unehelichen Minderjährigen unter 16 Jahren ohne die nach § 31 a Abs. 2 Buchstabe b in Verbindung mit § 20 erforderliche Erlaubnis aufnimmt oder in Pflege behält oder
3. eine nach § 26 allein oder in Verbindung mit § 31 a Abs. 2 oder § 31 b Abs. 2 erforderliche Anzeige nicht, nicht unverzüglich oder unrichtig erstattet.

(2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer als Inhaber oder Leiter eines Heimes oder einer anderen Einrichtung

1. einen Minderjährigen unter 16 Jahren ohne die nach § 76 a Abs. 1 in Verbindung mit § 20 erforderliche Erlaubnis betreut oder ihm Unterkunft gewährt oder
2. eine nach § 76 a Abs. 1 und 3 in Verbindung mit § 26 erforderliche Anzeige nicht, nicht unverzüglich oder unrichtig erstattet.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden."

Artikel IX

In das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt wird als Abschnitt IX eingefügt:

„Abschnitt IX

Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige

§ 76 e

Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten für Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige

nach §§ 3 oder 4, soweit diese Leistungen von den Organen der öffentlichen Jugendhilfe gewährt werden.

§ 76 f

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die für die Gewährung der Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige zuständig sind, tragen die Kosten der Hilfe, soweit dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Mittel aus ihrem Einkommen und Vermögen nicht zuzumuten ist.

(2) Abschnitt 4 des Bundessozialhilfegesetzes (Bundesgesetzbl. I S. . . .) ist entsprechend anzuwenden, soweit in den folgenden Vorschriften nichts anderes bestimmt wird. Der Familienzuschlag nach § 75 des Bundessozialhilfegesetzes erhöht sich auf achtzig Deutsche Mark bei Hilfen zur Erziehung für Minderjährige, die in einer Familie außerhalb des Elternhauses, in Heimen oder anderen Einrichtungen untergebracht sind.

(3) Landesrecht kann bestimmen, ob und inwieweit Hilfen nach § 4 unabhängig davon gewährt werden, ob dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Kosten zuzumuten ist.

(4) Zu allgemeinen Verwaltungskosten werden der Minderjährige und seine Eltern nicht herangezogen. Landesrecht kann bestimmen, inwieweit sie zu den Kosten für den zur Erziehung erforderlichen Personalbedarf herangezogen werden können.

§ 76 g

Für die Überleitung von Ansprüchen gegen Dritte und für die Inanspruchnahme eines nach bürgerlichem Recht Unterhaltsverpflichteten sind die §§ 83 und 84 des Bundessozialhilfegesetzes entsprechend anzuwenden.

§ 76 h

(1) Wird die Hilfe zur Erziehung von einem Jugendamt gewährt, dessen Zuständigkeit auf § 7 Abs. 1 Satz 2 beruht, so sind die §§ 96 bis 106 des Bundessozialhilfegesetzes über die Kostenerstattung zwischen öffentlichen Trägern entsprechend anzuwenden.

(2) Landesrecht bestimmt, wer für dieses Gesetz überörtlicher Träger im Sinne der §§ 99 und 101 des Bundessozialhilfegesetzes ist.

§ 76 i

(1) Werden zur Durchführung von Hilfen zur Erziehung Einrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, sind Vereinbarungen über die von den öffentlichen Kostenträgern zu erstattenden Kosten anzustreben, soweit darüber keine landesrechtlichen Vorschriften bestehen.

(2) Die Bundesregierung kann im Falle des Absatzes 1 durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, welche Kostenbestandteile bei den zu erstattenden Kosten zu berücksichtigen sind.

§ 76 j

(1) Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung werden unabhängig davon gewährt, ob dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Kosten zuzumuten ist. Soweit es ihnen zuzumuten ist, haben sie zu den Kosten beizutragen. Das Nähere zu Satz 2 wird durch Landesrecht bestimmt.

(2) Die Aufbringung der öffentlichen Mittel ist durch Landesrecht für die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung nach einheitlichen Grundsätzen zu bestimmen.

(3) Die Kosten der vorläufigen Fürsorgeerziehung fallen dem Kostenträger zur Last, der die Kosten einer endgültig angeordneten Fürsorgeerziehung zu tragen hat, und zwar auch dann, wenn die Fürsorgeerziehung endgültig nicht angeordnet worden ist.

(4) Wird die Fürsorgeerziehung vom Jugendgericht angeordnet, so fallen die Kosten dem zur Last, der sie zu tragen hätte, wenn die Fürsorgeerziehung vom zuständigen Vormundschaftsgericht angeordnet worden wäre."

Artikel X

Anderung des Jugendgerichtsgesetzes

Das Jugendgerichtsgesetz wird wie folgt geändert:

1. In § 8 Abs. 2 Satz 1 und 3, § 9 Nr. 2, § 34 Abs. 3 Nr. 3, § 76 Abs. 1 Satz 1, § 82 Abs. 2 und § 112 a Nr. 1 wird das Wort „Schutzaufsicht“ jeweils ersetzt durch das Wort „Erziehungsbeistandschaft“.

2. § 12 wird wie folgt gefaßt:

„§ 12

Erziehungsbeistandschaft und Fürsorgeerziehung

Die Voraussetzungen, die Ausübung und Ausführung sowie die Beendigung der Erziehungsbeistandschaft und der Fürsorgeerziehung richten sich nach den Vorschriften über Jugendwohlfahrt. Eines Versuchs, den Erziehungsbeistand nach § 57 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt zu bestellen, oder die Freiwillige Erziehungshilfe nach § 63 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt zu gewähren, bedarf es nicht."

3. § 38 Abs. 2 Satz 6 fällt weg.

4. § 48 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Neben den am Verfahren Beteiligten ist dem Verletzten, den Beamten der Kriminalpoli-

zei und, falls der Angeklagte unter Bewährungsaufsicht steht oder für ihn ein Erziehungsbeistand bestellt ist, dem Helfer und dem Erziehungsbeistand die Anwesenheit gestattet. Andere Personen kann der Vorsitzende aus besonderen Gründen, namentlich zu Ausbildungszwecken, zulassen.“

5. § 93 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Den Vertretern der Jugendgerichtshilfe und, wenn der Beschuldigte unter Bewährungsaufsicht steht oder für ihn ein Erziehungsbeistand bestellt ist, dem Helfer und dem Erziehungsbeistand ist der Verkehr mit dem Beschuldigten in demselben Umfang wie einem Verteidiger gestattet.“

Artikel XI

Bestimmungen und Bezeichnungen in anderen Vorschriften

Verweisungen auf Vorschriften und Bezeichnungen des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt gelten als Verweisungen auf die an ihre Stelle getretenen Vorschriften und Bezeichnungen dieses Gesetzes.

Artikel XII

Ermächtigung des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen

Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen wird ermächtigt, den Wortlaut des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt in der neuen Fassung, die sich aus den Änderungen und Ergänzungen in den Artikeln I bis IX ergeben, und unter neuer Paragraphenfolge als Gesetz für Jugendwohlfahrt bekanntzumachen. Er kann dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts beseitigen.

Artikel XIII

Geltung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel XIV

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung

A

Allgemeines

I.

Gründe der gesetzlichen Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 9. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 633) — RJWG — bedarf im Hinblick auf die heutige Lage der Jugend und einige Vorschriften des Grundgesetzes wichtiger Ergänzungen.

Es ist nach dem 1. Weltkrieg zur Behebung der damaligen Jugendnot erlassen worden. Inzwischen sind sowohl die Anforderungen, die von der Gesellschaft an jeden einzelnen aus der jungen Generation gestellt werden, als auch die Erziehungsnotstände erheblich gewachsen. Das Kind und der Jugendliche brauchen um ihre Persönlichkeit entfalten und ihre Lebensaufgaben meistern zu können, umfassendere Hilfen als zur Zeit der Verkündung des RJWG. Jeder junge Mensch ist in seiner leiblichen, geistigen und seelischen Entwicklung in zunehmendem Umfange Störungen durch Einflüsse der sozialen Umwelt unterworfen, die die Erziehungsarbeit der Familie erschweren (gesellschaftliches Defizit). Die Familie bedarf in der modernen Sozialstruktur daher vieler Hilfen, um die ihr obliegende Pflicht erfüllen zu können, ihre Kinder auf die Anforderungen des modernen Lebens vorzubereiten. Erziehungsnot ist heute oft auch deshalb vorhanden, weil es an der erzieherischen Fähigkeit der Eltern fehlt (familiäres Defizit). Der junge Mensch muß mehr als bisher befähigt werden, den an ihn gestellten erweiterten Anforderungen selbst und in Gemeinschaft eigenständig zu genügen.

Der Umfang der Verpflichtung der staatlichen Gemeinschaft, der Jugend und den Eltern im Rahmen des sozialen Neuaufbaus die notwendigen Hilfen zu gewähren, ist gesetzlich neu festzulegen.

Insbesondere ist zu regeln, inwieweit die staatliche Gemeinschaft selbst zur Erziehung der Jugend verpflichtet und berechtigt ist und inwieweit sie hinsichtlich der Durchführung der Erziehung den zuvörderst Erziehungsverpflichteten helfen soll.

II.

Zuständigkeit des Bundes gemäß Artikel 74 Nr. 7 GG

Dem Bund steht für diese Gesetzesmaterie nach Artikel 74 Nr. 7 GG das Recht der Gesetzgebung zu. Diese Frage ist anlässlich der Beratung der Novelle vom 28. August 1953 zur Änderung von Vorschriften des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes

(Bundesgesetzbl. I S. 1035) eingehend geprüft worden. Damals wurde letztlich von Bundestag und Bundesrat anerkannt, daß „gemäß Artikel 125 in Verbindung mit Artikel 74 Nr. 7 GG das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz Bundesrecht geworden ist. Nach Artikel 74 Nr. 7 GG umfaßt, wie sich aus den Protokollen des Parlamentarischen Rates über die Ausschusssitzungen ergibt, der Begriff ‚öffentliche Fürsorge‘ auch die gesamte Jugendwohlfahrt im Sinne des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (§ 2 RJWG)“ (vgl. Begründung, Drucksache 3641 des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode).

Bei der Beratung der Novelle von 1953 wurde vor allem auch die Frage eingehend geprüft, ob alle Pflichtaufgaben des umfassenden Aufgabenkatalogs für die gesamte „Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge)“ (Wortlaut von § 2 Abs. 2 RJWG) durch Artikel 74 Nr. 7 GG erfaßt seien. Auch diese Frage bejahten Bundesrat und Bundestag. Damit wurde das Kernanliegen der Novelle von 1953, die gesamte Jugendhilfe durch Bundesgesetz zur Pflichtaufgabe der Organe der öffentlichen Jugendhilfe zu erklären, anerkannt.

Die Länder übernahmen in ihren Ausführungsgesetzen diese umfassende Verpflichtung. So blieb — wie unter der Weimarer Verfassung die Reichszuständigkeit — nach dem Grundgesetz auch die Bundeszuständigkeit für die gesamte Jugendwohlfahrt Staatspraxis.

Der Entwurf hält sich in den Grenzen des im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 aufgestellten Aufgabenkatalogs.

III.

Rechte und Pflichten von Staat und Gemeinden auf dem Gebiet der Erziehung

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hat das Recht jedes deutschen Kindes auf Erziehung festgestellt. Es hat ferner das Verhältnis der Rechte und Pflichten der Eltern und anderen Erziehungsberechtigten und der Erziehungsträger im freien gesellschaftlichen Raum zu denen des Staates und der Gemeinden — unbeschadet anderer bestehender Gesetze, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung durch Kirche und Schule — zu ordnen versucht. Dies ist vor allem in den §§ 1 bis 6 RJWG geschehen. Dabei ist das Recht des Kindes auf Erziehung betont, zugleich auch die Verpflichtung der Eltern und anderer Erziehungsberechtigter und die Verpflichtung der öffentlichen Hand, die notwendigen erzieherischen Hilfen zu gewähren.

Schon das RJWG kennt die Verpflichtung zur Erziehungshilfe. Sie bedarf aber einer Neuordnung in diesem Entwurf. Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung ist in § 1 RJWG anerkannt.

Auch in Literatur und Rechtsprechung wird der Vorrang der Eltern und der Familie zur Erziehung ihrer Kinder immer wieder herausgestellt. Im Vergleich zur Regelung der Weimarer Verfassung hat das Grundgesetz die Elternrechte gegenüber der staatlichen Gemeinschaft umfassender geschützt. Die Eltern haben ein Abwehrrecht gegen solche Eingriffe des Staates in ihr Erziehungsrecht, die nicht durch Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG gedeckt sind (BVerfG E 4, 52 [57] und 1 BvL 42/56; NJW 1958, S. 865). Das Elternrecht darf seinem Wesen nach nie angetastet werden. Dieser Grundsatz muß bei der Neuregelung beachtet werden.

Umstritten ist die Frage des Verhältnisses zwischen den Trägern der freien Jugendhilfe auf dem Gebiet der Erziehung außerhalb von Kirche und Schule und der öffentlichen Jugendhilfe.

In der amtlichen Begründung zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 ist zu §§ 1 und 2 RJWG bereits folgendes ausgeführt worden:

„Absatz 3 stellt alsdann die Subsidiarität der öffentlichen Jugendhilfe fest. Die Verwirklichung des von der Familie nicht erfüllten Erziehungsanspruchs wird unter einem neuen gesetzestech-nischen Begriff als ‚öffentliche Jugendhilfe‘ bezeichnet; sie tritt nur für die Familie ergänzend und ersetzend ein, insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird. Wenn im Gegensatz zu Absatz 2, der von Recht und Pflicht der Eltern zur Erziehung handelt, hier im Absatz 3 die Nichterfüllung des Erziehungsanspruchs durch die Familie zugrunde gelegt wird, so geschieht dies, um die Subsidiarität der öffentlichen Jugendhilfe festzulegen und sie auf das Versagen der Familie als des weiteren Kreises der Verwandten und Verschwägerten des Kindes abzustellen. Erst wenn sowohl die zur Erziehung rechtlich verpflichteten Eltern oder die uneheliche Mutter, wie gegebenenfalls die kraft des natürlichen Bandes zur Hilfe berufenen, aber nicht verpflichteten Verwandten, wie Geschwister, Ehegatten von Geschwistern, entferntere Blutsver-wandte, den Erziehungsanspruch des Kindes nicht erfüllen, erst dann soll die öffentliche Jugendhilfe eingreifen und die Zuständigkeit des Jugendamts als ihres Organs (nach § 2) begründet werden. Damit wird vermieden, daß das Jugendamt ohne weiteres eigenmächtig in jede Familie hineinreden und eingreifen kann. Als eigene Hilfe der Familie gegenüber den Kindern, die die öffentliche Jugendhilfe entbehrlich macht, gilt auch diejenige, die die Familie erst mit Hilfe der freiwilligen Tätigkeit oder sonstiger privater Unterstützung bieten kann. Die freiwillige Tätigkeit für die Familie, mag sie auf konfessioneller Grundlage beruhen oder anderer Art sein, gilt einerseits nicht als öffentliche Jugendhilfe, andererseits schaltet sie, soweit sie den Erziehungsanspruch des Kindes innerhalb seiner Familie verwirklicht, das Erfordernis der öffentlichen Jugendhilfe aus.“

Diese Begründung ist auch heute noch zutreffend; denn in der Regel werden die Träger der freien

Jugendhilfe nicht nur im Einvernehmen, sondern im Auftrag der Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten handeln; insoweit geht es also gar nicht um das Verhältnis von Staat und freier Gesellschaft, sondern um das unstrittige Vorrangverhältnis der Personensorgeberechtigten gegenüber dem Staat und den Gemeinden.

Trotz dieser Erläuterung des RJWG durch seine amtliche Begründung bestehen in Praxis und Literatur über das Verhältnis der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Erziehung außerhalb von Kirche und Schule verschiedene Auffassungen, die sich zum Teil im Sinne eines Vorrangs der Träger der öffentlichen Jugendhilfe auswirken. Es ist daher notwendig, bei der Neu-regelung des Jugendwohlfahrtsrechts das Verhältnis zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe klarer zu regeln.

In Fragen der Erziehung stellt sich das Grundgesetz bewußt auf den Boden religiöser und weltanschaulicher Neutralität. Es gewährt Freiheit und weist dem Staat nur ein Wächteramt zu. Soweit Artikel 6 Abs. 2 GG ein Abwehrrecht gegen unzulässige Eingriffe des Staates in das „natürliche“ Erziehungsrecht gewährt (vgl. hierzu Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz, Kommentar, Artikel 6 Anmerkung IV, 2 b am Ende), bindet er auch die Verwaltungsorgane als unmittelbar geltendes Recht. Staatliche Organe, die die Durchführung der Erziehung zu überwachen haben und im Rahmen dieses Auftrages die Erziehung ersatzweise durchführen lassen, haben zu beachten, daß ihr Auftrag durch das Grundgesetz begrenzt ist. Die Beschränkung auf das Wächteramt ergibt sich auch daraus, daß das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet hat, die die öffentliche Gewalt in ihrer Ausübung begrenzt. Diese Ordnung will die Eigenständigkeit, die Selbstverantwortlichkeit und die Würde des Menschen in der staatlichen Gemeinschaft sichern (BVerfG E 6, 32 [40 f] vgl. auch Band 2, 12 f.; 5, 204 ff.). Diesem Anliegen würde es widersprechen, wenn der Staat beliebige Tätigkeitsbereiche auf Kosten der Privatsphäre an sich zöge, und den Bürger bevormunden würde, statt ihn als „selbständige sittlich verantwortliche Persönlichkeit“ anzuerkennen, seine Eigenständigkeit zu wahren (BVerfG E 4, 15 f) und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu fördern. Die Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit sowie die Möglichkeit der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit setzen für das soziale Gebiet und für den Raum der Erziehung voraus, daß dem einzelnen Bürger und seinen Vereinigungen eine Sphäre eigener Lebensgestaltung eingeräumt und vorbehalten wird. Demnach muß es Aufgabe des Staates sein, diese Räume anzuerkennen und zu hüten. Das Wertsystem, wie es in Artikel 2 GG zum Ausdruck kommt, betont die „Eigenständigkeit“ und die „Selbstverantwortung“ des Menschen gegenüber einer staatlichen Einflußnahme.

In Anerkennung dieser Grundrechte formuliert der Entwurf das Rangverhältnis von Staat und Gesellschaft auf dem Gebiet der Erziehung neu. Die Vorschriften

des RJWG sind aber insoweit nur zu ergänzen, weil es diese Grundgedanken schon berücksichtigt. Es handelt sich bei der Neuformulierung nur um eine Fortentwicklung dieser Grundgedanken auf Grund der Vorschriften des Grundgesetzes.

IV.

Neuzufassende und zu ergänzende Vorschriften

Neuzufassen waren im Hinblick auf die Elternrechte und auf das Wächteramt des Staates wie auf Grund der in den letzten Jahrzehnten bei der praktischen Anwendung des RJWG gesammelten Erfahrungen manche Einzelvorschriften des RJWG, so über

- den Schutz der Pflegekinder,
- die Mitwirkung des Jugendamts im Vormundchaftswesen,
- die Fürsorgeerziehung.

Als neue gesetzliche Formen der Jugendhilfe wurden die Erziehungsbeistandschaft und die Freiwillige Erziehungshilfe in den Entwurf aufgenommen.

Die Aufsicht über Pflegekinder in Heimen wurde durch die „Heimaufsicht“ ergänzt.

Da die Bestimmungen über die Organisation und das Verfahren der Organe der öffentlichen Jugendwohlfahrt durch die Novelle vom 28. August 1953 (BGBl. I S. 1035) neu geordnet worden sind, bestand z. Z. kein Anlaß, sie zu ändern. Die im Auftrage des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main durchgeführte Erhebung über die „Organisation und Tätigkeit der Jugendämter in der Bundesrepublik und West-Berlin 1957/58“ hat ergeben, daß sich diese Bestimmungen bewährt haben.

Neu eingeführt ist in den Entwurf als Organ der öffentlichen Jugendwohlfahrt die oberste Landesbehörde mit den ihr eigenen Aufgaben, die sich vor allem in den letzten 15 Jahren herausgebildet haben. Diese Institution ist für die Durchführung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe so wesentlich geworden, daß ihre gesetzliche Verankerung gerechtfertigt und geboten ist.

Die der Bundesregierung auf dem Gebiete der Jugendhilfe zukommenden eigenen Aufgaben sind ebenfalls neu in diesem Entwurf geregelt.

Schließlich waren Bestimmungen über die Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige neu aufzunehmen.

Da das RJWG sich in seinen Grundzügen durchaus bewährt hat, bestand kein Anlaß, über die in dieser Novelle vorgesehenen Änderungen und Ergänzun-

gen hinaus eine gesamte Neufassung dieses Gesetzes vorzunehmen.

V.

Finanzierung

Für die Neuordnung jeder gesetzlichen Materie ist die Frage entscheidend, wer die Finanzierung der Durchführung des Gesetzes übernimmt. Der Entwurf konkretisiert nur einige bereits bestehende Verpflichtungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Nur die Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige ist als neue Aufgabe des Jugendamts in diese Novelle übernommen. Diese Aufgabe wird z. Z. auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht (RFV) von 1924 und der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge (RGr.) aus dem gleichen Jahre durch die Bezirks- und Landesfürsorgeverbände wahrgenommen; in manchen Kreisen sind die Jugendämter mit der Durchführung der Aufgabe betraut. Der Entwurf eines Bundessozialhilfegesetzes, Bundestagsdrucksache 1799 vom 20. April 1960, (BSHG), sieht in § 145 Abs. 3 die Ausgliederung dieser Aufgabe aus dem Fürsorgerecht vor. Die Übernahme der gesetzlichen Regelung dieser Aufgabe aus der RFV in das RJWG belastet die Träger der öffentlichen Fürsorge also nicht mit einer neuen Aufgabe. Die finanzielle Belastung für die öffentliche Hand ist bis auf eine Sonderbestimmung in § 76 f Abs. 2 Satz 2 die gleiche, wie sie im Entwurf eines BSHG vorgesehen ist. Zu dieser Sonderbelastung wird in der Begründung zu § 76 f Stellung genommen.

Bereits durch die Novelle zum RJWG von 1953 sind alle übrigen Aufgaben des RJWG zu Pflichtaufgaben der Jugendämter erklärt worden. Zugleich wurde damals entschieden, daß es zur Erfüllung dieser Pflichtaufgaben keiner besonderen neuen Finanzwege bedürfe, daß vielmehr die Bestimmungen des Grundgesetzes und die Vorschriften der Länder und Gemeinden genügen. Diese Rechtslage ist auch für diesen Entwurf zutreffend.

Die Erfüllung der Pflichtaufgaben dieses Entwurfs kann sich nur allmählich, von Jahr zu Jahr steigend, hinsichtlich der finanziellen Belastung der Länder und Gemeinden auswirken. Die Höhe der für die Erfüllung der Pflichtaufgaben aufzuwendenden Mittel sind in ihr pflichtgemäßes Ermessen gestellt. Sie werden daher weiterhin bestrebt sein müssen, die zur Erfüllung der Pflichtaufgaben notwendigen Finanzen bereitzustellen, wie es seit der Novelle von 1953 von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße geschehen ist.

Aus Angaben des Statistischen Bundesamts ergibt sich die nachfolgende Übersicht über die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Jugendhilfe und Jugendpflege in den Rechnungsjahren 1955 bis 1958:

Aufgabengebiet	Rechnungsjahr	Bund	Länder	Stadtstaaten	Gemeinden	zusammen
in Millionen DM						
Jugendhilfe (= Jugendfürsorge)	1955	9,8	47,6	96,0	206,0	359,4
	1956	5,1	57,2	127,8	231,2	421,4
	1957	4,5	72,7	138,0	238,0	453,2
	1958 ¹⁾	6,7	87,8	149,3	272,7	516,5
	1959				282,1 ²⁾	
darunter:						
Zuweisung an Zweckverbände und sonstige Körperschaften (vorwiegend an freie Wohlfahrtsverbände)						
	1955	1,4	14,4	1,8	27,9	45,5
	1956	1,5	14,1	2,0	38,1	55,7
	1957	0,7	20,8	2,9	47,0	71,4
	1958 ¹⁾	1,8	30,7	4,1	60,6	97,2
Leibesübungen und Jugendpflege						
	1955	24,1	60,4	20,4	91,9	196,7
	1956	33,0	79,6	28,6	109,8	251,1
	1957	49,7	93,8	28,9	121,3	293,8
	1958 ¹⁾	66,4	121,0	33,8	135,9	357,1
darunter:						
Jugendpflege						
	1955	23,2	21,0	8,0	—	—
	1956	32,0	27,9	9,4	—	—
	1957	47,1	30,2	10,9	—	—
	1958 ¹⁾	58,6	32,1	13,0	—	—
zusammen						
	1955	33,9	108,0	116,4	297,9	556,1
	1956	38,1	136,8	156,4	341,0	672,5
	1957	54,2	166,5	166,9	359,3	747,0
	1958 ¹⁾	73,1	208,8	183,1	408,6	873,6

1) vorläufiges Ergebnis

2) Haushaltsplanzahlen (Eigenausgaben)

B**Die Bestimmungen im einzelnen****Zu Artikel I****ABSCHNITT I****Allgemeines****Zu Nummer 1**

Die Bestimmungen des RJWG über das Reichsjugendamt sind nie in Kraft getreten. Das Wort „Reichsjugendamt“ konnte daher in § 2 gestrichen werden. Wegen der Einfügung der Worte „obersten Landesbehörden“ vgl. Begründung zu A IV am Schluß.

Zu Nummer 2

Die Förderung der studentischen Jugend erfolgt in den Ländern seit Jahren nicht durch die Jugendbehörden, sondern größtenteils durch die für die Hochschulen zuständigen Kultusverwaltungen. Es war daher den Länderregierungen die Möglichkeit vorzubehalten, anzuordnen, wer in den Ländern für die Förderung der studentischen Jugend zuständig sein soll.

Unter der Förderung der studentischen Jugend ist nur die Förderung zu verstehen, die den Studenten oder den studentischen Gruppen als solchen gewährt wird. Unter Förderung der studentischen Jugend fallen nicht Maßnahmen, die den Studenten nach diesem Gesetz im übrigen zuteil werden können, z. B. Jugendgerichtshilfe, Mutterschutz vor und nach der Geburt.

Zu Nummer 3*Zu § 2 a (Elternrecht und Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten)*

Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die nach dem Grundgesetz dem Elternwillen zukommt (vgl. Begründung zu A III), ist § 2 a als neue Bestimmung eingefügt worden.

Vorab ist in Absatz 1 herausgestellt, daß das Recht der Eltern und der anderen Personensorgeberechtigten, die Grundrichtung der Erziehung zu bestimmen, bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe zu beachten ist, sofern nicht die Grundrichtung der Erziehung das Wohl des Kindes gefährdet. Da es sich bei dem RJWG vorrangig um ein Erziehungsgesetz handelt, ist es wichtig, diesen Grundsatz allen Einzelvorschriften über die Durchführung dieses Gesetzes voranzustellen. Die Entwicklung der Jugend ist von so vielen Einflüssen der öffentlichen Hand und der freien Gesellschaft abhängig, daß gegenüber Einflüssen der staatlichen Gemeinschaft das Elternrecht herauszustellen ist. Es ist zwar schon in Artikel 6 GG verankert, aber die konkrete Anwendung für alle Erziehungshilfen außerhalb von Schule und Kirche muß durch eine deutliche, unmißverständliche Weisung in diesem Gesetz gesichert werden. Dieser Grundgedanke ist in fast gleichlautender Formulierung vom Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 29. Juni 1957 — II C 105/56 — folgendermaßen herausgestellt:

„Es gebietet sich eine Auslegung des Artikels 6 Abs. 2 GG, die den Eltern ermöglicht, sich bei der Bestimmung der Lebensrichtung ihrer Kinder auch dem Staate gegenüber zu behaupten und die sie mit entsprechenden Rechtsansprüchen ausstattet.“

Der Hinweis auf das Elternrecht in § 1 Abs. 2 RJWG genügt zur Verwirklichung dieses für die Durchführung dieses Gesetzes wichtigen Anliegens nicht. Die Verpflichtung zur öffentlichen Jugendhilfe ist im RJWG — zumal seit der Novelle von 1953 — so umfassend ausgesprochen (§ 1 Abs. 2 und §§ 2 bis 4), daß demgegenüber der Hinweis, daß „das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung durch dieses Gesetz nicht berührt werden“, zu schwach ist. Diese Formulierung genügte den Anforderungen der Weimarer Verfassung. Heute muß der Vorrang des Elternrechts gegenüber dem Staate klarer zum Ausdruck gebracht werden.

Bedeutsam ist, daß dieser Grundsatz bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand gelten soll, d. h. auch dann, wenn die Maßnahme der öffentlichen Jugendhilfe darin besteht, die freie Jugendhilfe zu fördern oder mit ihr zusammenzuwirken. Daß es sich stets nur um die Beachtung einer Grundrichtung der Erziehung handeln kann, die mit den Gesetzen übereinstimmt, bedurfte im Gesetzestext keiner Klarstellung.

Nach Absatz 2 ist das Wahlrecht der Personensorgeberechtigten für die Gestaltung der Durchführung der Jugendhilfe in dem gleichen Umfange zu beachten, wie es in § 3 Abs. 2 BSHG vorgesehen ist.

Absatz 3 beruht auf Anregungen des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages. Es ist ein Grundsatz des

Entwurfs, jede Jugendhilfe möglichst im engen Zusammenwirken mit dem Elternhaus anzustreben und durchzuführen, zumal die Eltern möglichst befähigt werden sollen, die notwendige Erziehung selbst zu leisten.

Zu Artikel II**ABSCHNITT II****Jugendwohlfahrtsbehörden****Zu Nummer 1**

Die Erweiterung des § 3 Nr. 1 war im Hinblick auf die in das Gesetz eingefügten §§ 31 a, 31 b erforderlich;

die Änderung hinsichtlich § 3 Nr. 4 ergibt sich aus der Neufassung der Überschrift des Abschnitts VI (vgl. dort);

die Änderung zu § 3 Nr. 5 war notwendig, weil inzwischen das Jugendgerichtsgesetz vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 751) ergangen ist.

Zu Nummer 2 (Aufgabenkatalog des § 4 und Verhältnis öffentlicher zu freier Jugendhilfe)

§ 4 RJWG ist in seiner Grundkonzeption und in seiner Aufgabenstellung aufrechterhalten worden. Da die in § 4 RJWG geregelten sogenannten bedingten Pflichtaufgaben des Jugendamts nicht in allen Stadt- und Landkreisen gleichmäßig erfüllt werden, ist es notwendig, den Aufgabenkatalog zu konkretisieren. Hierzu sind Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 eingefügt worden. Die Konkretisierung des Aufgabenkatalogs im einzelnen bleibt einer Rechtsverordnung vorbehalten (Absatz 6).

Die Konkretisierung in Absatz 1 Satz 2 bedeutet materiell-rechtlich die Verpflichtung zur Einzelhilfe, die durch Einrichtungen oder Veranstaltungen gewährt wird. Das Wort „Einrichtungen“ ist in Satz 1 wie bisher so umfassend gemeint, daß darunter z. B. auch eine Einrichtung der offenen Fürsorge gemeint ist, also die Stelle einer Fürsorgerin, einer Kindergärtnerin oder eines Jugendpflegers. Auch das Wort „Veranstaltungen“ ist umfassend zu verstehen. Im Rahmen dieser „Einrichtungen oder Veranstaltungen“ oder durch sie werden wie bisher auch die Hilfen zur Erziehung im Einzelfall gewährt. Diese materiell-rechtliche Verpflichtung des Jugendamts hat Bedeutung auch für die Verpflichtung zur Tragung der im Einzelfall für die Durchführung der Erziehung entstehenden Kosten. Absatz 1 Satz 2 stellt für die im Rahmen der Aufgaben des § 4 zu gewährenden Einzelhilfen die Verbindung zu Abschnitt IX (Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige) dar.

Absatz 2 ist in den Entwurf aufgenommen, weil die Förderung der Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendverbände und sonstigen Jugendgemeinschaften eine besonders wichtige Aufgabe der öffentlichen Jugendwohlfahrtsbehörden darstellt, die in allen Stadt- und Landkreisen als Pflichtaufgabe durchzuführen ist. Zugleich war gegenüber der

Vorschrift des Absatzes 1 diese Aufgabe auf die Förderungspflicht zu beschränken, weil das Jugendamt nicht die Aufgabe hat, eigene Jugendgemeinschaften zu schaffen. Diese Förderungspflicht ist gegenüber 1922 heute deshalb besonders zu betonen, weil über die Jugendbewegung im engeren Sinne hinaus heute die Teilnahme an dem eigenverantwortlichen Leben einer Jugendgemeinschaft für zahlreiche junge Menschen eine wertvolle Hilfe ist, um zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit zu gelangen. In Ergänzung der Erziehung im Elternhaus sehen die Jugendgemeinschaften ihre besondere Aufgabe darin, jungen Menschen all die Hilfen zu gewähren, die sie in Schule und Beruf nicht erhalten können, deren sie aber in ihrem Interesse und im Interesse des Gesamtwohls dringend bedürfen. In den Jugendverbänden und Jugendgemeinschaften werden die jungen Menschen unter größtmöglicher Selbständigkeit durch eine freiwillige und spontane Mitarbeit in der Gemeinschaft zur Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten angeleitet und für ihre Lebensaufgabe gerüstet. Darüber hinaus ist anzuerkennen, daß die Jugendverbände nicht nur für ihre eigenen Mitglieder, sondern auch zum Wohle anderer Jugendlicher tätig werden. Es ist bekannt, daß gerade die Jugendgemeinschaften in die sogenannte „nichtorganisierte Jugend“ hineinwirken und sich aus ihr ständig ergänzen und erweitern. Auf Grund der Vielgestaltigkeit der Jugendgemeinschaften kann sich der junge Mensch für eine seinen Anlagen, Interessen und Anschauungen gemäße Gruppe entscheiden.

In Absatz 3 ist näher geregelt, unter welchen Voraussetzungen das Jugendamt nach Absatz 1 gegebenenfalls selbst tätig werden darf und tätig zu werden hat, weil das Wort „gegebenenfalls“ in der Praxis unterschiedlich ausgelegt wird, so daß eine einheitliche Anwendung dieser wichtigen Bestimmung nicht gewährleistet ist. Dieser Ergänzung bedarf es nur hinsichtlich der Aufgaben nach § 4. Dagegen bedurfte § 3 dieser Ergänzung nicht. Diese Vorschrift nennt die Aufgaben, die der öffentlichen Hand in besonderer Weise in Ausübung des Wächteramts der staatlichen Gemeinschaft zukommen (Pflegekinderaufsicht, Mitwirkung an der durch öffentliche Bestallung entstehenden Vormundschaften über Minderjährige, Mitwirkung bei der Erziehungsbeistandschaft, der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung, Jugendgerichtshilfe und ähnliche Aufgaben). In § 4 bleiben wie bisher alle übrigen Aufgaben genannt, die im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe bestehen oder entstehen können. Es wird insoweit auf die Begründung zu § 4 Abs. 1 Satz 1 verwiesen. Durch die Formulierung des Gesetzes soll erreicht werden, daß die öffentliche Hand die in § 4 genannten Aufgaben nicht unbedingt selbst durchführt. Unter Berücksichtigung des Entfaltungs- und Gestaltungsrechts der Träger der freien Jugendhilfe wurde diesen insoweit bewußt ein Vorrang eingeräumt. Nach dem Grundgesetz ist dieser Subsidiaritätsgedanke noch ernster zu beachten als nach der Weimarer Verfassung (vgl. Begründung zu A III). Die Grundkonzeption des RJWG wurde aufrechterhalten. Die in § 4 geregelten Aufgaben sind nach wie vor nur bedingte Pflichtaufgaben, d. h. die öffentliche Hand darf sie

nur dann selbst durchführen, wenn die Verpflichtung zur Anregung und Förderung der Träger der freien Jugendhilfe nicht zur Schaffung und Unterhaltung der zur Jugendwohlfahrt erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen führt. Die amtliche Begründung zu § 4 RJWG führt dazu aus:

„Die Fassung des Absatz 1 in Verbindung mit § 6 soll verdeutlichen, daß die eigene Tätigkeit des Jugendamtes gegenüber der privaten Betätigung der freiwilligen Tätigkeit hier als eine subsidiäre gedacht ist; das Jugendamt hat dafür zu sorgen, daß auf den einzelnen Gebieten der Jugendhilfe die erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen getroffen werden, indem es Nichtvorhandenes durch seine Anregungen ins Leben zu rufen sucht, Vorhandenes fördert — und zwar tunlichst auch durch Unterstützung mit Geldmitteln — und erst angesichts der Unmöglichkeit, daß ohne sein eigenes Eingreifen das Erforderliche ins Leben gerufen wird, selbst die nötigen Einrichtungen und Veranstaltungen schafft.“

Dieser Grundgedanke ist in § 4 Abs. 3 im Sinne der amtlichen Begründung von 1922 formuliert worden. Die Formulierung dieses Absatzes ist weitgehend an § 86 Abs. 1 in Verbindung mit § 10 Abs. 4 des BSHG-Entwurfs angeglichen. Sie mußte allerdings in konsequenter Fortführung der zwingenden Bestimmung des Absatz 1 verbindlicher gefaßt werden.

Die Definition der Träger der freien Jugendhilfe in Absatz 4 beruht einmal auf den Formulierungen des § 9 a Abs. 1 Buchstabe b. Zur Klarstellung sind die Jugendverbände sonstigen Jugendgemeinschaften gleichgestellt, da örtlich nicht nur die größeren Jugendverbände, sondern auch kleinere Jugendgemeinschaften freie Jugendhilfe üben. Sodann sind die Kirchen und sonstigen Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts eigens neben den in § 9 a Abs. 1 Buchstabe b genannten Trägern aufgeführt, da auch sie und ihre Organisationen freie Jugendhilfe üben. Schließlich sollen gesetzlich als Träger der freien Jugendhilfe auch juristische Personen anerkannt sein, deren Zweck es ist, die Jugendwohlfahrt zu fördern.

Absatz 5 soll sichern, daß nur solche Träger der freien Jugendhilfe gefördert werden, die der Förderung würdig sind. Die Vorschrift entspricht ähnlichen Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung.

Absatz 6 enthält die Ermächtigung der Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrats durch Rechtsverordnung das Nähere zum Aufgabenkatalog nach Absatz 1 zu bestimmen. Die Konkretisierung kann in einer Rechtsverordnung spezifizierter und jeweils zeitgemäßer erfolgen als im Gesetz selbst. Absatz 6 bestimmt gemäß Artikel 80 GG Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung.

Zu Nummer 3

Zu § 4 a (Förderungsgrundsatz)

§ 4 a ergänzt die Vorschriften des § 4 Abs. 1 und 4, um einen Wegweiser für die gerechte Verteilung der öffentlichen Gelder aufzustellen. In manchen Stadt- und Landkreisen werden die Kinder und Jugendlichen, die in Einrichtungen freier Träger Jugendhilfe erhalten, durch öffentliche Gelder nicht im glei-

chen Maße unterstützt wie Kinder und Jugendliche des gleichen Stadt- oder Landkreises in Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe. Es wird auch insoweit auf die Begründung zu A III verwiesen. Die Vorschrift soll dazu dienen, daß künftig unter Berücksichtigung einer Eigenleistung der freien Träger die Steuergelder den Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe möglichst gerecht und gleichmäßig zugute kommen, gleichgültig, ob sie durch Träger der freien oder der öffentlichen Jugendhilfe betreut werden.

Zu § 4 b (Gewährung des notwendigen Lebensunterhalts bei Einzelhilfen)

In § 4 b wird materiell geregelt, daß zum Inhalt der Hilfen zur Erziehung, die in Ausführung des § 3 oder des § 4 einem einzelnen Minderjährigen gewährt werden, unter bestimmten Voraussetzungen — nämlich bei Gewährung dieser Hilfen in einer Familie außerhalb des Elternhauses des Minderjährigen, in einem Heim oder in einer sonstigen Einrichtung — der notwendige Lebensunterhalt gehört. Auch dieser ist durch die Jugendwohlfahrtsbehörden zu gewähren; sie sind unter den Voraussetzungen des Abschnitts IX auch Kostenträger.

Zu Nummer 4 und 5

Die §§ 5 und 6 waren aus rechtssystematischen Gründen umzustellen. § 6 gehört sachlich eng zu § 4. Er regelt die Verpflichtung, die freiwillige Tätigkeit zur Förderung der Jugendwohlfahrt anzuregen, zur Mitarbeit heranzuziehen und zu unterstützen, soweit diese Unterstützung über die Förderungspflicht von Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe des § 4 hinaus zur Förderung der Jugendwohlfahrt geboten ist. In § 5 sind nur redaktionelle Änderungen vorgenommen worden, die sich aus der Fortentwicklung der in § 6 RJWG gebrauchten Begriffe ergeben. In § 5 RJWG, jetzt § 6, ist in Satz 1 das Wort „Reichs“ durch das Wort „Bundes“ ersetzt worden.

Zu Nummer 6

In § 7 Abs. 1 Satz 2 werden „die Minderjährigen ohne gewöhnlichen Aufenthaltsort“ mit aufgeführt, auf die Satz 1 nicht anwendbar ist. Für sie würden sonst nach dem bisherigen Wortlaut des Gesetzes nur vorläufige Maßnahmen möglich sein.

Zu Nummer 7

§ 7 Abs. 2 ist wegen der am 1. April 1960 in Kraft getretenen Verwaltungsgerichtsordnung (§ 195) nicht mehr anwendbar.

Eine dem § 7 Abs. 2 RJWG (Entscheidung bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit) entsprechende Bestimmung wurde in den Entwurf nicht übernommen. Zuständigkeitsstreitigkeiten innerhalb eines Landes regelt das Landesrecht. Gewöhnlich sind die entsprechenden Bestimmungen in den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder enthalten. In den seltenen Fällen, in denen Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit zwischen verschiedenen Ländern nicht durch die obersten Landesbehörden bereinigt werden, müßte eine gerichtliche Entscheidung her-

beigeführt werden. Eine besondere bundeszentrale Entscheidungsstelle erscheint entbehrlich.

Zu Nummer 8

Es handelt sich nur um redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 9

Die Änderung zu § 13 Abs. 1 Nr. 6 ist notwendig, weil nach den Vorschriften des Abschnitts VI die Landesjugendämter die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung nunmehr selbst ausführen (§ 69).

Die Änderung zu § 13 Abs. 1 Nr. 8 ist notwendig, weil die in § 13 Abs. 1 Nr. 8 RJWG geregelten Aufgaben in Abschnitt VII dieses Entwurfs durch die Heimaufsicht und den Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen neu geregelt worden sind.

Zu Nummer 10

Da im gesamten Entwurf generell nur von der obersten Landesbehörde gesprochen wird, war das Wort „Landesjugendbehörde“, das in § 14 durch die Novelle zum RJWG von 1953 eingefügt worden ist, durch das Wort „Landesbehörde“ zu ersetzen. Es muß den Ländern überlassen bleiben, welche Stelle sie zur obersten Landesbehörde im Sinne dieses Gesetzes erklären.

Zu Nummer 11

Zu § 14 a (Aufgaben der obersten Landesbehörde)

Die Aufgaben der obersten Landesbehörde sind auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Jahre formuliert. Die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Landesjugendämtern und obersten Landesbehörden haben sich im allgemeinen so entwickelt, daß die Landesjugendämter nur Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, während die eigentlichen Aufgaben der Landesregierung auf dem Gebiet der Jugendhilfe bei den obersten Landesbehörden liegen. Die Verwaltungs- und Regierungsaufgaben möglichst sinnvoll abzugrenzen, liegt im Interesse der Länder selbst. Da die Länder das RJWG ausführen, bedarf es von Bundes wegen nur einer allgemeinen Rahmenbestimmung, die im Interesse einer wirksamen Jugendhilfe vor allem auch die Verpflichtung der obersten Landesbehörden enthalten muß, die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe zu unterstützen, das heißt, auch finanziell zu fördern.

Zu Nummer 12 (Bundesregierung und Bundesjugendkuratorium)

Da der Entwurf die Aufgaben der Jugendhilfe auf Bundesebene der Bundesregierung zuweist und es sich um eigenständige Rechte und Pflichten der Bundesregierung handelt, ist für diese Aufgaben ein eigener Abschnitt II a: „Bundesregierung und Bundesjugendkuratorium“ eingefügt worden.

Die Bundesregierung wird im Entwurf nicht als Organ der öffentlichen Jugendwohlfahrt bezeichnet. Die Ausführung dieses Gesetzes obliegt den Ländern. Dennoch hat die Bundesregierung auf dem Gebiete der Jugendhilfe ihre eigenen Aufgaben.

Es ist vorgesehen, daß die Bundesregierung sich bei Durchführung ihrer Aufgaben des Rates eines Bundesjugendkuratoriums bedienen soll. Ein solcher Beirat war bereits in § 16 RJWG vorgesehen. Auf Grund dieses Paragraphen sollte die Bundesregierung in Verbindung mit dem Reichsbeirat das sogenannte Reichsjugendamt bilden. Dieser Paragraph ist aber gemäß Artikel 1 Nr. 2 der Verordnung über das Inkrafttreten des RJWG vom 14. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 110) nicht in Kraft getreten. Ebenso nicht § 17 RJWG, der sich mit den näheren Bestimmungen über den Aufgabenkreis und über Zusammensetzung, Verfassung und Verfahren des Reichsjugendamts befaßt.

Die Bundesregierung hat in dem vergangenen Jahrzehnt die Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendhilfe angeregt und gefördert und einen eigenen Bundesjugendplan zur Förderung der Jugendhilfe geschaffen, der in den Bundeshaushaltsplänen Jahr für Jahr mit erhöhten Mitteln dotiert wurde. Wegen der Bedeutung dieser Bundesaufgaben soll nunmehr gesetzlich festgelegt werden, daß die Bundesregierung die Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendhilfe fördern kann.

Zu Nummer 13

Zu § 16 (Aufgaben des Bundes)

Die Aufgaben der Bundesregierung sind gegenüber den Aufgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden dahin abgegrenzt, daß von der Bundesebene her eine Anregung und Förderung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe erfolgen kann, soweit sie über die Verpflichtungen der Organe der öffentlichen Jugendhilfe hinaus zur Verwirklichung der Aufgaben der Jugendhilfe von Bedeutung sind. Der Entwurf geht davon aus, daß nach der Abgrenzung der Pflichtaufgaben der einzelnen Organe der öffentlichen Jugendhilfe der Bundesregierung nur diese Aufgabenstellung zukommen kann. Es darf erwartet werden, daß die Organe der öffentlichen Jugendwohlfahrt von Jahr zu Jahr ihre Pflichtaufgaben im Interesse der gesamten Jugend und des Gesamtwohls der Bevölkerung verstärkt durchführen werden.

Da die Durchführung dieses Gesetzes von allgemeiner politischer Bedeutung ist und da Bundestag und Bundesrat zur wirksamen Durchführung des § 16 im Rahmen der Haushaltsgesetze die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen, erscheint es gerechtfertigt und notwendig, daß die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat alle vier Jahre einen Bericht über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendhilfe vorlegt. Zur Erstattung dieses Berichts werden die Länder dem Bunde die in Artikel 35 GG festgelegte Amtshilfe leisten, so daß Bundestag und Bundesrat und damit auch die gesamte Öffentlichkeit über die Fortentwicklung der Jugendhilfe im gesamten Bundesgebiet in jeder Legislaturperiode unterrichtet sein werden. Durch diese Berichte wird eine für eine umfassende und wirksame Jugendhilfe notwendige Öffentlichkeitswirkung erzielt. Eine ähnliche Regelung ist bereits im Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565) vorgesehen, das

einen jährlich zu erstattenden „Bericht über die Lage der Landwirtschaft“ vorschreibt.

Zu Nummer 14

Zu § 17 (Bundesjugendkuratorium)

§ 17 Abs. 1 entspricht dem bereits in der Vorbemerkung vor § 16 zitierten § 16 Abs. 1 RJWG. Der seinerzeit geplante Reichsbeirat für Jugendwohlfahrt sollte bei dem Reichsministerium des Innern errichtet werden. Es entspricht der Geschäftsordnung der Bundesregierung, daß das Bundesjugendkuratorium bei dem Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen zu errichten ist.

Das Bundesjugendkuratorium kann nur beratend tätig sein, weil ein Bundesminister nach dem Grundgesetz nicht an Weisungen eines Beschlußgremiums gebunden sein kann.

Die Aufgaben des Bundesjugendkuratoriums als Beirat der Bundesregierung sind auf die Beratung in grundsätzlichen Fragen auf dem Gebiete der Jugendhilfe begrenzt und zwar in Fragen der Jugendgesetzgebung sowie beim Erlaß allgemeiner Verwaltungsvorschriften und von Rechtsverordnungen zu Jugendgesetzen. Ferner erstreckt sich die Beratung auf die Verwendung der Haushaltsmittel, die zur Unterstützung der Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendhilfe durch die Bundesregierung verwaltet werden.

Das Nähere über Zusammensetzung und Verfahren des Bundesjugendkuratoriums sind der Regelung durch die Bundesregierung überlassen.

Zu Nummer 15

Der Unterabschnitt 4 des Abschnitts II des RJWG ist aufgehoben, weil das Beschwerderecht gegen Entscheidungen des Jugendamts und des Landesjugendamts sowie Rechtsbeschwerden aus diesem Gesetz sich nach der am 1. April 1960 in Kraft getretenen Verwaltungsgerichtsordnung regeln.

Zu Artikel III

ABSCHNITT III

Schutz der Pflegekinder

Zu Nummer 1

Zu § 19 (Begriff des Pflegekindes)

A b s a t z 1: Der Pflegekindbegriff des neu gefaßten § 19 stimmt im wesentlichen mit dem des § 19 RJWG überein. Jedoch ist das Schutzalter auf das 16. Lebensjahr heraufgesetzt, weil nicht nur Klein- und Schulkinder, sondern auch Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren, z. B. Jungarbeiter in fremden Familien, des Pflegekinderschutzes bedürfen. Die im § 19 zweiter Halbsatz RJWG vorgesehene Ausnahmebestimmung findet sich aus gesetzessystematischen Gründen im Absatz 2 des neuen § 19 unter Buchstabe d wieder (vgl. dort).

Anstelle der Worte „in fremder Pflege“ sind jetzt die Worte „außerhalb des Elternhauses in Familien-

pflege“ getreten. Durch die Verwendung des Begriffs „Familienpflege“ erstreckt sich der Schutz der Pflegekinder nicht mehr auf Minderjährige in Heimen und sonstigen Einrichtungen. Ihr Schutz ist im Abschnitt VII über den „Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen“ geregelt (vgl. § 76 a).

Durch die Worte „außerhalb des Elternhauses“ soll anstelle des sprachlich unschönen Ausdrucks „fremde Pflege“ zum Ausdruck gebracht werden, daß Pflegekinder solche Minderjährige unter 16 Jahren sind, die nicht bei den Eltern oder einem Elternteil untergebracht sind. Auch Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren, die in einer fremden Familie „möbliert“ wohnen, sind nach dem Willen des Gesetzgebers mit erfaßt. Uneheliche Kinder, die sich bei der Mutter aufhalten, sind wie bisher keine Pflegekinder. (Zur Frage des erhöhten Schutzbedürfnisses unehelicher Kinder siehe Begründung zu Absatz 2 und zu § 31 a.)

Absatz 2 stellt dem Begriff des Pflegekindes in Absatz 1 zur Verbesserung der Gesetzessystematik alle Ausnahmen gegenüber. Er übernimmt die bisher in § 21 RJWG getroffene Regelung, die die Anwendung der Vorschriften über den Schutz der Pflegekinder für bestimmte Gruppen von Minderjährigen ausschließt, und ergänzt sie durch weitere Bestimmungen in den Buchstaben a, d und e.

Buchstabe a berücksichtigt den Fall, daß ein Minderjähriger bei einer Person untergebracht ist, der das Personensorgerecht für ihn übertragen ist, z. B. bei einem Vormund oder einem Pfleger, ohne daß die Voraussetzungen nach Buchstabe b vorliegen.

Buchstabe b übernimmt die bisherige Regelung des § 21 Abs. 1 RJWG, nimmt aber nicht nur eheliche Kinder, sondern ganz generell Minderjährige bei Verwandten oder Verschwägerten bis zum 3. Grade von der Anwendung der Vorschriften dieses Abschnittes aus, wenn die Merkmale der entgeltlichen, gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Pflege fehlen. Die Neufassung der Vorschriften zum Schutz der Pflegekinder unterscheidet also nicht mehr zwischen ehelichen und unehelichen Minderjährigen. Damit wird dem Erfordernis des Artikels 6 Abs. 5 GG entsprochen. Um dem weiterhin vorhandenen erhöhten Schutzbedürfnis der unehelichen Minderjährigen zu entsprechen, ist in § 31 a eine Vorschrift geschaffen worden, die ihnen denselben Schutz gewährleistet wie ehelichen Minderjährigen unter 16 Jahren, wenn ihre Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben, weil auch diese Kinder eines erhöhten Schutzes bedürfen (vgl. bei § 31 a).

Buchstabe c übernimmt mit einigen redaktionellen Änderungen die Ausnahmen des § 21 Abs. 2 RJWG für bestimmte Gruppen von auswärtigen Schülern.

Buchstabe d nimmt die Minderjährigen aus, die bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind. Wenn diese Minderjährigen im Einzelfall des Pflegekinderschutzes bedürfen, weil ihr Wohl es erfordert, können gemäß § 31 b die Bestimmungen über Pflegekinderaufsicht entsprechend angewandt werden (vgl. bei § 31 b).

Buchstabe e nimmt die Minderjährigen aus, die unentgeltlich in vorübergehende Pflege genommen

werden. Bis auf die Streichung des Wortes „vorübergehend“, die zeitliche Begrenzung der Unterbringung auf 6 Wochen und die Beschränkung auf Familienpflege entspricht diese Bestimmung dem Inhalt des § 19 zweiter Halbsatz RJWG, der dieser Gruppe die Pflegekindereigenschaft nicht zuerkennt, jedoch nach § 20 Abs. 2 RJWG ihre Anmeldung beim Jugendamt vorschreibt. Die Anmeldepflicht kann nunmehr entfallen, weil die Unterbringung auf eine bestimmte, verhältnismäßig kurze Zeit, nämlich auf 6 Wochen beschränkt ist. Die jetzige Fassung ist gegenüber der alten Fassung im Wortlaut eindeutiger.

Buchstabe f nimmt die in Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung befindlichen Minderjährigen von der Anwendung der Vorschriften dieses Abschnittes zur Vermeidung von Doppelaufsicht aus. Auch hier handelt es sich nur um die in Familienpflege befindlichen Minderjährigen. Ausführungsbehörde ist insoweit das Landesjugendamt (vgl. § 69).

Zu Nummer 2

Zu § 20 (Pflegeerlaubnis)

Satz 1 bis 3 entsprechen § 20 Abs. 1 Satz 1 bis 3 RJWG. In Satz 1 ist lediglich der Begriff der „Pflegeperson“ für diejenige Person eingeführt, die das Pflegekind aufnimmt. Neu ist ferner Satz 4 des Entwurfs, der eine befristete oder mit Auflagen versehene Erteilung der Pflegeerlaubnis vorsieht. Satz 4 berücksichtigt, daß in der Praxis die Feststellung der Eignung der Pflegestelle vor Aufnahme eines Pflegekindes oft nicht möglich ist, die Erlaubnis daher erst nachträglich erteilt werden kann. Durch die in Satz 4 vorgesehenen beiden Alternativen wird eine beweglichere Handhabung der Unterbringung von Pflegekindern ermöglicht und zugleich ein Anreiz zur bestmöglichen Erfüllung von Bedingungen gegeben, die das leibliche, geistige und seelische Wohl des Pflegekindes gewährleisten.

§ 20 Abs. 2 RJWG ist mit Rücksicht auf die Regelung des § 19 Abs. 2 Buchstabe e weggefallen.

Zu Nummer 3

Zu § 21 (weggefallen)

Die im § 21 RJWG enthaltenen Ausnahmen von Schutzvorschriften für Pflegekinder sind aus gesetzessystematischen Gründen in § 19 Abs. 2 Buchstaben b und c ohne sachliche Änderungen übernommen. Damit wurde § 21 entbehrlich.

Zu Nummer 4

Zu § 22 (Voraussetzungen der Pflegeerlaubnis)

Absatz 1 konkretisiert die Voraussetzungen für die Erteilung der Pflegeerlaubnis, ohne nähere Bestimmungen durch das Landesrecht auszuschließen (vgl. § 31 Abs. 1). In der Pflegestelle muß das leibliche, geistige und seelische Wohl des Pflegekindes gesichert sein. Hierzu gehört z. B. auch, daß eine langfristige Unterbringung ermöglicht wird, um dem Pflegekind eine Heimstatt in einer Familie zu geben und es vor schädlichem

Pflegestellenwechsel zu bewahren. § 22 RJWG bezeichnet die Voraussetzungen für die Aufnahme eines Pflegekindees nur mittelbar in Absatz 2, der die Voraussetzungen für den Widerruf der Erlaubnis („wenn das körperliche, geistige oder sittliche Wohl des Kindes es erfordert“) regelt. § 22 Abs. 1 RJWG überläßt die nähere Bestimmung der Voraussetzungen für die Erlaubnis (auch für ihr Erlöschen und ihren Widerruf) bundesgesetzlichen Ausführungsvorschriften nach § 15 oder Richtlinien der Landesjugendämter. Bei der Bedeutung der „näheren Bestimmungen“ für das Wohl der Pflegekinder ist das Nähere nicht den Landesjugendämtern, sondern dem Landesrecht überlassen (vgl. bei § 31 Abs. 1). Die Befugnis der Bundesregierung, auch für diesen Gesetzesabschnitt, Ausführungsvorschriften zu erlassen, ergibt sich aus § 15 RJWG. Dessen besonderer Erwähnung in § 22 bedarf es nicht.

Absatz 2 entspricht dem bisherigen Recht. Die Fassung ist abgestimmt mit Absatz 1.

Zu Nummer 5

Zu § 24 (Pflegekinderaufsicht)

Die Neufassung von § 24 Absatz 1 weicht von der geltenden Fassung insofern ab, als die Aufsicht über uneheliche Kinder, die sich bei der Mutter befinden, in den Vorschriften über den Pflegekinderschutz entfällt (bisher § 24 Abs. 1 Satz 2), vgl. die Begründung zu § 19 Abs. 2. Für uneheliche Minderjährige unter 16 Jahren, die sich bei der Mutter befinden ebenso wie für eheliche Minderjährige, die sich bei einem Elternteil befinden, wenn ihre Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben, ist in § 31 a eine Sondervorschrift geschaffen worden, die § 24 Abs. 1 für entsprechend anwendbar erklärt (vgl. dort).

Satz 1 der Neufassung entspricht § 24 Abs. 1 Satz 1 RJWG. Nach Satz 2 erstreckt sich die Aufsicht über Pflegekinder darauf, daß das leibliche, geistige und seelische Wohl des Pflegekindees gewährleistet ist. Ergänzend hierzu bestimmt § 31 Abs. 1 anstelle des weggefallenen § 24 Abs. 2 RJWG, daß das Nähere über die Aufsichtsbefugnisse durch Landesrecht bestimmt wird. (Hierzu und wegen des nicht mehr angeführten § 15 vgl. zu § 22 Abs. 1 und zu § 31 Abs. 1.)

Absatz 2: Die Verpflichtung zur Beratung und Unterstützung der Pflegepersonen ist gegenüber dem geltenden Recht neu. Die Gewinnung guter Pflegestellen ist ausschlaggebend für den Erfolg der sozialpädagogischen Bemühungen um den Minderjährigen. Da das Angebot an Pflegestellen immer seltener wird, ist es notwendig, geeignete Pflegepersonen im Einzelfall zu beraten und zu unterstützen und dabei auch durch Träger der freien Jugendhilfe zu werben und zu schulen. Die Verpflichtung, die Pflegepersonen zu beraten und zu unterstützen, entspricht der Aufgabe, die dem Jugendamt bisher schon nach § 45 RJWG gegenüber Vormündern, Beiständen und Pflegern obliegt.

Absatz 3 entspricht der in § 25 Abs. 1 RJWG enthaltenen Regelung, wiederum unter Wegfall der Ermächtigung der Landesjugendämter und der Verweisung auf § 15 (vgl. zu § 31 Abs. 1).

Nachdem durch die Gleichstellung der ehelichen mit den unehelichen Kindern in den Vorschriften über den Pflegekinderschutz die bisher in § 25 Abs. 2 und 3 RJWG für uneheliche Kinder getroffenen Bestimmungen über die widerrufliche Befreiung von der Aufsicht entbehrlich geworden sind, erscheint es zweckmäßig, Aufsicht und widerrufliche Befreiung von der Aufsicht in einer einheitlichen Vorschrift zu regeln.

Zu Nummer 6

Zu § 25 (weggefallen)

§ 25 Abs. 1 RJWG ist in § 24 Abs. 3 neue Fassung übernommen. Hinsichtlich der Streichung von § 25 Abs. 2 und 3 vgl. die Begründung zu § 24 Abs. 3 und zu § 19 Abs. 2.

Zu Nummer 7

Zu § 26 (Anzeigepflicht)

Die hier geregelte Anzeigepflicht entspricht § 26 RJWG. Die Befugnis der Länder, das Nähere zu bestimmen, ergibt sich aus § 31 Abs. 1. Wegen des Wegfalls der Ermächtigung der Landesjugendämter und der Verweisung auf § 15 vgl. Begründung zu § 22 Abs. 1 und zu § 31 Abs. 1.

Zu Nummer 8

Zu § 27 (Sofortige Wegnahme des Pflegekindees)

Absatz 1 Satz 1 entspricht § 27 Abs. 1 RJWG. Der zum Schutz gefährdeter Minderjähriger vorgenommene Eingriff durch sofortige Entfernung aus der Pflegestelle machte eine Einschränkung des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 GG) notwendig. In Absatz 2 wurde der bisherige Inhalt von § 27 Abs. 2 RJWG lediglich durch die Verpflichtung zur Benachrichtigung der Personensorgeberechtigten und der Pflegeperson ergänzt.

Zu Nummer 9

Zu § 28 (weggefallen)

§ 28 RJWG (Besondere Zuständigkeit) ist als eine Vorschrift des Unterabschnitts 4 weggefallen. In § 28 ist der Grundsatz durchbrochen, daß das gemäß § 23 RJWG örtlich zuständige Jugendamt die Erlaubnis zur Aufnahme eines Pflegekindees erteilt und die Aufsicht führt. Im Gegensatz hierzu sind im Rahmen von § 28 RJWG die verschiedensten Behörden auf Bundes-, Landes- und Ortsebene für zuständig erklärt, wenn sie Kinder in Familienpflege unterbringen. Diese Vorschrift hat infolge der sich überschneidenden Zuständigkeiten zu Schwierigkeiten geführt, so daß von den meisten Ländern bereits mit Wirkung vom 20. November 1925 eine Vereinbarung über die Unterbringung von Pflegekindern durch die zuständige Behörde außerhalb ihres Landes getroffen worden ist. Die Vorschrift des § 28 RJWG kam seinerzeit Wünschen von insbesondere großstädtischen Jugendämtern entgegen, die ihre Pflegekinder in Landbezirken unterbrachten und sich damals auf bessere Möglichkeiten zur Prüfung und Überwachung von Pflegestellen berufen konnten als

ländliche, noch nicht genügend ausgebaute Jugendämter. Inzwischen sind durch die gleichmäßige Errichtung von Jugendämtern und die allgemeine Durchführung des Pflegekinderschutzes in allen Ländern der Bundesrepublik diese Argumente gegenstandslos geworden. Gerade die Tatsache, daß die unterbringende fremde Behörde die Auswahl der Pflegestelle ohne genügende Kenntnis der örtlichen Verhältnisse treffen muß, wie auch die sich aus der fehlenden Ortsnähe ergebende losere Überwachung, werden als Begründung für die in Fachkreisen erhobene Forderung des Wegfalls von § 28 RJWG angeführt.

Zu § 29 (weggefallen)

Der Inhalt des § 29 RJWG (Anstalts- und Vereinspflege) ist mit Ausnahme von Absatz 3 und 4 in § 76 a — Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren — übernommen (vgl. dort). § 29 Abs. 3 RJWG ist mit der Änderung, daß nicht durch das Landesjugendamt, sondern durch Landesrecht die maßgeblichen Bestimmungen getroffen werden können, in § 31 Abs. 2 übernommen; § 29 Abs. 4 RJWG ist weggefallen, nachdem diese Bestimmung bereits durch die Neufassung von § 77 RJWG auf Grund der Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 14. Februar 1924 überflüssig geworden ist. Nach § 77 RJWG können landesrechtlich alle oder einzelne Aufgaben des Landesjugendamts auf andere Behörden, also auch auf die oberste Landesbehörde, übertragen werden. Durch den Wegfall der §§ 28 und 29 RJWG erübrigt sich der Unterabschnitt 4.

Zu Nummer 10

Zu § 30 (weggefallen)

Der bisher im Unterabschnitt 5 „Strafbestimmungen“ als einzige Vorschrift enthaltene § 30 ist an dieser Stelle weggefallen. Unter Artikel VIII ist ein selbständiger Abschnitt VIII „Straftaten und Ordnungswidrigkeiten“ geschaffen worden, in dem alle strafrechtlichen Bestimmungen und Bußgeldvorschriften des Gesetzes zusammengefaßt sind (vgl. dort). Die in § 30 RJWG enthaltenen Tatbestände sind in § 76 d (Abschnitt VIII) unter Berücksichtigung der neuen Gesetzessystematik im wesentlichen übernommen und als Ordnungswidrigkeiten behandelt (vgl. dort).

Zu Nummer 11

Zu § 31 (Befugnis der Länder)

Absatz 1: Das RJWG sieht zum Pflegekinderwesen in § 22 Abs. 1, § 24 Abs. 2, § 25 Abs. 1, § 26 Satz 2 die Möglichkeit des Erlasses von Ausführungsvorschriften entsprechend § 15 durch die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats oder von Richtlinien durch die Landesjugendämter vor. Solche Vorschriften sind bisher nicht ergangen. Da nach der Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 14. Februar 1924 die Schaffung von Landesjugendämtern nicht mehr obligatorisch war, vielmehr nach § 77 der Landesregierung die Bestimmung vorbehalten wurde, welche Behörden die im RJWG der obersten Lan-

desbehörde oder dem Landesjugendamt übertragenen einzelnen Aufgaben wahrzunehmen haben, wurde in vielen Ländern der Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu den einschlägigen Vorschriften über das Pflegekinderwesen der obersten Landesbehörde übertragen. Der Entwurf bestätigt diese Entwicklung, indem er die näheren Bestimmungen über das Pflegekinderwesen im § 31 Abs. 1 dem Landesrecht vorbehält. Davon unberührt bleibt die Zuständigkeit des Landesjugendamts zum Erlaß allgemeiner Verwaltungsrichtlinien, die zu seinem Aufgabenbereich nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 gehört. Die Rechte der Bundesregierung ergeben sich aus § 15. Eine darüber hinausgehende Ermächtigung für die Landesgesetzgebung, weitere Vorschriften zum Schutz der Kinder zu erlassen, wie es § 31 RJWG vorsieht, erscheint nicht mehr erforderlich, nachdem der Pflegekinderschutz in allen Ländern eine ausführliche Regelung erfahren hat. Ebenso entfällt das Bedürfnis für Ausnahmebestimmungen für die Unterbringung von Kindern in ländlichen Bezirken; denn Pflegekinder müssen sowohl in der Stadt wie auf dem Lande den gleichen Schutz genießen.

Absatz 2: Ebenfalls durch Landesrecht — nicht mehr durch das Landesjugendamt, wie in § 29 Abs. 3 RJWG vorgesehen — kann bestimmt werden, inwieweit die Vorschriften über den Schutz der Pflegekinder auch auf solche Pflegekinder Anwendung finden, die unter der Aufsicht einer der Jugendwohlfahrt dienenden, durch das Landesjugendamt für geeignet erklärten Vereinigung stehen. Die Vorschrift entspricht im übrigen dem Absatz 3 von § 29 RJWG, der weggefallen ist.

Zu Artikel IV

ABSCHNITT III a

Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in besonderen Fällen

Zu § 31 a

Die Vorschrift ersetzt die Bestimmungen des RJWG zum Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren, die unehelich sind, ergänzt durch Vorschriften zum Schutz von ehelichen Kindern, deren Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben. Sie entspringt aus der in der Praxis fürsorglicher Kreise gewonnenen Erfahrung, daß diese Minderjährigen infolge ihrer soziologisch bedingten Gefährdung eines erhöhten Schutzes bedürfen. Häufig wachsen sie außerhalb einer Vollfamilie auf oder sie sind durch die Zerrüttung der Ehe ihrer Eltern oder — vor allem als uneheliche Kinder — durch die Unterbringung bei entfernten Verwandten oder Verschwägerten, die kein inneres Verhältnis zu ihnen haben, in ihrer Entwicklung gefährdet. Aus ihrer besonderen Situation erwächst die Forderung, ihnen in pflegerischer Hinsicht Schutz zu gewähren. § 31 a vermittelt diesen Schutz, unterschiedlich nach der Unterbringung des Minderjährigen bei einem Elternteil oder, soweit es sich um uneheliche Minderjährige handelt, bei der Mutter oder Verwandten oder Verschwägerten bis zum 3. Grade.

Nach Absatz 1 sollen Minderjährige unter 16 Jahren, die unehelich sind oder deren Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben, unter die Aufsicht des Jugendamts gestellt werden, wenn eine solche Maßnahme für ihr Wohl erforderlich ist.

Die Bestimmung des § 24 Abs. 1 Satz 2 RJWG, wonach jedes uneheliche Kind stets von Gesetzes wegen der Pflegekinderaufsicht untersteht, ist im Entwurf entfallen. Es genügt der Schutz, der durch Vormundschaft und Gemeindewaisenrat gewährt wird; es erscheint nicht notwendig, deren Rechte und Pflichten in allen Fällen von Gesetzes wegen durch den Pflegekinderschutz zu ergänzen.

Soweit der in § 31 a vorgesehene Schutz sich auf eheliche Kinder erstreckt, ist er beschränkt auf „Minderjährige, deren Eltern nicht nur vorübergehend getrennt leben“, sofern nicht das Vormundschaftsgericht nach § 1672 BGB entschieden hat, welchem Elternteil die elterliche Gewalt oder die Sorge für die Person des Kindes zusteht (s. Absatz 3). Der Schutz erstreckt sich nicht auf Minderjährige, deren Eltern geschieden sind.

Während Absatz 2 Buchstabe a auf eheliche Minderjährige, die sich bei dem Vater oder der Mutter und auf uneheliche Minderjährige, die sich bei der Mutter befinden, nur die Bestimmungen über die Pflegekinderaufsicht und die Anzeigepflicht für anwendbar erklärt, dehnt Buchstabe b den Schutz für die bei Verwandten oder Verschwägerten bis zum 3. Grade untergebrachten unehelichen Minderjährigen auf die Anwendung sämtlicher Bestimmungen über den Pflegekinderschutz aus, insbesondere auch auf die Pflegeerlaubnis und die sofortige Wegnahme bei Gefahr im Verzug.

Zu § 31 b

Die Praxis zahlreicher Jugendämter hat ergeben, daß Minderjährige unter 16 Jahren, die bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind, in Einzelfällen des Pflegekinderschutzes bedürfen. Diese Minderjährigen sind gemäß § 19 Abs. 1 Buchstabe d nicht als Pflegekinder anzusprechen. Soweit aber im Einzelfall ihr Wohl durch die Unterbringung bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber nicht gewährleistet ist, kann das Jugendamt sie nach Absatz 1 unter seine Aufsicht stellen. Gegen die Entscheidung des Jugendamts kann das Vormundschaftsgericht angerufen werden.

In Absatz 2 ist im einzelnen aufgeführt, welche Bestimmungen des Abschnitts über den Pflegekinderschutz auf diesen Personenkreis entsprechende Anwendung finden.

Zu Artikel V

ABSCHNITT IV

Stellung des Jugendamts im Vormundschaftswesen; Vereinsvormundschaft

Zu Nummer 2

Zu § 35 Abs. 1 (Amtsvormundschaft über uneheliche Kinder)

Die Neufassung von Absatz 1 dehnt die Amtsvormundschaft auch auf diejenigen im Geltungsbe-

reich dieses Gesetzes geborenen unehelichen Kinder aus, deren Mutter staatenlos ist und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat. Bisher konnte für diese Kinder das Jugendamt nur als Amtsvormund bestellt werden.

Zu Nummer 3

Zu § 43 (Vormundschaftsgerichtshilfe)

Die Neufassung von § 43 entspricht in den Grundzügen dem § 43 Abs. 1 RJWG. Neu ist in Absatz 1 Satz 1 die Erwähnung des § 1694 BGB in Verbindung mit der Unterstützung des Vormundschaftsgerichts bei allen Maßnahmen, welche die Sorge für die Person Minderjähriger betreffen. Durch die ausdrückliche Erwähnung der Verpflichtung des Jugendamts, dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu machen, wenn ein Fall zu seiner Kenntnis gelangt, in dem das Vormundschaftsgericht zum Einschreiten berufen ist, will der Entwurf auf die Verantwortung des Jugendamts als Wächter über das Wohlergehen der Minderjährigen seines Bezirks besonders hinweisen.

Im übrigen weicht die neue Fassung von Satz 2 (Anhörungsrecht des Jugendamts vor Entscheidungen des Vormundschaftsgerichts) von § 43 RJWG nur durch die Angleichung der zitierten Bestimmungen an das zur Zeit geltende Recht und die bereits geübte Praxis ab. Von den in § 43 Satz 2 neu aufgenommenen Vorschriften betreffen § 3 BGB die Volljährigkeitserklärung eines Minderjährigen, § 1634 BGB die Verkehrsregelung des nicht sorgeberechtigten Elternteils mit dem Kind, § 1672 BGB die Übertragung der elterlichen Gewalt auf einen Elternteil bei Getrenntleben der Eltern, § 1 Abs. 2 des Ehegesetzes vom 20. Februar 1946 die Befreiung vom Erfordernis der Ehemündigkeit und § 3 Abs. 3 des Ehegesetzes die Ersetzung der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters zur Eingehung der Ehe durch das Vormundschaftsgericht.

Neu ist sodann die Bestimmung in Absatz 1 Satz 3, wonach bei Verträgen über die Annahme eines Minderjährigen an Kindes Statt das Jugendamt im Einvernehmen mit dem Landesjugendamt Stellung zu nehmen hat, wenn der Annehmende nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder seinen Wohnsitz im Ausland hat. Diese Regelung entspricht einem dringenden praktischen Bedürfnis, um Mißbräuchen bei der Adoption ins Ausland zu begegnen. Das Landesjugendamt hat den größeren Überblick über die im Bundesgebiet vorhandenen Adoptionsmöglichkeiten und ist im Vergleich zu dem häufig als gesetzlicher Vertreter des anzunehmenden Kindes beteiligten Jugendamt eine neutrale Instanz.

Absatz 2 entspricht dem § 43 Abs. 1 Satz 3 und 4 RJWG, Absatz 3 dem § 43 Abs. 1 Satz 1 RJWG („insbesondere durch Begutachtung bei der Festsetzung von Geldrenten“).

Zu Nummer 4

Zu § 43 a (Ermächtigung zu Beurkundungen und Beglaubigungen)

Die bisher in § 43 Abs. 2 RJWG enthaltene Befugnis des Landesjugendamts, Mitglieder oder Beamte

des Jugendamts zu Beurkundungen zu ermächtigen, ist mit einigen Änderungen in § 43 a Abs. 1 übernommen worden. Die Ermächtigung von Mitgliedern des Jugendamts, die auf der Grundlage des kollegial gestalteten Jugendamts möglich war, hat sich schon früher als unpraktisch erwiesen, soweit es sich nicht um hauptamtliche Beamte oder Angestellte des Jugendamts handelte. Diese Erfahrung wird in der Neufassung berücksichtigt.

Bei der Fassung des Absatzes 1 ist sodann Artikel III Nr. 3 des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 18. Mai 1957 (BGBl. I S. 518) berücksichtigt worden, durch den die Beurkundungsbefugnis von Erklärungen gemäß § 1706 Abs. 2 BGB und von hierzu erforderlichen Einwilligungserklärungen für das Jugendamt entfallen ist (bisher § 43 Abs. 2 letzter Halbsatz RJWG). Dagegen ist die Beglaubigung solcher Erklärungen durch das Jugendamt nach wie vor zulässig. Die Beurkundungsbefugnis des Jugendamts ist auf Grund der in § 43 Abs. 2 RJWG getroffenen Beschränkung auf die Ermächtigung zur Beurkundung der Vaterschaftsanerkennung begrenzt.

A b s a t z 2: Die Befugnis zur Aufnahme vollstreckbarer Urkunden über die Verpflichtung zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen für uneheliche Kinder durch das Jugendamt ist bundesgesetzlich bisher nicht vorgesehen. Die Landesgesetzgebung kann jedoch nach § 200 FGG in Verbindung mit § 801 ZPO die Beurkundung von Verpflichtungserklärungen nach § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO in Verbindung mit der Verordnung über die Vollstreckung landesrechtlicher Schuldtitel vom 15. April 1937 (RGBl. I S. 466) in vollstreckbarer Form zulassen. Nach über 35jährigem Bestehen hat sich die Amtsvormundschaft zu einer bewährten Einrichtung bei der Verfolgung von Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder entwickelt. Der Entwurf erstreckt deshalb die Ermächtigung zur Beurkundung auf Verpflichtungserklärungen nach den §§ 1708, 1715 BGB in Verbindung mit der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung im Sinne von § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO.

Die Bestimmung ist enger gefaßt als § 794 Abs. 1 Nr. 5 ZPO. Sie betrifft nur Verpflichtungserklärungen, die auf eine Geldleistung gerichtet sind. Diese Beschränkung ist sachdienlich.

Für Klagen auf Erteilung der Vollstreckungsklausel (§ 731 ZPO) und für Klagen, durch welche die den Anspruch selbst betreffenden Einwendungen geltend gemacht werden (§ 767 ZPO) oder durch welche der bei der Erteilung der Vollstreckungsklausel als bewiesen angenommene Eintritt der Voraussetzung für die Erteilung der Vollstreckungsklausel bestritten wird (§ 768 ZPO), ist ein besonderer Gerichtsstand nicht vorgesehen. Vielmehr ist hier § 797 Abs. 5 ZPO anzuwenden. Das Gericht ist zuständig, bei dem der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat und sonst das Gericht, bei dem nach § 23 ZPO gegen den Schuldner Klage erhoben werden kann.

A b s a t z 3 erklärt die §§ 168 bis 180 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für entsprechend anwendbar. Sie betreffen Vorschriften über die Urkundsperson, Zeugen und über Formerfordernisse.

Zu Nummer 5

Zu § 47 (Vereinsvormundschaft)

Der Entwurf hat die in § 47 RJWG geregelte Anstaltsvormundschaft nicht übernommen. Für den Wegfall der Anstaltsvormundschaft ist in erster Linie die Überlegung maßgebend, daß Minderjährige zur Wahrnehmung ihrer Interessen als Vormund einer Person bedürfen, die zur Vermeidung von Interessenkollisionen nicht identisch mit dem Vorstand der Anstalt oder dem Heimleiter sein darf, sondern sich außerhalb des Wirkungsbereichs der Anstalt befinden muß. Zum Schutz der unter Vormundschaft stehenden Kinder, die oft außerhalb der Anstalt keinen Angehörigen haben, der sich um sie kümmert, ist deshalb sowohl der Amtsvormund als auch ein Einzelvormund außerhalb der Anstalt grundsätzlich besser geeignet als der Vorstand der Anstalt, der als einzelner oder als Personenmehrheit die Rechte der Anstalt vertreten muß. Dasselbe gilt für den vom Vorstand abhängigen Heimleiter. Die Einrichtung der Anstaltsvormundschaft konnte um so eher fallengelassen werden, als sie heute kaum noch praktische Bedeutung wie früher hat.

Anders verhält es sich bei der Vereinsvormundschaft, die noch von vielen freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt ausgeübt wird.

A b s a t z 1 Satz 1 entspricht unter Begrenzung der Vorschrift auf rechtsfähige Vereine § 47 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 RJWG. Zum Vormund ist wie bisher der Vorstand des Vereins zu bestellen. Die Rechtsfähigkeit des Vereins ist mit Rücksicht auf die weitgehenden Folgen, die die Vereinsvormundschaft hinsichtlich der Haftung mit sich bringen kann, jetzt ausdrücklich als Bedingung vorgesehen. **Satz 2** und **Satz 3** entsprechen § 47 Abs. 1 Satz 3 und Satz 4 RJWG. Doch wird in Satz 3 abweichend von der geltenden Fassung des Satzes 4 die Pflicht, das Jugendamt anzuhören, bevor eine Vereinsvormundschaft bestellt wird, darauf beschränkt, daß das Jugendamt Vormund ist. Wenn das Jugendamt den Mündel nur „versorgt“, d. h. finanziell unterstützt, soll die in § 47 Abs. 1 Satz 4 RJWG geregelte Verpflichtung, das Jugendamt anzuhören, entfallen.

A b s a t z 2 entspricht § 47 Abs. 2 Satz 1 RJWG mit der Beschränkung auf die Vereinsvormundschaft. Satz 2 ist als selbstverständlich weggefallen.

Zu Artikel VI

ABSCHNITT VI

Erziehungsbeistandschaft, Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

Die Neufassung des Abschnitts VI baut auf dem Grundgedanken auf, daß freiwilligen Hilfen, die mit den Personensorgeberechtigten vereinbart werden, gegenüber gerichtlich angeordneten Maßnahmen der Vorrang zu geben ist. Da die vereinbarten und gerichtlich angeordneten Maßnahmen auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen und teilweise auch auf unterschiedlichen Voraussetzungen beruhen, war die Einfügung ergänzender Bestimmungen und eine

Umstellung in der Paragraphenfolge erforderlich. Der gesamte Abschnitt VI des RJWG ist deshalb durch eine neue Fassung ersetzt worden.

Zu 1. Erziehungsbeistandschaft

Zu § 56 (Voraussetzungen der Bestellung eines Erziehungsbeistandes)

Die Erziehungsbeistandschaft entspricht im wesentlichen der bisher in §§ 56 bis 61 RJWG geregelten „Schutzaufsicht“. Die Neufassung soll zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht so sehr um eine Beaufsichtigung der Lebensführung des Minderjährigen, als um eine erzieherische Hilfe für Eltern und Kind handeln soll. Demzufolge wird der Erfolg der Beistandschaft vor allem von der Zusammenarbeit zwischen dem Erziehungsbeistand und dem Personensorgeberechtigten abhängen.

Die „Schutzaufsicht“ durfte nur zur Verhütung einer Verwahrlosung angeordnet werden. Diese Voraussetzung hat sich als zu eng erwiesen. Eltern bedürfen in der Durchführung ihrer Erziehungspflichten häufig schon der Unterstützung eines Erziehungsbeistandes, wenn noch keine Verwahrlosung ihres Kindes droht. Eine solche Hilfe darf ihnen nicht verwehrt werden, wenn sie zur Abwendung einer Erziehungsgefährdung geboten ist. § 56 des Entwurfs entspricht § 56 RJWG hinsichtlich der Formulierung, daß die Maßnahme „geboten und ausreichend erscheinen“ muß. Durch die Worte „diese Maßnahme“ wird klargestellt, daß, wenn andere Maßnahmen geboten erscheinen, von der Bestellung eines Erziehungsbeistandes abzusehen ist.

Zu § 57 (Bestellung des Erziehungsbeistands)

Die Bestellung des Erziehungsbeistands erfolgt durch das Jugendamt, gleichgültig, ob sie auf einem Antrag der Personensorgeberechtigten (§ 57 Abs. 1) oder auf einer Anordnung des Vormundschaftsgerichts (§ 58 Abs. 1) beruht. Die Ausführung der Erziehungsbeistandschaft ist auch dann eine rein erzieherische Hilfe für Eltern und Kind, wenn die Anordnung der Bestellung durch das Vormundschaftsgericht erfolgt. Das Jugendamt wird am ehesten in der Lage sein, Männer und Frauen zu finden, die bereit und geeignet sind, eine Beistandschaft zu übernehmen, zumal es den ständigen Kontakt mit den Trägern der freien Jugendhilfe hat.

Die Bestellung eines Erziehungsbeistandes ist öffentlich-rechtlicher Verwaltungsakt. Durch die Bestellung entsteht für den Beistand keine Verpflichtung zur Übernahme des Amtes und bei Übernahme keine Verpflichtung zur Beibehaltung. Die Tätigkeit des Erziehungsbeistands wird ehrenamtlich ausgeübt wie bisher die Tätigkeit des Schutzhelfers im Rahmen der Schutzaufsicht.

Die Formulierung „das Jugendamt bestellt den Erziehungsbeistand auf Antrag der Personensorgeberechtigten“ ist gewählt worden, um zu verdeutlichen, daß es sich nicht um eine Entscheidung des Jugendamts nach eigenem Ermessen handelt, andererseits auch nicht um einen Vertrag über Erziehungsrechte, sondern um einen auf dem freien Willen der Personensorgeberechtigten beruhenden

Antrag auf Bestellung eines Erziehungsbeistandes und um die Zustimmung der Personensorgeberechtigten zum öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakt der Bestellung. Der Entwurf geht mit dieser Regelung über § 60 Abs. 3 RJWG hinaus, der lediglich in Form einer Kann-Vorschrift das Jugendamt ermächtigt, die Schutzaufsicht ohne gerichtliche Anordnung auszuüben, solange der Erziehungsberechtigte damit einverstanden ist.

Der Begriff „Personensorgeberechtigter“ umfaßt alle Personen, auf deren Einvernehmen es für die Verwirklichung des Rechtes des Kindes auf Erziehung ankommt. Wenn tatsächliche und rechtliche Personensorge (gesetzliche Vertretung) von verschiedenen Personen ausgeübt werden, so ist auch der gesetzliche Vertreter in den persönlichen Angelegenheiten Personensorgeberechtigter (§ 1626 Abs. 2 BGB). Es schien daher nicht erforderlich, den gesetzlichen Vertreter in dieser und den folgenden Vorschriften besonders zu erwähnen.

Der Entwurf geht davon aus, daß die Bestellung eines Erziehungsbeistandes nach § 57 Abs. 1 die Regel, die Bestellung auf Grund einer Anordnung des Vormundschaftsgerichts die Ausnahme bildet (vgl. auch § 58 Abs. 1 Satz 1). Eine Bestellung nach § 57 Abs. 1 wird der gerichtlichen Anordnung vor allem deshalb vorzuziehen sein, weil das Einverständnis der Personensorgeberechtigten mit der Bestellung eines Erziehungsbeistands in größerem Maße ihre Bereitschaft gewährleistet, mit dem Erziehungsbeistand zum Wohle des Kindes zusammenzuwirken.

Absatz 2 entspricht hinsichtlich der Voraussetzungen für den Wechsel der Person des Erziehungsbeistands dem § 60 Abs. 1 Satz 3 RJWG, dessen Wortlaut nicht eindeutig zum Ausdruck brachte, daß unter der Entlassung des Helfers ein Wechsel der Person zu verstehen sei. Da der Beistand stets vom Jugendamt bestellt wird, obliegt es auch dem Jugendamt, falls erforderlich, den Beistand durch eine andere Person zu ersetzen (siehe auch § 58 Abs. 1 Satz 3). Die gerichtlich angeordnete Beistandschaft als solche wird durch den Wechsel der Person nicht berührt.

Als Erziehungsbeistand ist, wie sich aus dem Wortlaut der §§ 56 und 57 ergibt, immer eine Einzelperson zu bestellen. Um die jeweils für den Einzelfall geeignete Person als Erziehungsbeistand zu gewinnen, wird das Jugendamt darauf hinzuwirken haben, daß vor allem von den Trägern der freien Jugendhilfe, die das Jugendamt nach § 6 zur Mitarbeit heranzuziehen hat, geeignete Personen geworben und vorgeschlagen werden. Bei der Auswahl des Beistands ist ferner § 2 a zu beachten, so daß auf eine dem § 60 Abs. 1 Satz 2 entsprechende Bestimmung an dieser Stelle verzichtet werden konnte. Der Entwurf sieht keine hauptamtlichen Erziehungsbeistände vor.

Zu § 58 (Anordnung der Bestellung eines Erziehungsbeistands durch das Vormundschaftsgericht)

Das vormundschaftsgerichtliche Anordnungsverfahren entspricht im wesentlichen der bisherigen Regelung in § 57 RJWG.

Vor der Entscheidung sind neben dem Jugendamt auch die Personensorgeberechtigten und der Minderjährige zu hören, soweit sie erreichbar sind. Da die Anordnung der Bestellung eines Erziehungsbeistands voraussetzt, daß zwischen den Personensorgeberechtigten und dem Jugendamt ein Einvernehmen über die Bestellung nicht erzielt worden ist oder nicht mehr besteht, sind alle für eine Bestellung nach § 57 Abs. 1 maßgeblichen Personen zu hören. Nur dann wird sich der Vormundschaftsrichter ein Urteil darüber bilden können, ob trotz des mangelnden Einvernehmens gerade „diese Maßnahme zur Abwendung der Gefahr geboten und ausreichend erscheint“. § 61 RJWG ist in die Neufassung des Abschnitts VI nicht übernommen worden. Nach dieser Vorschrift soll „eine zur Zeit der Anordnung der Schutzaufsicht bestehende Beistandschaft (§§ 1687 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs) . . . insoweit aufgehoben werden, als sich ihr Wirkungskreis mit dem der Schutzaufsicht deckt“. Durch diese Regelung, die nach allgemeiner Ansicht nicht bei „Freiwilliger Schutzaufsicht“ nach § 60 Abs. 3 RJWG gilt, soll eine Überschneidung beider Maßnahmen vermieden werden. § 61 RJWG hat in der Praxis jedoch keine Bedeutung erlangt.

Zu § 59 (Aufgaben des Erziehungsbeistands)

In Absatz 1 sind die Bestimmungen des § 58 RJWG über die Aufgaben des Helfers, der die Schutzaufsicht ausübt, zu Bestimmungen für eine wirksame vorbeugende Erziehungsbeistandschaft für Eltern und Kind umgestaltet worden. Unterstützung, Rat und Hilfe werden als die wesentlichen Aufgaben des Erziehungsbeistands herausgestellt und für entscheidender angesehen als die Überwachungsfunktion des Schutzaufsichtshelfers (vgl. Begründung zu § 56). Absatz 2 erweitert die Anzeigepflicht gegenüber der Regelung in § 58 Abs. 5 RJWG mit Rücksicht darauf, daß der Beistand stets vom Jugendamt bestellt wird und deshalb stets auch dem Jugendamt in den im Gesetz genannten Fällen zu berichten hat.

Zu § 60 (Auskunftspflicht gegenüber dem Erziehungsbeistand)

§ 60 stellt gegenüber § 58 Abs. 4 Satz 2 RJWG klar, daß neben den Personensorgeberechtigten nicht nur Personen, denen der Minderjährige zur „Verpflegung und Erziehung“ übergeben ist, auskunftspflichtig sind. Auch der Arbeitgeber als solcher ist nunmehr verpflichtet, dem Beistand Auskunft zu geben. Der Gegenstand der Auskunft ist auf Lebensführung und Leistungen des Minderjährigen beschränkt.

Zu § 61 (Ende und Aufhebung der Erziehungsbeistandschaft)

§ 61 erweitert die Bestimmungen des § 59 RJWG.

In Absatz 1 wird dem Eintritt der Volljährigkeit die Eheschließung eines noch minderjährigen Mädchens gleichgestellt (vgl. die Begründung zu § 75).

Absatz 2 erweitert die Aufhebungsgründe der Erziehungsbeistandschaft mit Rücksicht auf die in das Gesetz genommenen Hilfen, die auf Grund eines Antrags der Personensorgeberechtigten geleistet

werden und die in den im Gesetz genannten Fällen zur Aufhebung der Beistandschaft führen. Da eine Bestellung nach § 57 nicht gegen den Willen der Personensorgeberechtigten möglich ist, kann ein Personensorgeberechtigter im Falle des § 57 Abs. 1 jederzeit die Aufhebung der Beistandschaft beantragen.

Wird der Erziehungsbeistand nach § 57 Abs. 1 bestellt, so ist für die Aufhebung der Erziehungsbeistandschaft das Jugendamt zuständig, wird er nach § 58 Abs. 1 bestellt, so ist das Vormundschaftsgericht für die Aufhebung zuständig.

Zu 2. Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

Zu § 62 (Voraussetzungen der Freiwilligen Erziehungshilfe)

Die Bestimmungen über die Freiwillige Erziehungshilfe lösen den Runderlaß des Reichsministers des Innern über Erziehungsfürsorge vom 25. August 1943 (Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern S. 1387) ab. In der Praxis hat sich für diese Maßnahme der Begriff „Freiwillige Erziehungshilfe“ eingebürgert.

Das Gesetz selbst, nicht nur ein Erlaß, soll künftig zum Ausdruck bringen, daß die auf Grund eines Antrags der Personensorgeberechtigten gewährte Freiwillige Erziehungshilfe (vgl. § 63) den Vorrang vor der vormundschaftsgerichtlich angeordneten Fürsorgeerziehung haben soll. Vgl. hierzu die Begründung zu § 57.

Die Altersgrenze für die Freiwillige Erziehungshilfe — wie auch für die Fürsorgeerziehung — ist vor allem auf Vorschlag des „Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages“ gegenüber § 63 Abs. 1 und 3 RJWG allgemein bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres ausgedehnt worden.

Eine drohende oder bereits eingetretene Verwahrlosung des Minderjährigen ist als zwingende Voraussetzung für die Freiwillige Erziehungshilfe nicht übernommen worden. Freiwillige Erziehungshilfe soll bereits bei einer Bedrohung oder Schädigung der normalen Entwicklung des Minderjährigen gewährt werden können, ohne daß die Merkmale der Verwahrlosung, in der nach der Rechtsprechung ein erhebliches dauerndes Herabsinken des körperlichen, geistigen oder sittlichen Zustandes unter den Normalzustand zu sehen ist, vorzuliegen brauchen. Damit ist erreicht, daß diese Hilfe, wenn die Personensorgeberechtigten sie wünschen und an ihrer Durchführung mitwirken, nicht von einer Voraussetzung abhängig gemacht werden muß, die von vielen Eltern und Jugendlichen als diskriminierend empfunden wird. Zugleich sind damit die Voraussetzungen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung, für die weiterhin eine drohende oder eingetretene Verwahrlosung vorausgesetzt wird, abgestuft. Solange dem Minderjährigen vor Vollendung seines 20. Lebensjahres noch keine Verwahrlosung droht, die geringeren Voraussetzungen des § 62 aber vorliegen, können somit die Personensorgeberechtigten in freier Entscheidung darüber befinden, ob sie die Freiwillige Erziehungshilfe

beantragen wollen, ohne befürchten zu müssen, daß andernfalls gegen ihren Willen ein Fürsorgeerziehungsverfahren eingeleitet wird. Zu betonen ist aber nochmals, daß Freiwillige Erziehungshilfe auch gewährt werden kann, wenn drohende Verwahrlosung oder Verwahrlosung selbst vorliegt.

Freiwillige Erziehungshilfe soll nur gewährt werden, wenn diese Maßnahme zur Abwendung der Gefahr oder des eingetretenen Schadens der Entwicklung geboten ist. Zu dieser weiteren Voraussetzung vgl. die Begründung zu § 56 am Schluß.

Schließlich verlangt § 62, daß die Personensorgeberechtigten mit der Freiwilligen Erziehungshilfe nicht nur einverstanden, sondern auch bereit sind, ihre Durchführung zu fördern. Die Bereitschaft der Personensorgeberechtigten muß ernsthaft und glaubhaft erscheinen, andernfalls ist von der Freiwilligen Erziehungshilfe abzusehen. Wie die Erziehungsbeistandschaft, so beruht auch die Freiwillige Erziehungshilfe ihrem Wesen nach auf der Zusammenarbeit zwischen den Personensorgeberechtigten und den mit der Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe betrauten Stellen.

Zu § 63 (Freiwillige Erziehungshilfe)

Die Freiwillige Erziehungshilfe wird vom Landesjugendamt gewährt, das nach § 69 Ausführungsbehörde sowohl für die Freiwillige Erziehungshilfe als auch für die Fürsorgeerziehung ist. Zur Rechtsnatur des Antrags vgl. die Begründung zu § 57.

Die Stellungnahme des Jugendamts soll dem Landesjugendamt die Beurteilung erleichtern, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe gegeben sind.

Zu § 64 (Voraussetzungen der Fürsorgeerziehung)

Für die Anordnung der Fürsorgeerziehung ist, wie bereits in § 63 RJWG, Voraussetzung, daß der Minderjährige zu verwahrlosen droht oder verwahrlost ist. Der Begriff der Verwahrlosung ist in § 64 des Entwurfs beibehalten worden, weil nach Artikel 6 Abs. 3 GG Kinder gegen den Willen der Erziehungsberechtigten von der Familie nur auf Grund eines Gesetzes getrennt werden dürfen, wenn die Kinder zu verwahrlosen drohen. Der Begriff „Verwahrlosung“ ist also grundgesetzlich verankert. Er ist auch durch die Rechtsprechung der vergangenen Jahrzehnte genügend präzisiert.

Weiter ist Voraussetzung, daß keine andere Erziehungsmaßnahme ausreicht oder gewährt werden kann. Dabei ist besonders an die Bestellung eines Erziehungsbeistandes oder an die Gewährung von Freiwilliger Erziehungshilfe zu denken. Es soll aber zugleich durch diese Bestimmung verhütet werden, daß Kinder zu rasch von ihren Eltern getrennt werden, wenn zwar eine drohende Verwahrlosung festgestellt wird, die Eltern aber erziehungsfähig sind und weder ein Mißbrauch oder eine Vernachlässigung der Personensorge vorliegt und die Eltern sich auch bemühen, selbst die drohende Verwahrlosung zu beseitigen. In einem solchen Falle muß festgestellt werden, ob die Erziehungsmaßnahmen des Elternhauses nicht ausreichen. Eine Trennung

vom Elternhaus wäre nur dann möglich, wenn die Eltern selbst offensichtlich die Verwahrlosung nicht verhindern können, denn nur dann wird festgestellt werden können, daß „keine andere Erziehungsmaßnahme ausreicht oder gewährt werden kann.“

Entgegen § 63 Abs. 1 Nr. 1 letzter Satz RJWG unterscheidet der Entwurf nicht zwischen einer „lediglich körperlichen Verwahrlosung“ und einer geistigen oder sittlichen Verwahrlosung. Es war bestritten, ob man von einer isolierten körperlichen Verwahrlosung sprechen kann. Neuerdings ist die Erkenntnis, daß eine körperliche Verwahrlosung im Zweifel auch einschneidende Folgen psychischer Art nach sich zieht, Gemeingut geworden. Besteht aber nach den neuesten Forschungen in fast jedem Fall körperlicher Verwahrlosung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit die Gefahr einer seelischen und geistigen Beeinträchtigung, so hat § 63 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 RJWG, wonach zur Verhütung lediglich körperlicher Verwahrlosung die Überweisung in Fürsorgeerziehung nicht zulässig ist, seine Bedeutung verloren.

Ferner ist auf die pädagogische Erfolgsaussicht als Voraussetzung für die Anordnung der Fürsorgeerziehung verzichtet worden. Grundsätzlich soll jedem gefährdeten Minderjährigen die erforderliche Hilfe geboten werden. Erweist sich bei Durchführung der Fürsorgeerziehung, daß diese Hilfe ungeeignet oder unzureichend ist, so wird zu prüfen sein, ob eine andere Form der Hilfe erfolgversprechender ist; vgl. auch § 75 Abs. 2.

Eine dem § 63 Abs. 4 RJWG entsprechende Regelung ist mit Rücksicht auf die Heraufsetzung der Altersgrenze in § 64 in die Neufassung des Abschnitts VI nicht übernommen worden. Maßgebend für die Altersgrenze in § 64 ist somit der Erlaß des Beschlusses, so daß für die Ausführung der Fürsorgeerziehung mindestens eine Zeitspanne von einem Jahr verbleibt.

Zu § 65 (Anordnung der Fürsorgeerziehung)

§ 65 entspricht der Regelung des Fürsorgeerziehungsverfahrens in § 65 Abs. 1 bis 3 und 5 bis 7 RJWG.

In Absatz 1 wird der Kreis der nach § 65 Abs. 1 RJWG Antragsberechtigten um das Landesjugendamt und die Personensorgeberechtigten erweitert. Dies ist im Hinblick auf das Institut der Freiwilligen Erziehungshilfe erforderlich, damit, wenn zwischen den Personensorgeberechtigten und dem Landesjugendamt ein Einvernehmen über die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe nicht erzielt worden ist oder nicht mehr besteht, diejenigen, auf deren Zustimmung es ankommt, eine richterliche Entscheidung über die Anordnung der Fürsorgeerziehung herbeiführen können. So wäre es z. B. denkbar, daß die Freiwillige Erziehungshilfe, wenn das Personensorgerecht mehreren Personen zusteht, am Widerspruch eines von ihnen scheitert. Für diesen Fall soll der andere Teil die Anordnung der Fürsorgeerziehung durch den Vormundschaftsrichter beantragen können.

Entsprechend ist in Absatz 2 der Kreis derer erweitert worden, die vor der Beschlußfassung zu hören sind. Hierdurch wird zugleich auf die Not-

wendigkeit hingewiesen, daß sich der Richter zur Vorbereitung des Beschlusses ein möglichst umfassendes Urteil über die Persönlichkeit des Minderjährigen und über den Grad und die Ursachen der Verwahrlosung bildet.

Hinsichtlich der Zustellung des Beschlusses und des Beschwerderechts unterscheidet der Entwurf mit Rücksicht auf die Regelung in Absatz 1 hinsichtlich der Personensorgeberechtigten nicht wie § 65 Abs. 5 und 6 RJWG zwischen dem die Fürsorgeerziehung anordnenden und dem sie ablehnenden Beschluß. Ferner steht nach dem Entwurf den Eltern, denen das Personensorgerecht entzogen worden ist, ein Recht auf sofortige Beschwerde nicht zu. Diese Konsequenz ergibt sich daraus, daß nunmehr auch der Personensorgeberechtigte ein Antragsrecht hat, das nicht durch den Widerspruch eines nicht personensorgeberechtigten Elternteils beeinträchtigt werden soll.

Zu § 66 (Begutachtung durch Sachverständige)

Durch § 66 wird die Untersuchung und Unterbringung nach § 65 Abs. 4 RJWG näher geregelt. In der Praxis hat sich eine Höchstdauer von 6 Wochen für die Unterbringung zur Beobachtung vielfach als zu kurz erwiesen, deshalb ist nunmehr eine befristete Verlängerung der Unterbringung auf insgesamt 3 Monate vorgesehen. Die Anordnung der Unterbringung zur sachverständigen Beurteilung macht eine Einschränkung des Grundrechts der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 GG) erforderlich.

Zu § 67 (Vorläufige Fürsorgeerziehung)

§ 67 des Entwurfs entspricht im wesentlichen § 67 RJWG. Weggefallen ist die Regelung des § 67 Satz 2 RJWG. Nach dieser Vorschrift kann die vorläufige Fürsorgeerziehung auch zur Prüfung, ob die Fürsorgeerziehung Aussicht auf Erfolg bietet, beschlossen werden. Diese versuchsweise vorläufige Fürsorgeerziehung ist ein Teil des Verfahrens auf Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung. Durch sie soll eine Klärung der pädagogischen Erfolgsaussicht herbeigeführt werden, die in § 63 Abs. 2 und 3 RJWG als Voraussetzung für die Anordnung der Fürsorgeerziehung genannt wird. Da nach diesem Entwurf die pädagogische Erfolgsaussicht nicht mehr Voraussetzung für die Anordnung der Fürsorgeerziehung ist (vgl. Begründung zu § 64), mußte die Bestimmung über die versuchsweise vorläufige Fürsorgeerziehung entfallen.

Die vorläufige Fürsorgeerziehung kann auch angeordnet werden, wenn bereits eine Unterbringung nach § 66 Abs. 2 angeordnet ist (§ 66 Abs. 3).

Absatz 4 stellt klar, daß die in § 64 genannte Altersgrenze die Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung dann nicht ausschließt, wenn zuvor die vorläufige Fürsorgeerziehung angeordnet ist, weil in diesen Fällen die Anordnung nur eine Fortsetzung der Fürsorgeerziehung bewirkt.

Durch die Regelung in Absatz 5 soll bei einer so einschneidenden Maßnahme, wie sie die vorläufig angeordnete Fürsorgeerziehung darstellt, ein für die Betroffenen unzumutbar langer Schwebezustand ver-

mieden werden. Zugleich ist jedoch berücksichtigt, daß sich selbst bei schnellster Bearbeitung durch Gericht und Jugendwohlfahrtsbehörden ein rechtskräftiger Beschluß über die Anordnung der endgültigen Fürsorgeerziehung oft erst nach mehreren Monaten herbeiführen läßt.

Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit des Verfahrens auf vorläufige Fürsorgeerziehung sind die Verfahrensbestimmungen des § 65 nicht für anwendbar erklärt worden.

Zu § 68 (Aussetzung des Verfahrens)

§ 68 entspricht § 66 RJWG.

Nach Absatz 1 Satz 3 ist eine vorläufige Fürsorgeerziehung durch die Aussetzung aufgehoben, weil die Aussetzung voraussetzt, daß keine Gefahr mehr im Verzuge ist.

Die Erweiterung des Kreises der Beschwerdeberechtigten in Absatz 2 ist eine Konsequenz aus der Regelung des § 65 Abs. 4. Nach dieser Vorschrift haben die Personensorgeberechtigten auch gegen den die Fürsorgeerziehung ablehnenden Beschluß das Recht der sofortigen Beschwerde (vgl. die Begründung zu § 65). Auch diese Personen können ein berechtigtes Interesse daran haben, daß eine zu lange Verzögerung des Verfahrens vermieden wird. Durch die Regelung in Absatz 1 Satz 4 soll vermieden werden, daß die Beschlußfassung über die Anordnung der Fürsorgeerziehung zu nahe an den Volljährigkeitstermin heranrückt (vgl. § 75) und eine zu kurze Zeit für die Durchführung der Fürsorgeerziehung verbleibt.

Zu § 69 (Landesjugendamt als Ausführungsbehörde; Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung)

Absatz 1 ersetzt § 70 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 70 Abs. 2 Satz 2 RJWG. Bis auf wenige Ausnahmen haben sich die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe dafür ausgesprochen, den Landesjugendämtern die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung zu übertragen, weil diese die umfassendere und bessere Spezialkenntnis über die einzelnen Erziehungsheime besitzen und auf Dauer über die größeren Erfahrungen auf dem Gebiet der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung verfügen, wenn ihre Ausführung zentral geregelt bleibt oder wird. Zur Zeit ist die Regelung in den Ländern noch unterschiedlich. Absatz 2 entspricht § 70 Abs. 2 Satz 3 RJWG.

Absatz 3 Satz 1 entspricht § 62 zweiter Halbsatz RJWG. Die Einfügung der Worte „in der Regel“ erlaubt, daß die Freiwillige Erziehungshilfe oder die Fürsorgeerziehung auch in anderem Rahmen als in einem Heim oder in einer Familie, z. B. in einer Lehrstelle durchgeführt werden kann. Die Worte „durchführen“ und „ausführen“ sind in § 69 im gleichen Sinne wie im RJWG gebraucht; die individuelle Erziehung wird in den Pflegefamilien und Heimen „durchgeführt“, den Organen der öffentlichen Jugendhilfe obliegt die „Ausführung“ im Sinne des Gesetzes. Satz 2 ersetzt § 69 Abs. 4 RJWG und stellt durch das Wort „fortsetzen“ klar, daß die Durch-

führung der Fürsorgeerziehung in der eigenen Familie des Minderjährigen nur als Fortsetzung einer bereits vorher durchgeführten Heim- oder Familien-erziehung, nicht jedoch von vornherein statthaft ist. Satz 3 konkretisiert die dem Landesjugendamt obliegende Aufsicht.

Absatz 4 entspricht § 70 Abs. 3 RJWG und bestimmt darüber hinaus, daß das Landesjugendamt auch befugt ist, die nach dem Zweck dieser Bestimmung dem Arbeitsverdienst gleichzusetzenden Renten des Minderjährigen zu verwalten und für ihn zu verwenden.

Absatz 5 entspricht § 70 Abs. 4 RJWG.

Zu § 70 (Örtliche Zuständigkeit des Landesjugendamts)

§ 70 entspricht inhaltlich § 70 Abs. 2 Satz 1 RJWG.

Zu § 71 (Unterbringung durch das Landesjugendamt)

§ 71 entspricht § 69 Abs. 1 bis 3 RJWG.

Die Durchführung der Fürsorgeerziehung macht die Einschränkung der Grundrechte der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 GG) und der Freizügigkeit (Artikel 2 Abs. 2 GG) erforderlich.

Die Regelung in Absatz 2 erscheint im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Februar 1960 — 1 BvR 526/53; 1 BvR 29/58 — erforderlich. In dieser Entscheidung befaßt sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage, ob und inwieweit Artikel 104 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 2 GG auf die Unterbringung eines volljährigen Mündels in einer geschlossenen Anstalt durch den Vormund im Rahmen seines Aufenthaltsbestimmungsrechts anzuwenden ist. Aus den Entscheidungsgründen wird zu folgern sein, daß Artikel 104 Abs. 2 GG auch auf die Anstaltsunterbringung durch den Vormund oder Pfleger eines minderjährigen Mündels anwendbar ist. (Vgl. zu dieser Frage die Begründung der zitierten Entscheidung, im Auszug abgedruckt in NJW 1960, 811.)

Entgegen der Regelung in § 69 Abs. 1 RJWG bestimmt der Entwurf in § 71 Abs. 3, daß sowohl im Falle der Familienunterbringung als auch im Falle der Heimunterbringung die Erziehung des Minderjährigen nach den Grundsätzen seiner Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird; das gilt auch, wenn der Minderjährige nicht mehr im schulpflichtigen Alter ist. Davon kann aus den in Absatz 3 Satz 2 genannten Gründen nur abgesehen werden, wenn seine religiöse Betreuung gesichert ist.

Die Regelung des § 69 Abs. 3 Satz 1, zweiter Halbsatz RJWG, wonach die Mitteilung von dem Orte der Unterbringung des Minderjährigen den Erziehungsberechtigten verweigert werden kann, ist in den Entwurf nicht übernommen worden. Gegen die Verweigerung der Mitteilung bestehen vor allem verfassungsrechtliche Bedenken. Nach Artikel 6 GG ist der staatlichen Gemeinschaft nur die Überwachung der Pflege und Erziehung durch die Eltern gestattet, nicht aber eine völlige Übernahme der Erziehung in eigene Hände. Deshalb dürfte auch im Rahmen der Fürsorgeerziehung, zumal bei ihrer Durch-

führung die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten angestrebt werden soll, eine völlige Beseitigung jeder erzieherischen oder sonstigen Einwirkungsmöglichkeit und erst recht die Unterbindung jeglichen Kontaktes zwischen Eltern und Kind mit Artikel 6 GG nicht zu vereinbaren sein.

Grundsätzlich besteht die Mitteilungspflicht gegenüber den Eltern des Minderjährigen auch dann, wenn ihnen das Sorgerecht nicht zusteht, weil nach § 1634 Abs. 1 BGB ein Elternteil, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, dennoch die Befugnis behält, mit ihm persönlich zu verkehren.

Eine Mitteilungspflicht gegenüber dem Vormundschaftsgericht für den Fall, daß Fürsorgeerziehung angeordnet ist, mußte schon deshalb in den Entwurf aufgenommen werden, weil nach § 75 Abs. 4 das Vormundschaftsgericht für die Aufhebung der Fürsorgeerziehung zuständig ist. Es muß von dem Ort der Unterbringung Kenntnis haben, um jederzeit prüfen zu können, ob die in § 75 Abs. 2 genannten Aufhebungsgründe vorliegen.

Zu § 72 (Differenzierung der Heime und Einrichtungen für die Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung)

Die Verpflichtung der Landesjugendämter, für die mit Rücksicht auf die Erziehungsschwierigkeiten der Minderjährigen gebotene Differenzierung der Einrichtungen und Heime zu sorgen, entspricht den Forderungen der Praxis und der Fortentwicklung der Erziehungsmethode. Die Differenzierung ist darüber hinaus im Hinblick auf die Heraufsetzung der Altersgrenze in §§ 62 und 64 und die damit verbundene Notwendigkeit, geeignete Heime für über 18 Jahre alte Minderjährige bereitzustellen, von Bedeutung.

Zu § 73 (Berichtspflicht des Landesjugendamts an das Vormundschaftsgericht)

Diese Bestimmung ist neu in den Entwurf eingefügt worden. Sie soll sicherstellen, daß auch die Vormundschaftsgerichte während der Ausführung der Fürsorgeerziehung über die Auswirkung ihrer Beschlüsse informiert werden. Sie werden dadurch auch instand gesetzt, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die ihrer Spruchpraxis zugute kommen. Vor allem ist diese Bestimmung im Hinblick darauf erforderlich, daß nach § 75 stets das Vormundschaftsgericht für die Aufhebung der Fürsorgeerziehung zuständig ist.

Zu § 74 (Nähere Regelung nach Landesrecht)

Diese Bestimmung entspricht dem geltenden Recht. Zwar bestimmt § 70 Abs. 1 Satz 1 RJWG allgemein, daß die Landesgesetzgebung die Ausführung der Fürsorgeerziehung regelt; dieser Grundsatz ist jedoch zugunsten einer einheitlichen Regelung durch die §§ 69, 71 RJWG weitgehend durchbrochen. Die neue Formulierung des Entwurfs ist daher gesetzestechnisch korrekter.

Zu § 75 (Ende und Aufhebung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung)

§ 75 des Entwurfs ersetzt § 72 RJWG.

In Absatz 1 ist gegenüber § 72 Abs. 1 RJWG das Alter vom 19. Lebensjahr auf das 21. Lebensjahr heraufgesetzt. Diese Forderung ist vor allem vom Allgemeinen Fürsorgeerziehungstag erhoben worden. (Vgl. auch Begründung zu § 62.)

Der Entwurf nennt auch die Eheschließung eines minderjährigen Mädchens als gesetzlichen Endigungsgrund. Diese Regelung ist erforderlich im Hinblick auf Artikel 6 Abs. 1 GG, der Ehe und Familie in Bestand und Inhalt auch gegenüber staatlichen Eingriffen schützt. Zu berücksichtigen war auch § 1633 BGB; die Sorge für die Person der Tochter, die verheiratet ist, beschränkt sich auf die Vertretung in den persönlichen Angelegenheiten. Mit der Eheschließung erlischt demnach die tatsächliche Fürsorge, zu der vor allem die Erziehung und Beaufsichtigung sowie die Aufenthaltsbestimmung gehören. Wird vom Gesetzgeber die elterliche Gewalt insoweit eingeschränkt, so muß diese Einschränkung auch dem Staat gegenüber gelten, wenn er im Rahmen der Ersatzerziehung an die Stelle der Personensorgeberechtigten tritt.

Die Regelung in Absatz 3 ist eine Konsequenz aus § 63, aus dem sich ergibt, daß Freiwillige Erziehungshilfe nicht gegen den Willen der Personensorgeberechtigten gewährt werden kann.

Der Entwurf sieht im Interesse einer bundeseinheitlichen Regelung vor, daß für die Aufhebung der Fürsorgeerziehung allein das Vormundschaftsgericht zuständig ist. Da die Fürsorgeerziehung vielfach mit einer Freiheitsentziehung verbunden ist, war auch Artikel 104 Abs. 2 Satz 1 GG zu beachten, wonach über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung nur der Richter zu entscheiden hat.

Nach Absatz 5 hat das Vormundschaftsgericht außer dem Jugendamt nunmehr auch das Landesjugendamt in seiner Eigenschaft als Ausführungsbehörde zu hören.

Zu § 75 a (Verfahrenskosten und Entschädigung)

§ 75 a ersetzt § 74 RJWG. Diese Bestimmung war neu zu fassen, weil die landesrechtlichen Stempelsteuergesetze durch das Urkundensteuergesetz vom 5. Mai 1936 abgelöst sind. Nach Artikel IV § 5 der Steuerrechtsverordnung vom 20. August 1941 (RGBl. I S. 510) wird seit dem 1. September 1941 Urkundensteuer nicht mehr erhoben. Des Satzes 2 bedarf es noch für den Fall, daß die Anhörung nach § 65 Abs. 2 keine Heranziehung zu Beweis Zwecken darstellt. Im übrigen gilt § 1 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen.

Der Kreis der Personen, die eine Zeugenentschädigung verlangen können, ist dahingehend eingengt worden, daß Behördenvertretern eine Entschädigung nicht zuerkannt wird. Ferner stellt der Entwurf klar, daß die Entschädigungsberechtigten eine Entschädigung nicht nur erhalten, wenn sie tatsächlich vernommen worden sind, sondern auch, wenn sie geladen und erschienen sind, ihre Anhörung aber aus Gründen unterblieben ist, die sie nicht zu vertreten haben. Die Entschädigung nach den für Zeugen geltenden Vorschriften umfaßt nicht nur den Ersatz von Auslagen, (hierauf beschränkt § 74 RJWG die Entschädigung), sondern auch die Gewährung von Ent-

schädigung für Verdienstausschlag (§ 2 ZuSEG) und Aufwand (§ 9 ZuSEG).

Zu § 75 b (Gerichtsstand bei Eilmaßnahmen)

§ 75 b entspricht § 68 RJWG.

Z u A r t i k e l V I I

ABSCHNITT VII

Heimaufsicht und Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen

In Fachkreisen ist wiederholt gefordert worden, im neuen Jugendhilferecht die Heimaufsicht zu regeln. Im geltenden RJWG gibt es nur eine mittelbare Heimaufsicht, und zwar in den Bestimmungen über die Pflegekinderaufsicht in Heimen und Anstalten und in den Bestimmungen, die die öffentliche Aufsicht über Erziehungsanstalten im Rahmen der Fürsorgeerziehung betreffen. Beide Institutionen sind im Entwurf aufrecht erhalten.

Die öffentliche Aufsicht in der Fürsorgeerziehung ist nach wie vor im Abschnitt VI geregelt. Wegen der Aufsichtsbefugnisse des Landesjugendamts bei der Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung vgl. § 69 Abs. 3.

Die Aufsicht über Minderjährige unter 16 Jahren in Heimen ist aus dem Abschnitt III, Schutz der Pflegekinder, ausgegliedert und in § 76 a übernommen. Es wird insoweit auf die Begründung zu § 19 und zu § 76 a hingewiesen.

Zu § 76 (Heimaufsicht)

A b s a t z 1 unterstellt alle Heime, in denen regelmäßig überwiegend Minderjährige dauernd oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, der gesetzlichen Heimaufsicht. Sie ist eine hoheitliche Aufgabe, die den Landesjugendämtern als überörtlichen Organen der Jugendhilfe zugewiesen ist. Die Heimaufsicht erstreckt sich auf Heime, die Kinder und Jugendliche bis zu 21 Jahren aufnehmen. Absatz 1 Satz 2 nimmt Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten sowie Studentenwohnheime von der Aufsicht aus. Letztere scheiden mit Rücksicht auf § 2 Abs. 1 Satz 2 aus. Aber auch Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten fallen begrifflich nicht unter § 76 Abs. 1 Satz 1, weil ihre Aufgabe in der Freizeitgestaltung und Jugendbildung, nicht aber in der regelmäßigen Betreuung einzelner Minderjähriger oder in der regelmäßigen Bereitstellung von Unterkunft liegt. Einrichtungen nach Satz 2 sind z. B. Jugendbüchereien und Lesestuben, Jugendbühnen und Jugendfilmtheater, Werk- und Bastelräume, Sporteinrichtungen, „Heime der offenen Tür“ und ähnliche Einrichtungen.

Der Inhalt der Heimaufsicht ergibt sich aus § 76 Abs. 2 bis 4.

A b s a t z 2: Unbedingt geboten ist die soziale und pädagogische Betreuung der Minderjährigen durch geeignete Fachkräfte. Auch insoweit übt das Lan-

desjugendamt bei Überwachung der Heime und sonstigen Einrichtungen das Wächteramt des Staates aus.

Absatz 3 regelt im einzelnen die Meldepflichten der Heimträger hinsichtlich des Heimleiters und der Erzieher (Buchstabe a), der jährlich zur Verfügung stehenden Plätze und ihrer Änderung (Buchstabe b), der Änderung der Zweckbestimmung der Einrichtung (Buchstabe c) und des Todesfalles eines Minderjährigen (Buchstabe d).

Absatz 4: In Satz 1 ist für die Landesjugendämter die Verpflichtung festgelegt, durch Heimbesuche die Einhaltung der Vorschriften der Absätze 2 und 3 an Ort und Stelle zu überprüfen. Zur Durchführung dieser Aufgabe ist es notwendig, das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 GG) im Umfang der wahrzunehmenden Heimaufsicht einzuschränken (Satz 2). Satz 3 sieht vor, das Jugendamt und einen zentralen Trägerverband der freien Wohlfahrtspflege, wenn ihm der Träger der Einrichtung untersteht oder angeschlossen ist, bei der Überprüfung zuzuziehen. Eine Beteiligung der genannten Trägerverbände an der Aufsicht selbst ist nicht möglich, weil die Führung der Aufsicht eine hoheitliche Aufgabe darstellt. Zentrale Trägerverbände sind die anerkannten Wohlfahrtsverbände: Arbeiterwohlfahrt-Hauptausschuß e. V.; Deutscher Caritasverband e. V.; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtverband e. V.; Deutsches Rotes Kreuz; Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Absatz 5: Neu ist auch die Bestimmung, daß die oberste Landesbehörde den Betrieb von Heimen und Einrichtungen, die der Heimaufsicht unterliegen, vorübergehend oder auf die Dauer untersagen kann, wenn Tatsachen festgestellt werden, die das Wohl der betreuten Minderjährigen gefährden, und wenn eine unverzügliche Beseitigung der Gefährdung nicht zu erwarten ist. Diese Bestimmung ist erforderlich, um der Durchführung der Aufsicht das notwendige Gewicht zu verleihen.

Absatz 6: Es war schon bisher in den Ländern üblich, innerhalb des Pflegekinderschutzes auch zur Pflegekinderaufsicht ausführliche landesrechtliche Bestimmungen zu erlassen. Dasselbe Recht muß den Ländern für die neue Bestimmung der Heimaufsicht eingeräumt werden.

Zu § 76 a (Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen)

Absatz 1: Die Vorschrift des § 76 a entspricht der in § 29 RJWG geregelten Anstalts- und Vereinspflege. Da sie der Heimaufsicht nahesteht und sie wirksam ergänzt, ist sie aus rechtssystematischen Gründen hinter die Heimaufsicht gestellt worden. Somit unterliegen Heime, in denen überwiegend Minderjährige unter 16 Jahren dauernd oder für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig betreut werden, einmal den Vorschriften über die Heimaufsicht nach § 76; darüber hinaus genießen die in diesen Heimen untergebrachten Minderjährigen nach Absatz 1 den Schutz der §§ 20 bis 27 und 31.

Durch die ausdrückliche Erwähnung des § 31 in den entsprechend anzuwendenden Bestimmungen ist die bisher in § 29 Abs. 3 RJWG enthaltene Vorschrift über Vereinspflege übernommen. Die in § 76 Abs. 1 Satz 2 genannten Heime und Einrichtungen sind auch hier ausgenommen.

Die Absätze 2 und 3 entsprechen § 29 Abs. 1 und 2 RJWG. Nach Absatz 3 obliegt aber — entgegen der bisherigen Regelung in § 29 Abs. 2 RJWG — die Entfernung eines Minderjährigen unter 16 Jahren aus dem Heim bei Gefahr im Verzuge ebenfalls dem Landesjugendamt. Dieses kann das Jugendamt an der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 27 beteiligen. Damit soll erreicht werden, daß bei einer akuten Gefährdung des Minderjährigen ein schnelles Eingreifen möglich ist.

Eine dem § 29 Abs. 4 RJWG entsprechende Regelung erübrigte sich (vgl. dort).

Zu Artikel VIII

ABSCHNITT VIII

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

In dem neu eingefügten Abschnitt VIII werden alle Straf- und Bußgeldvorschriften zusammengefaßt. Eine solche Zusammenfassung entspricht der Übung in neueren Gesetzen und vermeidet umständliche Wiederholungen in den einzelnen Vorschriften.

Zu § 76 b (Strafvorschriften im Rahmen der Fürsorgeerziehung und der Freiwilligen Erziehungshilfe)

§ 76 b entspricht in Absatz 1 Nr. 1 ohne sachliche Änderungen dem § 76 RJWG. Absatz 1 Nr. 2 bezieht auch die Freiwillige Erziehungshilfe in den Strafschutz ein. Für beide Tatbestände ist durch die Androhung von Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein einheitlicher Strafrahmen vorgesehen; denn es handelt sich bei beiden Maßnahmen um einheitliche Formen der Erziehung. Obwohl das Höchstmaß der Gefängnisstrafe gegenüber § 76 RJWG ermäßigt ist, reicht der Strafrahmen aus, um auch Fälle mit erhöhtem Unrechts- und Schuldgehalt ausreichend ahnden zu können. In besonders schweren Fällen werden in aller Regel die mit schwereren Strafdrohungen ausgestatteten Tatbestände der §§ 120, 122 b, 235 StGB erfüllt sein, denen gegenüber die vorliegende Bestimmung im Einklang mit § 76 RJWG ohnehin zurücktritt.

Die Strafbarkeit des Versuchs in Absatz 2 und das Erfordernis des Strafantrags in Absatz 3 entsprechen der in § 76 RJWG enthaltenen Regelung.

Zu § 76 c

Die Untersagung des Betriebs eines Heimes kann nach § 76 Abs. 5 von der obersten Landesbehörde nur dann verfügt werden, wenn eine nicht unverzüglich behebbare Gefährdung des geistigen, leiblichen oder seelischen Wohls von Minderjährigen vorliegt. Zuwiderhandlungen gegen derartige Untersagungsverfügungen sind wegen der damit verbundenen Gefährdung der Minderjährigen nicht nur Verwaltungs-, sondern echtes kriminelles Unrecht. Die Bußgeldandrohung des § 76 d Abs. 2 reicht daher

zur Ahndung nicht aus. Auch der Tatbestand des § 170 d StGB deckt nicht alle Fälle. § 76 c soll die Lücke im Strafschutz schließen. Täter können der Inhaber eines Heimes oder z. B. auch der Vertreter einer juristischen Person oder der Heimleiter sein, die das Heim für den Inhaber fortführen. Der Inhaber oder etwa sein Vertreter wird, wie sich aus der Fassung ergibt, auch dann als Täter bestraft, wenn er das Heim durch einen anderen fortführen läßt. Der vorgesehene Strafraum (Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafe) reicht aus. In Fällen, in denen er zu niedrig erscheint, werden in der Regel auch andere, mit schwereren Strafdrohungen ausgestattete Tatbestände (z. B. §§ 170 d, 223 b StGB) erfüllt sein.

Zu § 76 d

Die Vorschrift tritt an die Stelle des § 30 RJWG. In ihrer Fassung mußte sie der Systematik des Entwurfs, der zwischen den Pflegekindern (§ 19), den in §§ 31 a, 31 b genannten Minderjährigen und den Minderjährigen in Heimen (§ 76 a) unterscheidet, angepaßt werden. Der wesentlichste sachliche Unterschied zu § 30 RJWG besteht darin, daß die Zuwiderhandlungen ihrem Unrechtsgehalt entsprechend nicht mehr als Straftaten, sondern als Ordnungswidrigkeiten ausgestaltet sind. Auf die in § 30 Abs. 2 RJWG enthaltene Bestimmung, welche die Beerdigung der „Leiche eines Pflegekindes oder eines unehelichen Kindes ohne die vorgeschriebene Anzeige“ mit Strafe bedroht, wurde verzichtet. Sie ist neben § 367 Abs. 1 Nr. 1 StGB überflüssig.

Absatz 1 Nr. 1 und 2 umschreibt die Zuwiderhandlungen gegen § 20 allein oder in Verbindung mit § 31 a Abs. 2. Er lehnt sich eng an § 30 Abs. 1 RJWG an. Die Wendung „in Pflege nimmt“ wurde zur Angleichung an die Fassung des § 20 durch das Wort „aufnimmt“ ersetzt. Eine sachliche Änderung ist damit nicht verbunden. Die in § 30 Abs. 1 RJWG enthaltenen Worte „nach Erlöschen oder Widerruf der Erlaubnis“ sind, weil entbehrlich, entfallen. Durch die gekürzte Fassung wird gleichzeitig klargestellt, daß auch Verstöße gegen § 20 Satz 2 und 3 mit Geldbuße bedroht sind.

Absatz 1 Nr. 3 umschreibt den Tatbestand der Verletzung einer durch § 26 allein oder in Verbindung mit §§ 31 a, 31 b begründeten Anzeigepflicht. Mit Bußgeld bedroht wird, wer die vorgeschriebene Anzeige „nicht, nicht unverzüglich oder unrichtig erstattet“.

Absatz 2 enthält die Zuwiderhandlungen gegen § 76 a in Verbindung mit §§ 20 und 26. Die Fassung lehnt sich eng an diejenige des Absatzes 1 an. Täter kann nur der Inhaber oder Leiter eines Heimes oder einer anderen Einrichtung sein. Untergeordnete Angestellte scheidet als Täter aus; sie können aber als Anstifter oder Gehilfen (vgl. § 10 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) mit Geldbuße belegt werden. Die Fassung des Absatz 2 Nr. 1 „einen Minderjährigen . . . betreut oder ihm Unterkunft gewährt“ entspricht der Fassung von § 76 a Abs. 1. Bei allen in § 76 d enthaltenen Tatbeständen wird Vorsatz verlangt. Allerdings genügt bedingter Vorsatz hinsichtlich aller Tatbestands-

merkmale, auch hinsichtlich der Unrichtigkeit der Anzeige (Absatz 1 Nr. 3, Absatz 2 Nr. 2) (vgl. § 11 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten). Das bedeutet gegenüber dem geltenden Recht eine wesentliche, aber sachgerechte Einschränkung. Bei fahrlässigen Zuwiderhandlungen handelt es sich um unbedeutende Verstöße, die eine Geldbuße nicht rechtfertigen.

Zu Artikel IX

ZU ABSCHNITT IX

Kostentragung bei Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige

Die Bestimmungen dieses Abschnitts weisen den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe die Kostentragung für alle Hilfen zur Erziehung für einzelne Minderjährige zu. Anwendungsfälle sind z. B. die Unterbringung von Minderjährigen in fremden Familien oder in Heimen und anderen Einrichtungen oder ihre Teilnahme an einer Jugenderholungsmaßnahme. Die Kostentragung in diesen Fällen beruht z. T. auf den Bestimmungen für hilfsbedürftige Minderjährige der Verordnung über die Fürsorgepflicht (RFV) von 1924 und der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge (RGr.) aus dem gleichen Jahre. Die Vorschriften des Entwurfs bringen einheitliche Bestimmungen über die Kostenregelung. Sie sind in den Grundzügen aufgebaut auf den Vorschriften des Entwurfs eines Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) über die Hilfe in besonderen Lebenslagen (BSHG Abschnitt 3, Unterabschnitt 1) und über die Einkommensgrenzen (BSHG Abschnitt 4). Sie stimmen mit der dort verwendeten Terminologie überein. Hierdurch soll die praktische Handhabung der benachbarten Bereiche der Sozialhilfe und der Jugendhilfe, die dem gleichen Finanzträger, nämlich den Gemeinden und Gemeindeverbänden, obliegen, erleichtert werden.

Zu beachten ist, daß die Durchführung einiger Aufgaben zur Erziehung Minderjähriger nur Verwaltungs- und Personalkosten der Träger der öffentlichen Jugendhilfe verursacht, die dem jungen Menschen und seinen Unterhaltsverpflichteten nicht zur Last fallen. Das gilt z. B. für die Aufgaben der Amtsvormundschaft, der vormundschaftsgerichtlichen Hilfe, der durch den Erziehungsbeistand gewährten Hilfe und für die Beratung und Belehrung Minderjähriger und ihrer Eltern in der offenen Fürsorge.

Jedoch ist dem Landesrecht die Regelung eventueller Kostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Erziehungsberatungsstellen und für die Teilnahme an jugendbildenden Maßnahmen und für andere Hilfen nach § 4 offengehalten (vgl. § 76 f Abs. 3).

Zu § 76 e (Geltungsbereich dieses Abschnitts)

Die Kostenregelung erstreckt sich auf alle in Ausführung der Aufgaben nach §§ 3, 4 oder § 4 b möglichen Hilfen zur Erziehung in Einzelfällen, soweit der einzelne Minderjährige dieser Hilfe bedarf. Es handelt sich um die Hilfen, die bisher in Verbindung mit §§ 3 und 4 RJWG auf Grund von § 6 Abs. 1

Buchstabe d der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge in der Fassung vom 20. August 1953 (BGBl. I S. 967) gewährt werden. § 6 Abs. 1 Buchstabe d der Reichsgrundsätze entfällt mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wie es in § 145 Abs. 3 des Entwurfs eines BSHG vorgesehen ist.

Zu § 76 f (Verpflichtung zur Tragung der Kosten)

Absatz 1 geht von dem Grundsatz aus, daß die Kosten für die im Einzelfall gewährte erzieherische Hilfe im Rahmen der Zumutbarkeit durch den Minderjährigen und seine Eltern selbst aufzubringen sind. Von diesem Grundsatz sind Ausnahmen nur in den Absätzen 3 und 4 dieser Vorschrift und in § 76 j Abs. 1 vorgesehen. Soweit dem Minderjährigen und seinen Eltern nicht zuzumuten ist, die Mittel aus ihrem Einkommen und Vermögen aufzubringen, trägt der „Träger der öffentlichen Jugendhilfe“ die Kosten. Unter Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind das Jugendamt als das für die Aufgaben nach den §§ 3 und 4 und das Landesjugendamt als das für die Aufgaben nach § 13 Abs. 1 Nr. 6 zuständige Organ zu verstehen.

Unter welchen Voraussetzungen dem Minderjährigen und seinen Unterhaltsverpflichteten die Aufbringung der Mittel nicht zuzumuten ist, wird in **Absatz 2 Satz 1** durch den generellen Hinweis auf Abschnitt 4 BSHG geregelt, dessen Vorschriften für entsprechend anwendbar erklärt sind. In Frage kommen hier die Bestimmungen der Unterabschnitte 1 und 3 sowie insbesondere die §§ 75, 78 und 79 des Unterabschnitts 2, die die Einkommensgrenzen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen regeln. Satz 2 beinhaltet eine Ausnahme von § 75 Abs. 2 Nr. 3 BSHG, indem der hier vorgesehene Familienzuschlag bei Unterbringung in einer Familie außerhalb des Elternhauses, in Heimen oder anderen Einrichtungen von sechzig Deutsche Mark auf achtzig Deutsche Mark angehoben wird. Die Erhöhung soll verhindern, daß die Eltern für eine Unterstützung der Erziehungsmaßnahmen deshalb nicht gewonnen werden können, weil die Heranziehung zu den Kosten für die anderweitige Unterbringung des Minderjährigen die Lebenshaltung der Familie zu stark finanziell belastet. Häufig ist auch die Notwendigkeit der erzieherischen Hilfe nicht allein vom Minderjährigen und seinen Angehörigen zu vertreten, sondern zugleich von der Gesellschaft, deren Einflüsse die Gefährdung des Minderjährigen mit herbeigeführt haben.

Absatz 3: Bestimmte Hilfen nach § 4 werden vielfach unabhängig von den Bestimmungen über die Kostenregelung gewährt. Insoweit wird im Einzelfall nicht geprüft, ob dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Mittel für die gewährten Hilfen zuzumuten ist. Das trifft zu z. B. bei der Teilnahme Minderjähriger an Freizeitmaßnahmen oder bei ihrer Beratung in Erziehungsfragen, auch bei der Beratung ihrer Personensorgeberechtigten in Erziehungsberatungsstellen oder bei der Fortbildung von Eltern, Pflegeeltern und Vormündern in Erziehungsfragen durch Eltern- und Mütterschulen. In der Praxis hat sich — nach Ländern verschieden — die Erhebung von Beiträgen hierfür eingespielt. Es

ist deshalb den Ländern überlassen, Bestimmungen darüber zu treffen, welche Art von Hilfen nach § 4 unabhängig davon gewährt werden, ob und inwieweit dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Mittel zuzumuten ist und ob und inwieweit für diese Hilfen Kostenbeiträge erhoben werden.

Absatz 4 Satz 1 schließt eine Heranziehung des Minderjährigen und seiner Eltern zu allgemeinen Verwaltungskosten aus, ein Grundsatz, der auch bisher in der Praxis schon befolgt worden ist, so z. B. bei der Durchführung der Aufgaben der Amtsvormundschaft. Inwieweit der Minderjährige und seine Eltern zu den Kosten für den zur Erziehung erforderlichen Personalbedarf herangezogen werden können, kann durch Bundesgesetz nicht im einzelnen festgelegt werden. Satz 2 überläßt die Regelung dieser Frage dem Landesrecht.

Zu § 76 g (Überleitung von Ansprüchen)

Auch hinsichtlich der Verpflichtungen Dritter lehnt sich der Entwurf an die Vorschriften des BSHG-Entwurfs an. Der in § 2 Abs. 2 Satz 1 BSHG festgelegte Grundsatz, daß Verpflichtungen anderer, besonders unterhaltspflichtiger Personen oder der Träger anderer Sozialleistungen, durch das BSHG nicht berührt werden, ist in diesen Entwurf übernommen.

§ 83 des BSHG-Entwurfs sieht vor, daß Ansprüche des Hilfeempfängers gegen einen anderen auf Leistungen zur Deckung seines Bedarfs an Lebensunterhalt oder in besonderen Lebenslagen durch schriftliche Anzeige an den anderen in Höhe der gewährten Hilfe übergeleitet werden. § 84 BSHG enthält nähere Bestimmungen über den Umfang der Inanspruchnahme eines nach bürgerlichem Recht Unterhaltsverpflichteten. Beide Bestimmungen sind für anwendbar erklärt.

Zu § 76 h (Kostenerstattung)

Absatz 1 erklärt die §§ 96 bis 106 des BSHG-Entwurfs über die Kostenerstattung zwischen den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe für entsprechend anwendbar. Das gilt für das Jugendamt nur insoweit, als seine Zuständigkeit auf § 7 Abs. 1 Satz 2 beruht, also nur bei erzieherischen Hilfen für Minderjährige ohne gewöhnlichen Aufenthalt und für vorläufige Maßnahmen.

Nach **Absatz 2** bleibt es dem Landesrecht überlassen zu bestimmen, wer für dieses Gesetz überörtlicher Träger im Sinne der §§ 99 und 101 BSHG ist. Im allgemeinen wird auch hier das Landesjugendamt überörtlicher Kostenträger sein.

Zu § 76 i (Kostenerstattung gegenüber den Trägern der freien Jugendhilfe)

Absatz 1: Werden erzieherische Hilfen dem einzelnen Minderjährigen durch Träger der freien Jugendhilfe gewährt, so wird die zur Gewährung der Hilfe notwendige Geldleistung in der Praxis an den Träger der Einrichtung gezahlt, die den Minderjährigen betreut, wenngleich auch in solchen Fällen Hilfeempfänger im Sinne der Bestimmungen des Entwurfs der Minderjährige selbst ist, in dessen Person der Bedarf entsteht. Um Schwierigkeiten in

der Bestimmung der Höhe der vom Jugendamt oder Landesjugendamt dem Träger der Einrichtung zu zahlenden Entgelte, besonders hinsichtlich der Höhe der Pflegesätze, zu vermeiden, ist ausdrücklich bestimmt, daß Vereinbarungen hierüber anzustreben sind.

A b s a t z 2 soll die Möglichkeit geben, daß die Beteiligten dabei von einheitlichen Grundsätzen ausgehen können (vgl. die gleichlautende Vorschrift in § 86 Abs. 2 und 3 des BSHG-Entwurfs).

Zu § 76 j (Sonderregelung für die Freiwillige Erziehungshilfe und die Fürsorgeerziehung)

A b s a t z 1 des § 76 j enthält Sonderregelungen für die Freiwillige Erziehungshilfe und für die Fürsorgeerziehung. Diese wichtigen Erziehungshilfen werden nach Absatz 1 Satz 1 als Ausnahme vom Regelfall (§ 76 f Abs. 1) unabhängig davon gewährt, ob dem Minderjährigen und seinen Eltern die Aufbringung der Kosten zuzumuten ist. Jedoch sieht Satz 2 für den Fall der Zumutbarkeit Erstattung durch Kostenbeitrag vor; die näheren Bestimmungen hierüber sind dem Landesrecht vorbehalten. Das z. Zt. gültige Recht — § 75 RJWG — beruht auf dem gleichen Grundgedanken.

A b s a t z 2 will bundesrechtlich sichern, daß die Entscheidung, ob die Übernahme eines Minderjährigen in Freiwillige Erziehungshilfe oder in Fürsorgeerziehung erfolgen soll, nicht durch rein fiskalische Erwägungen beeinflusst wird.

A b s a t z 3 entspricht § 70 Abs. 1 Satz 3 RJWG.

A b s a t z 4 regelt eine im geltenden Recht nicht geklärte und umstrittene kostenrechtliche Frage, ohne jedoch die Entscheidung der Frage vorwegzunehmen, ob das Jugendgericht in Zukunft befugt bleiben soll, im Strafurteil Fürsorgeerziehung anzuordnen. Die Lösung dieser Frage muß der Reform des Jugendgerichtsgesetzes vorbehalten bleiben.

Zu Artikel X

Änderungen des Jugendgerichtsgesetzes

Die Neufassung der Bestimmungen über die Schutzaufsicht und die Fürsorgeerziehung macht Änderungen des Jugendgerichtsgesetzes notwendig. Die Nummern 1, 4 und 5 dienen im wesentlichen der Angleichung des Jugendgerichtsgesetzes an den Sprachgebrauch des Entwurfs, der die Bezeichnung „Schutzaufsicht“ durch „Erziehungsbeistandschaft“ ersetzt. Dagegen sind sachliche Änderungen enthalten unter Nummer 2 durch Einfügung des Satzes 2 in § 12 und unter Nummer 3 durch Streichung des Satzes 6 in § 38 Abs. 2. Durch § 12 Satz 2 wird geklärt, daß der Jugendrichter vor Anordnung der Erziehungsbeistandschaft oder der Fürsorgeerziehung nicht gehalten ist, die Bestellung eines Erziehungsbeistands nach § 57 oder die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe nach § 63 anzuregen. Eine andere Lösung würde sich in das Jugendstrafverfah-

ren sinnvoll kaum einfügen lassen. In den Fällen der §§ 53 und 104 Abs. 4 JGG verbleibt es dagegen bei der vom Entwurf angeordneten Subsidiarität der vormundschaftsgerichtlich angeordneten Erziehungsbeistandschaft und der Fürsorgeerziehung. Es wird durchaus sachdienlich sein, wenn der Vormundschaftsrichter, dem Auswahl und Anordnung von Erziehungsmaßregeln überlassen worden sind, zunächst den Versuch machen läßt, zur vereinbarten Erziehungsbeistandschaft oder zur Freiwilligen Erziehungshilfe zu gelangen. Gelingt dies, so kann er seinerseits nach § 53 Satz 2 JGG von eigenen Maßnahmen absehen. Scheitert der Versuch, so ist er nicht gehindert, nunmehr von sich aus die erforderliche Erziehungsmaßregel anzuordnen.

§ 38 Abs. 2 Satz 6 JGG konnte gestrichen werden. Die Auswahl des Erziehungsbeistands obliegt nach dem Entwurf in allen Fällen dem Jugendamt, das auch Träger der Jugendgerichtshilfe ist. Auch ohne besondere gesetzliche Vorschrift wird es einen Vertreter der Jugendgerichtshilfe zum Erziehungsbeistand bestellen, wenn dies sachdienlich ist.

Zu Artikel XI

Bestimmungen und Bezeichnungen in anderen Vorschriften

Soweit auch in anderen Vorschriften Verweisungen auf Vorschriften und Bezeichnungen des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt enthalten sind, ist durch Artikel XI klargestellt, daß sie als Verweisungen auf die an ihre Stelle getretenen neuen Vorschriften gelten.

Zu Artikel XII

Ermächtigung des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen

Artikel XII entspricht der üblichen Klausel in umfangreichen Änderungs- und Ergänzungsgesetzen. Die Neubekanntmachung, zu der Artikel XII ermächtigt, soll der Praxis die Handhabung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt erleichtern.

Zu Artikel XIV

Inkrafttreten

Zur Erleichterung für die Praxis soll der Tag des Inkrafttretens nicht durch eine Frist, sondern durch einen zu einem späteren Zeitpunkt in den Artikel XIV noch einzufügenden Termin bestimmt werden. Damit besteht auch die Möglichkeit, den Termin auf einen Monatsbeginn zu legen.

Bei Festlegung des Termins wird zu berücksichtigen sein, daß die Länder eines angemessenen Zeitraums bedürfen, um ihre Ausführungsgesetze zu diesem Gesetz verabschieden zu können.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

I.

1. Zu Artikel I Nr. 1 (§ 2)

In Nr. 1 ist Satz 2 zu streichen.

Begründung

Die Änderung ist eine Folge des Streichungsvorschlages zu Artikel II Nr. 11 (§ 14 a).

2. Zu Artikel I Nr. 2 (§ 2)

Nr. 2 ist zu streichen.

Begründung

Dem Bund fehlt die Gesetzgebungsbefugnis, da es Sache des Landesrechts ist, zu bestimmen, welche Stellen für die Förderung der studentischen Jugend zuständig sind.

Die vorgesehene Bestimmung ist zudem überflüssig. Nach § 2 Abs. 1 RJWG bleiben Zuständigkeiten anderer Körperschaften oder Einrichtungen unberührt. Hierzu gehören auch die landesrechtlich geregelten Zuständigkeiten für die Förderung der studentischen Jugend, soweit diese Förderung vom Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erfaßt wird.

3. Zu Artikel I Nr. 3 (§ 2 a)

In § 2 a ist Absatz 1 zu streichen.

Begründung

Die Bestimmung gibt im wesentlichen nur den Wortlaut des Artikels 6 GG wieder; sie ist daher überflüssig. Eine im Wortlaut veränderte Wiederholung von Bestimmungen des Grundgesetzes kann zu Schwierigkeiten bei der Auslegung des Gesetzes führen. Außerdem ist das Verhältnis dieser Bestimmung zu dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 21. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 939) unklar.

4. Zu Artikel II Nr. 1 (§ 3)

In § 3 ist Nr. 1 wie folgt zu fassen:

„1. Der Schutz der Pflegekinder gemäß §§ 19 bis 31 a;“.

Begründung

Die Streichung ist eine Folge des Streichungsvorschlags zu Artikel IV.

5. Zu Artikel II Nr. 2 (§ 4)

a) In § 4 Abs. 1 Nr. 5 sind die Worte „des Unterrichts“ durch die Worte „der Schule“ zu ersetzen.

Begründung

Die vorgesehene Fassung entspricht nicht mehr den Aufgaben, die heute der Schule

gesetzt sind; es wird auf Schullandheime und Tagesheimschulen verwiesen. Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, die unzweifelhaft zum Bereich der Schule gehören, aber nicht allein dem Unterricht dienen. Der Änderungsvorschlag dient der klarstellenden Berichtigung.

b) In § 4 Abs. 6 ist folgender Satz anzufügen:

„Soweit die Bundesregierung Vorschriften nach Satz 1 nicht erläßt, können solche Vorschriften durch die Landesregierung erlassen werden.“

Begründung

Ohne diese Ergänzung wären die Länder daran gehindert, solche Fragen landesrechtlich zu regeln, die einer bundesrechtlichen Regelung nicht oder noch nicht bedürfen, jedoch für das Gebiet des einzelnen Landes geordnet werden müssen.

6. Zu Artikel II Nr. 8 (§ 11)

In Nr. 8 sind die Worte „und das Wort „Jugendwohlfahrt“ durch das Wort „Jugendhilfe“ zu streichen.

Begründung

Die Ausdrucksweise des § 11 Satz 1 sollte insoweit nicht geändert werden, da sie dem § 9 a Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b RJWG entspricht.

7. Zu Artikel II Nr. 9 (§ 13)

§ 13 Abs. 1 Nr. 6 ist wie folgt zu ergänzen:

„sofern nicht durch Landesrecht andere Behörden für zuständig erklärt sind;“

Begründung

Die Ergänzung ist eine Folge des Änderungsvorschlags zu Artikel VI (§ 74).

8. Zu Artikel II Nr. 11 (§ 14 a)

Nr. 11 ist zu streichen.

Begründung

§ 14 a ist bei der vorgeschlagenen Streichung des § 16 RJWG in der Fassung des Gesetzentwurfs überflüssig. Es ist nicht üblich, in Bundesgesetzen die Regierungs-, Lenkungs- und Verwaltungsaufgaben der obersten Landesbehörden bundesgesetzlich festzulegen.

9. Zu Artikel II Nr. 12 (§ 15)

Nr. 12 ist wie folgt zu fassen:

„12. Unterabschnitt 3 fällt weg.“

Begründung

Die in § 15 enthaltene Ermächtigung für die Bundesregierung wird durch die in § 4 Abs. 6 des Gesetzentwurfs vorgesehene Ermächtigung überflüssig. Sie entspricht zudem auch nicht den Voraussetzungen des Artikels 80 Abs. 1 Satz 2 GG.

Die Streichung der Abschnittsüberschrift ist zugleich eine Folge des Streichungsvorschlags zu Artikel II Nr. 13 und 14 (§§ 16 und 17).

10. Zu Artikel II Nr. 13 (§ 16) und Nr. 14 (§ 17)

Nr. 13 und 14 sind zu streichen.

Begründung

Der Gesetzentwurf sieht zu Recht die Streichung der Vorschriften über das Reichsjugendamt vor. Es bestehen Bedenken, diese Bestimmungen durch die vorgeschlagene Regelung über die Aufgaben der Bundesregierung und über das Bundesjugendkuratorium zu ersetzen.

Die in § 16 Abs. 1 RJWG in der Fassung des Gesetzentwurfs vorgesehene Regelung ist mit Artikel 83 GG nicht vereinbar. Bei den hier der Bundesregierung gesetzlich zugewiesenen Aufgaben handelt es sich um die Durchführung eines Bundesgesetzes; diese Gesetzesdurchführung ist nach Artikel 83 GG mangels anderweitiger Bestimmungen im Grundgesetz Sache der Länder. Die Voraussetzungen für die Zulassung verfassungsrechtlich nicht ausdrücklich begründeter überregionaler Verwaltungskompetenzen der obersten Bundesbehörden liegen nicht vor, da die genannten Förderaufgaben ihrer Natur nach nicht notwendig von einer Bundesbehörde wahrgenommen werden müssen.

Die Regelung in § 16 Abs. 2 ist bei Streichung des Absatzes 1 beziehungslos und überflüssig.

Gegen die in § 17 RJWG in der Fassung des Gesetzentwurfs vorgesehene gesetzliche Verankerung des Bundesjugendkuratoriums bestehen verfassungspolitische Bedenken. Es dürfte nicht angängig sein, sämtliche zur Beratung oberster Bundesbehörden bestehenden oder in Zukunft noch zu schaffenden Gremien ausdrücklich gesetzlich zu verankern. Eine solche Verankerung ist auch sachlich und rechtlich in keiner Weise notwendig.

11. Zu Artikel III Nr. 1 (§ 19)

In § 19 Abs. 2 Buchstabe d ist folgender Halbsatz anzufügen:

„wenn die Pflegestelle von der nach Landesrecht zuständigen Behörde für geeignet erklärt ist und überwacht wird,“.

Begründung

In der Begründung zu § 31 b RJWG in der Fassung des Gesetzentwurfs wird zu Recht ausgeführt, daß die beim Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebrachten Minderjährigen unter 16 Jahren nicht in allen Fällen vom Pflege-

kinderschutz ausgenommen werden können. Diesen Erfahrungen sollte aber nicht dadurch Rechnung getragen werden, daß das Jugendamt in Einzelfällen einen Pflegekinderschutz durch Verwaltungsakt anordnen kann. Es würde ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand entstehen, wenn eine gleichmäßige Erfassung der Pflegestellen möglich sein soll. Außerdem würden in der Praxis erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber auftreten, ob im Einzelfall das Wohl des Minderjährigen eine Pflegekinderaufsicht verlangt.

Es erscheint richtiger, stattdessen § 19 Abs. 2 Buchstabe d in Anlehnung an Buchstabe c umzugestalten und die Freistellung von der Pflegekinderaufsicht von einer besonderen Anerkennung der Pflegestelle und ihrer laufenden Überwachung abhängig zu machen. Eine derartige Fassung des Gesetzes berücksichtigt auch die §§ 40, 42 bis 44 und 60 des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Die im Vorschlag vorgesehene Überwachung der Pflegestelle wird praktisch identisch sein mit der Aufsicht über die Durchführung des Jugendarbeitsschutzgesetzes nach den genannten Bestimmungen.

12. Zu Artikel III Nr. 2 (§ 20)

In § 20 ist Satz 2 wie folgt zu fassen:

„Kann in Eilfällen die Erlaubnis nicht vorher erwirkt werden, so ist sie unverzüglich nachträglich zu beantragen.“

Begründung

Die Änderung dient der Klarstellung.

13. Zu Artikel III Nr. 9 (Unterabschnitt 4 — §§ 28 und 29)

Nr. 9 ist wie folgt zu fassen:

„9. In der Überschrift vor § 28 sind die Worte „Anstalts- und Vereinspflege“ zu streichen.

In § 28 sind jeweils die Worte „reichs- oder“ zu streichen.

§ 29 fällt weg.“

Begründung

Die Regelung in § 28 RJWG sollte aufrechterhalten bleiben, da sie sich in der Praxis bewährt hat und namentlich für die Verhältnisse in den Stadtstaaten unentbehrlich erscheint.

14. Zu Artikel III Nr. 11 (§ 31)

In § 31 ist Absatz 2 zu streichen.

Begründung

Für die Regelung nach Absatz 2 des Gesetzentwurfs besteht nach der Praxis der vergangenen Jahre kein Bedürfnis. Außerdem ist die aus § 29 Abs. 3 RJWG übernommene Vorschrift redaktionell mißverständlich gefaßt.

15. Zu Artikel III nach Nr. 11 (§ 31 a)

Nach Nr. 11 ist folgende Nr. 11 a anzufügen:

„11a. Als § 31 a wird eingefügt:

„§ 31 a

Die Befugnisse der Länder, weitere Vorschriften zum Schutze der Minderjährigen zu erlassen, bleiben unberührt.“

B e g r ü n d u n g

Mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Streichung des bisherigen § 31 RJWG würde den bewährten Landesregelungen und weiteren noch erforderlich werdenden Schutzvorschriften die Rechtsgrundlage entzogen werden. Die Vorschrift wurde redaktionell dem Gesetzentwurf angepaßt.

16. Zu Artikel IV (§§ 31 a und 31 b)

Artikel IV ist zu streichen.

B e g r ü n d u n g

Gegen die in § 31 a in der Fassung des Gesetzentwurfs vorgesehene Regelung bestehen erhebliche Bedenken. Der Gesetzentwurf sieht erstmals die Möglichkeit vor, die Pflegekinder-Aufsicht durch Verwaltungsakt anzuordnen. Wie schon in der Begründung zu dem Vorschlag zu § 19 Abs. 2 Buchstabe d RJWG ausgeführt, würden für die Verwaltungspraxis hierdurch unabsehbare Schwierigkeiten entstehen, falls die Vorschrift überhaupt ausgeführt werden soll. Eine besondere Bestimmung zur Begründung einer Aufsicht über uneheliche Minderjährige oder eheliche Minderjährige in besonderen Fällen erscheint nicht erforderlich. Der fachlich für erforderlich gehaltene besondere Schutz für uneheliche Minderjährige kann durch die Befugnisse des Amtsvormundes gewährleistet werden; nach Beendigung der Amtsvormundschaft dürfte ein Grund für Aufrechterhaltung der Pflegekinder-Aufsicht nicht mehr bestehen. Falls in besonderen Fällen eine Beaufsichtigung ehelicher Minderjähriger während des Getrenntlebens der Ehegatten oder namentlich während des Ehescheidungsstreites geboten ist, kann diesem Bedürfnis durch Anwendung der Bestimmungen der §§ 56 ff. in der Fassung des Gesetzentwurfs entsprochen werden.

Die vorgeschlagene Streichung des § 31 b ist eine Folge des Änderungsvorschlags zu Artikel III Nr. 1 (§ 19).

17. Zu Artikel V nach Nr. 1 (§ 32)

Nach Nr. 1 ist folgende Nr. 1 a einzufügen:

„1a. In § 32 Satz 2 und 3 werden die Worte „Mitglieder oder Beamten“ durch die Worte „Beamten oder Angestellten“ ersetzt.“

B e g r ü n d u n g

Es soll klargelegt werden, daß auch Angestellte der Jugendämter mit der Ausübung der

vormundschaftlichen Obliegenheiten beauftragt werden können; auf die in § 43 a RJWG nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Fassung wird Bezug genommen. Die Erweiterung der Mitglieder des Jugendamtes ist mit Rücksicht auf die Fassung der §§ 9 ff. RJWG überholt.

18. Zu Artikel V Nr. 2 (§ 35)

In § 35 Abs. 1 ist folgender Satz 2 anzufügen:

„Wird mit allgemein bindender Wirkung festgestellt, daß das Kind kein eheliches Kind ist, oder wird das Kind durch Todeserklärung oder Feststellung der Todeszeit des Ehemannes unehelich, so wird das Jugendamt Amtsvormund, in dessen Bezirk das Kind in dem Zeitpunkt, in dem die gerichtliche Entscheidung in Rechtskraft erwächst, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.“

B e g r ü n d u n g

Ein als ehelich geltendes Kind kann auch in weiteren Fällen unehelich werden (vgl. auch § 15 Abs. 3 Satz 1 des Personenstandsgesetzes).

19. Zu Artikel V nach Nr. 2 (§ 36)

Nach Nr. 2 ist folgende Nr. 2 a einzufügen:

„2a. § 36 Satz 2 wird wie folgt ergänzt:

„ , wenn es angegeben ist.“

B e g r ü n d u n g

Nach § 21 Abs. 1 Satz 1 des Personenstandsgesetzes kann die Angabe des religiösen Bekenntnisses bei der Geburtsanzeige nicht gefordert werden. Deshalb kann das Jugendamt in § 36 Satz 2 RJWG auch nicht unbedingt verpflichtet werden, das religiöse Bekenntnis mitzuteilen.

20. Zu Artikel V nach Nr. 2 a (§ 42)

a) Nach Nr. 2 a ist folgende Nr. 2 b einzufügen:

„2b. In § 42 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Satzteil angefügt:

„für Minderjährige, die unter Vormundschaft stehen.“

B e g r ü n d u n g

Die Zuständigkeiten des Jugendamtes sollten sich der allgemeinen Aufgabenstellung entsprechend auf Minderjährige beschränken.

b) Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die durch den Änderungsvorschlag zu § 42 Abs. 1 Satz 1 RJWG notwendig werdende Ergänzung hinsichtlich der volljährigen Mündel entweder im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes oder des Familienrechtsänderungsgesetzes geregelt werden sollte, die zur Zeit im Deutschen Bundestag zur Beratung stehen.

21. Zu Artikel V Nr. 3 (§ 43)

a) In § 43 Abs. 1 ist Satz 1 wie folgt zu fassen:

„Das Jugendamt hat das Vormundschaftsgericht bei allen Maßnahmen zu unterstützen, welche die Sorge für die Person Minderjähriger betreffen.“;

nach Satz 1 ist folgender Satz einzufügen:

„Soweit das Jugendamt hierbei Verpflichtungen nach § 1850 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfüllt, hat es das Recht auf Zutritt zu den Minderjährigen; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“

B e g r ü n d u n g

Es erscheint zweckmäßig, die Befugnisse des Jugendamtes nach § 1859 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu stärken, da künftig der Pflegekinderschutz für uneheliche Kinder wegfallen und auch dem in § 31 a des Gesetzentwurfs zum Ausdruck kommenden Anliegen Rechnung getragen werden soll.

- b) In § 43 Abs. 1 Satz 2 ist auch § 1751 Abs. 2 BGB zu erwähnen.

B e g r ü n d u n g

Notwendige Ergänzung.

- c) In § 43 Abs. 1 ist Satz 3 wie folgt zu fassen:

„Soll ein Minderjähriger von einer Person, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder ihren Wohnsitz im Ausland hat, an Kindes Statt angenommen werden, so hat das Vormundschaftsgericht neben dem Jugendamt auch das Landesjugendamt zu hören.“

B e g r ü n d u n g

Die Einschaltung des Landjugendamtes ist auch dann vorzusehen, wenn der Annehmende staatenlos ist. Außerdem wird durch den Vorschlag vermieden, daß bei fehlendem Einvernehmen zwischen Jugendamt und Landesjugendamt überhaupt keine Stellungnahme abgegeben werden kann.

- d) Die bisherigen Sätze 2 und 3 des Absatzes 1 sind als Absatz 2 einzuordnen;

die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

B e g r ü n d u n g

Es erscheint systematisch richtiger, die Verpflichtungen des Jugendamtes, das Vormundschaftsgericht zu unterstützen, auch äußerlich von den Vorschriften über die Anhörung des Jugendamtes und des Landesjugendamtes zu trennen.

22. Zu Artikel V Nr. 5 (§ 47)

Der Bundesrat begrüßt die im Gesetzentwurf vorgesehene Beibehaltung der Vereinsvormundschaft. Er bittet jedoch, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob auch bei der Vereinsvormundschaft mögliche Inter-

essenkollisionen zwischen der Heimleitung einerseits und der Ausübung vormundschaftlicher Obliegenheiten andererseits ausgeschlossen werden können.

23. Zu Artikel VI (§ 58)

In § 58 Abs. 1 Satz 1 sind die Worte „eines Erziehungsbeistands“ zu streichen.

B e g r ü n d u n g

Sprachliche Verbesserung und Klarstellung.

24. Zu Artikel VI (§ 59)

In § 59 Abs. 1 ist folgender Satz anzufügen:

„Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“

B e g r ü n d u n g

Wenn die Begründung des Zutrittsrechts für den Erziehungsbeistand einen Sinn haben soll, dann ist die Einschränkung des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung erforderlich. Von der Möglichkeit, sich gegen den Willen des Wohnungsinhabers Zutritt zu dem Minderjährigen zu verschaffen, wird selbstverständlich praktisch nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden.

25. Zu Artikel VI (§ 62)

In § 62 sind die Worte „ist Freiwillige Erziehungshilfe zu gewähren“ durch die Worte „kann auf Antrag Freiwillige Erziehungshilfe gewährt werden“ zu ersetzen.

B e g r ü n d u n g

Die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe berücksichtigt nicht die Besonderheiten des einzelnen Erziehungsfalles. Die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe sollte eine Kannleistung bleiben, wodurch dem Landesjugendamt ein Ermessensspielraum zubilligt wird. Auf diese Weise wird es nur selten zu Prozessen vor den Verwaltungsgerichten kommen.

26. Zu Artikel VI (§ 63)

§ 63 ist wie folgt zu fassen:

„§ 63

Der Antrag ist von dem Personenberechtigten bei dem Jugendamt schriftlich zu stellen. Das Jugendamt nimmt zu dem Antrag Stellung. Über den Antrag entscheidet das Landesjugendamt.“

B e g r ü n d u n g

Die Neufassung ist eine Folge des Änderungsvorschlags zu Artikel VI (§ 62).

27. Zu Artikel VI (§ 64)

In § 64 Satz 2 ist der zweite Halbsatz wie folgt zu fassen:

„, wenn keine ausreichende andere Erziehungsmaßnahme gewährt wird.“

Begründung

Die Änderung ist eine Folge des Änderungsvorschlags zu Artikel VI (§ 62).

28. Zu Artikel VI (§ 66)

In § 66 Abs. 3 sind die Worte „in § 65 Abs. 1 Satz 2 Genannten“ durch die Worte „nach § 65 Abs. 1 Satz 2 und 3 Antragsberechtigten“ zu ersetzen.

Begründung

Notwendige Ergänzung im Hinblick auf § 65 Abs. 1 Satz 3.

29. Zu Artikel VI (§ 67)

In § 67 Abs. 2 Satz 1 sind die Worte „in § 65 Abs. 1 Satz 2 Genannten“ durch die Worte „nach § 65 Abs. 1 Satz 2 und 3 Antragsberechtigten“ zu ersetzen.

Begründung

Vergleiche Begründung zu dem Änderungsvorschlag zu Artikel VI (§ 66).

30. Zu Artikel VI (§ 68)

In § 68 ist Absatz 2 wie folgt zu fassen:

„(2) Gegen die Aussetzung steht den nach § 65 Abs. 1 Satz 2 und 3 Antragsberechtigten die sofortige Beschwerde zu.“

Begründung

Vergleiche Begründung zu dem Änderungsvorschlag zu Artikel VI (§ 66).

31. Zu Artikel VI (§ 70)

In § 70 ist folgender Satz anzufügen:

„Wird die Fürsorgeerziehung vom Jugendgericht angeordnet, so ist sie von dem Landesjugendamt auszuführen, das zuständig wäre, wenn das Vormundschaftsgericht die Fürsorgeerziehung angeordnet hätte.“

Begründung

Die Klärung der Zuständigkeitsfrage an dieser Stelle erscheint geboten. Dadurch erübrigt sich die in § 76 j Abs. 4 des Gesetzentwurfs vorgesehene Kostenregelung.

32. Zu Artikel VI (§ 71)

- a) In § 71 Abs. 1 Satz 2 sind nach den Worten „Artikel 2 Abs. 2“ die Worte „Satz 2“ einzufügen.

Begründung

Berichtigung eines Redaktionsversehens.

- b) In § 71 ist Absatz 2 zu streichen.

Begründung

Für die Bestimmung besteht angesichts der durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Februar 1960 insoweit geklärten Rechtslage kein dringendes Bedürfnis. Die Materie sollte allgemein bei den einschlägigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt werden. Hierzu besteht bei der Beratung des Familienrechtsänderungsgesetzes Gelegenheit.

- c) In § 71 sind die Absätze 3 und 4 wie folgt zu fassen:

„(3) Im Falle der Familienerziehung ist der Minderjährige mindestens bis zum Aufhören der Schulpflicht in einer Familie seines Bekenntnisses, im Falle der Heimerziehung soweit möglich in einem Heim seines Bekenntnisses oder seiner Weltanschauung unterzubringen.

(4) Minderjährige ohne Bekenntnis sollen nur mit ihrem Einverständnis, sofern sie ihr Bekenntnis selbst bestimmen können, andernfalls mit demjenigen des Erziehungsberechtigten in einer Familie oder in einem Heim eines bestimmten Bekenntnisses oder einer Weltanschauung untergebracht werden.“

Begründung

Es besteht kein zwingender Grund, vom geltenden Recht (§ 69 Abs. 1 und 2) abzuweichen. Eine bundesgesetzliche Konkretisierung dieser Bestimmung ist nicht erforderlich.

33. Zu Artikel VI (§ 74)

In § 74 ist folgender Absatz 2 anzufügen:

„(2) Durch Landesrecht können die Zuständigkeiten der Landesjugendämter nach diesem Abschnitt anderen Behörden übertragen werden.“

Begründung

Durch den Vorschlag soll die bisherige Regelung für die Fürsorgeerziehung (§ 70 RJWG) im Grundsatz aufrechterhalten bleiben; diese Regelung soll auch für die Zuständigkeiten bei der Freiwilligen Erziehungshilfe übernommen werden. Es besteht keine Veranlassung, durch bundesrechtliche Bestimmungen diejenigen landesrechtlichen Regelungen, nach denen Jugendämter Fürsorgeerziehungsbehörden sind, außer Kraft zu setzen. Diese Regelungen berücksichtigen die organisatorischen Gegebenheiten in den betreffenden Ländern und dienen insoweit der zweckmäßigen und einfachen Verwaltungsführung.

34. Zu Artikel VI (§ 75)

- a) In § 75 Abs. 4 ist Satz 2 wie folgt zu fassen:
 „Der Antrag kann von den nach § 65 Abs. 1 Satz 2 und 3 genannten Antragsberechtigten und von dem Minderjährigen selbst, wenn er das 14. Lebensjahr vollendet hat, gestellt werden.“

Begründung

Vergleiche Begründung zu dem Änderungsvorschlag zu Artikel VI (§ 66).

- b) In § 75 ist folgender Absatz 6 anzufügen:

„(6) Durch Landesrecht kann bestimmt werden, daß für die Entscheidung über die Aufhebung der Fürsorgeerziehung nach Absatz 4 an Stelle des Vormundschaftsgerichts das Landesjugendamt zuständig ist mit der Maßgabe, daß der Antragsteller gegen die Ablehnung des Antrags innerhalb von zwei Wochen seit Zustellung des ablehnenden Bescheides die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anrufen kann; gegen den Beschluß des Vormundschaftsgerichts findet die sofortige Beschwerde statt.“

Begründung

Die derzeitige Regelung in § 72 Abs. 3 RJWG sollte — unter Anpassung an die veränderte redaktionelle Fassung des Gesetzentwurfs — aufrechterhalten bleiben. Mit den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften, die die Zuständigkeit des Landesjugendamtes zur Aufhebung der Fürsorgeerziehung begründen, sind gute und Verwaltungsarbeit ersparende Erfahrungen gemacht worden. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Übertragung der Aufhebungsbefugnis auf die Landesjugendämter bestehen nicht. Bei der in Artikel 104 Abs. 2 Satz 1 GG genannten richterlichen Entscheidung über die Fortdauer einer Freiheitsentziehung handelt es sich lediglich um die Beschlußfassung über eine Verlängerung einer an sich abgelaufenen Freiheitsentziehung.

35. Zu Artikel VII (§ 76)

In § 76 Abs. 1 ist Satz 2 zu streichen;

in Absatz 6 Satz 2 sind vor dem Wort „Studentenwohnheime“ die Worte „Jugendbildungs-, Jugendfreizeitstätten und“ einzufügen.

Begründung

Die Ergänzung in Absatz 6 Satz 2 macht Absatz 1 Satz 2 überflüssig und gibt außerdem im Gegensatz zur Fassung des Regierungsentwurfs die Möglichkeit, durch Landesrecht auch Jugendherbergen und Jugenderholungsmaßnahmen unter Aufsicht zu stellen.

36. Zu Artikel VII (§ 76 a)

- a) In § 76 a sind unter Streichung des Absatzes 3 dem Absatz 1 folgende Sätze anzufügen:

„An die Stelle des Jugendamtes tritt das Landesjugendamt; die Aufsichtsbefugnisse werden durch Landesrecht geregelt. An der Wahrnehmung der Aufgaben kann das Jugendamt beteiligt werden.“

Begründung

Durch die textliche Umstellung soll klargestellt werden, daß die hier enthaltenen Regelungen für sämtliche Heime, in denen der Pflegekinder-Aufsicht unterliegende Minderjährige betreut werden oder Unterkunft erhalten, anwendbar sind. Durch die Änderung soll außerdem erreicht werden, daß die generelle Zuständigkeit der Landesjugendämter für die Pflegekinder-Aufsicht in Heimen sich auch auf die Erteilung der Pflegeerlaubnis in nicht befreiten Einrichtungen bezieht. Diese Regelung entspricht der gesamten Verantwortung des Landesjugendamtes für derartige Heime. Durch die Regelung wird insbesondere sichergestellt, daß die Entscheidung des Landesjugendamtes bei Ablehnung einer „Befreiung“ oder bei einer lediglich befristeten und mit Auflagen versehenen „Befreiung“ bei der Erteilung der einzelnen Pflegeerlaubnisse berücksichtigt wird. Sie muß allerdings zur Folge haben, daß die Beteiligung des örtlichen Jugendamtes an der Pflegekinder-Aufsicht sich nicht auf die Durchführung des § 27 RJWG beschränken darf.

- b) In § 76 a Abs. 2 ist Satz 2 wie folgt zu fassen:

„Die Befreiung ist zu versagen, wenn das Landesjugendamt feststellt, daß das leibliche, geistige oder seelische Wohl der Minderjährigen nicht gewährleistet ist. Das Nähere bestimmt das Landesrecht.“

Begründung

Die vorgesehene Fassung ermöglicht nicht in ausreichender Weise, eine Befreiung bei ungeeigneten Einrichtungen zu versagen; dies gilt nach den Erfahrungen für Einrichtungen einiger Erwerbsunternehmen.

37. Zu Artikel VIII (§ 76 b)

In § 76 b ist Absatz 3 Satz 1 wie folgt zu fassen:

„(3) Die Tat wird nur auf Antrag des Landesjugendamtes oder der nach § 74 Abs. 2 zuständigen Behörde verfolgt.“

Begründung

Notwendige Ergänzung im Hinblick auf den Änderungsvorschlag zu Artikel VI (§ 74).

38. Zu Artikel VIII (§ 76 d)

- a) In § 76 d Abs. 1 ist Nr. 2 zu streichen und Nr. 3 wie folgt zu fassen:

„3. eine nach § 26 erforderliche Anzeige nicht, nicht unverzüglich oder unrichtig erstattet.“

Begründung

Die Änderung ergibt sich aus dem Streichungsvorschlag zu Artikel IV (§§ 31 a, 31 b RJWG).

- b) In § 76 d Abs. 2 Nr. 2 sind die Worte „und 3“ zu streichen.

Begründung

Folge des Änderungsvorschlags zu Artikel VII (§ 76 a Abs. 1 und 3).

39. Zu Artikel IX (§ 76 f)

In § 76 f Abs. 2 sind nach den Worten „Bundessozialhilfegesetzes (Bundesgesetzbl. I S. . . .)“ die Worte „mit Ausnahme der §§ 76, 77 und 80“ einzufügen.

Begründung

Der Vorschlag dient der Klarstellung, daß für die Erziehungshilfe die allgemeine Einkommensgrenze nach § 75 angewendet werden soll.

40. Zu Artikel IX (§ 76 j)

- a) In § 76 j Abs. 1 ist Satz 2 durch folgenden Satzteil zu ergänzen:

„; zu den Kosten gehören auch die Kosten, die durch eine Unterbringung nach § 66 Abs. 2 angefallen sind, falls die vorläufige oder endgültige Fürsorgeerziehung angeordnet worden ist.“

Begründung

Es ist sachlich nicht zu rechtfertigen, den Minderjährigen oder seine Eltern auch dann von der Erstattung der nach § 66 Abs. 2 angefallenen Unterbringungskosten freizustellen, wenn sie zur Erstattung der Kosten herangezogen werden, die durch die Unterbringung infolge der Anordnung der vorläufigen oder endgültigen Fürsorgeerziehung angefallen sind. Es liegt dann im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und auch im Interesse der Erstattungspflichtigen, wenn auch die nach § 66 Abs. 2 angefallenen Unterbringungskosten von der gleichen Behörde eingezogen werden, die nach § 76 j zuständig ist.

- b) In § 76 j ist Absatz 4 zu streichen.

Begründung

Die Streichung ergibt sich aus der vorgeschlagenen Ergänzung zu Artikel VI (§ 70).

41. Zu Artikel X Nr. 2 (§ 12 JGG)

In § 12 JGG ist Satz 2 zu streichen.

Begründung

Die vorgesehene Fassung kann zu einer unerwünschten Auslegung des § 64 RJWG führen. Sie erweckt den Eindruck, als ob es vor der Anordnung der Fürsorgeerziehung stets eines — praktischen — Versuchs mit der Freiwilligen Erziehungshilfe bedürfte. Eine derartige Regelung ist aber nicht beabsichtigt. Sie würde auch zu erheblichen Schwierigkeiten führen.

Durch die vorgeschlagene Neufassung der §§ 57, 58 und 64 Satz 2 RJWG ist ein besonderer Vorbehalt im Jugendgerichtsgesetz entbehrlich.

42. Zu Artikel XIII

In Satz 2 sind die Worte „auf Grund dieses Gesetzes“ durch die Worte „auf Grund des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt oder auf Grund dieses Gesetzes“ zu ersetzen.

Begründung

Die Änderung ist notwendig, da Rechtsverordnungen nicht nur auf Grund dieses Gesetzes, sondern auch nach altem Reichsrecht (RJWG) ergehen können.

II.

Der Bundesrat hat mit Rücksicht auf die Ausführungen der Bundesregierung in der Begründung zu dem Gesetzentwurf (Seite 13) Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die im Entwurf vorgesehene Regelung nur aus Artikel 74 Nr. 7 GG (öffentliche Fürsorge), daneben auch aus Artikel 74 Nr. 1 GG (Bürgerliches Recht, Strafrecht, gerichtliches Verfahren) hergeleitet werden kann. Nach Auffassung des Bundesrates gehören nicht alle zur Jugendpflege zählenden Aufgaben zur öffentlichen Fürsorge im Sinne dieser Bestimmung.

Die Verhandlungen bei der Verabschiedung der Novelle von 1953, bei denen die Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung für den Bereich der Jugendpflege keineswegs eingehend geprüft wurde, stehen der jetzt vom Bundesrat vertretenen Auffassung nicht entgegen.

Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorschlägen des Bundesrates

Zu I.

Zu 1. (Artikel I Nr. 1 — § 2 Abs. 1 Satz 1)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Der Vorschlag ist eine Folge des Streichungsvorschlags zu Artikel II Nr. 11 (§ 14 a), dem nicht zugestimmt wird (s. zu 8.).

Zu 2. (Artikel I Nr. 2 — § 2 Abs. 1)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß in § 2 Abs. 1 hinter dem Wort „Schule“ die Worte „und Hochschule“ eingefügt werden.

Begründung

Es ist zweckmäßig, die im Vorschlag des Bundesrates enthaltene Rechtsmeinung, daß nach § 2 Abs. 1 RJWG die gesetzliche Zuständigkeit anderer öffentlicher Körperschaften oder Einrichtungen, insbesondere der Schule, auch die Zuständigkeit der Hochschule mit umfaßt, im Gesetz klarzustellen. Dabei ist davon auszugehen, daß unter dem Wort „gesetzlich“ in § 2 Abs. 1 RJWG nicht nur Gesetze im formalen Sinne zu verstehen sind.

Zu 3. (Artikel I Nr. 3 — § 2 a Abs. 1)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die Bundesregierung hält an der Grundkonzeption des § 2 a Abs. 1 fest, ist aber bereit, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eine neue Formulierung des § 2 a Abs. 1 zu prüfen.

Zu 4. (Artikel II Nr. 1 — § 3)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß in § 3 Nr. 1 an Stelle der Worte „in besonderen Fällen gemäß §§ 31 a und 31 b“ die Worte treten „, die bei ihrem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind, gemäß § 31 b“.

Begründung

Die Änderung der Worte ist eine Folge der Neufassung des Artikels IV (s. zu 16.).

Zu 5. (Artikel II Nr. 2 — § 4)

Zu a)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die Fassung des § 4 Abs. 1 Nr. 5 „Wohlfahrt der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts“ hat sich zur Abgrenzung der Aufgaben von Jugendamt und Schule bewährt. Soweit einzelne Länder beabsichtigen, diese Aufgaben näher abzugrenzen, besteht diese Möglichkeit im Rahmen des Schulrechts, das nach § 2 RJWG den Bestimmungen dieses Gesetzes vorgeht.

Zu b)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 6. (Artikel II Nr. 8 — § 11)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 7. (Artikel II Nr. 9 — § 13)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Auf die Begründung zu 33. (§ 74) wird verwiesen.

Zu 8. (Artikel II Nr. 11 — § 14 a)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Der Bundesrat hält § 14 a mit Rücksicht auf die von ihm vorgeschlagene Streichung des § 16, der nicht zugestimmt wird, für überflüssig. Auf die Begründung zu 10. (§§ 16 und 17) wird verwiesen.

Zu 9. (Artikel II Nr. 12 — § 15)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

§ 15 RJWG ist nicht durch die in § 4 Abs. 6 des Regierungsentwurfs vorgesehene Ermächtigung überflüssig geworden, da sich diese Ermächtigung nur auf Aufgaben nach § 4 bezieht, § 15 jedoch auf alle übrigen Aufgaben der Jugendämter. Deshalb bestand kein Anlaß, den § 15, der durch das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des RJWG vom 28. August 1953 neu gefaßt worden ist, in die Novellierung einzubeziehen. Soweit mit Rücksicht auf Artikel 80 Abs. 1 Satz 2 GG eine Konkretisierung der Ermächtigung für erforderlich gehalten wird, könnte dem im weiteren Gesetzgebungsverfahren Rechnung getragen werden, wie bereits in Beratungen des Bundesrates erwogen wurde.

Zu 10. (Artikel II Nr. 13 — § 16 — und Nr. 14 — § 17)
Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Unter Ausführung von Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 83 GG ist nur deren verwaltungsmäßige Ausführung zu verstehen (vgl. Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 30. März 1960 — 2 BvG 1/57 —, DÖV 1960 S. 424). Um eine solche verwaltungsmäßige Ausführung des Gesetzes handelt es sich jedoch bei den in § 16 Abs. 1 der Bundesregierung zugewiesenen Aufgaben nicht, so daß der Artikel 83 GG dieser Bestimmung nicht entgegensteht.

Im übrigen ist es ein besonderes Anliegen des Entwurfs, die Aufgaben aller öffentlichen Stellen, die für die Jugendwohlfahrt nach diesem Gesetz verantwortlich sind, ausdrücklich anzusprechen. Das sind nicht nur die Aufgaben der Jugendämter (§§ 3 und 4) und der Landesjugendämter (§ 13), das sind auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts insbesondere auch die Aufgaben der obersten Landesbehörden (§ 14 a) und der Bundesregierung (§ 16).

Es gibt auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt Förderungsaufgaben, die ihrer Natur nach notwendig von einer Bundesbehörde wahrgenommen werden müssen, z. B. Förderung von zentralen Institutionen, die auf Bundesebene bestehen. § 16 dient außerdem der Abgrenzung der Aufgaben der Jugendhilfe des Bundes gegenüber den Aufgaben der Länder und Gemeinden.

Da die Durchführung dieses Gesetzes von allgemeiner politischer Bedeutung ist, fordert § 16 Abs. 2 einen Bericht gegenüber Bundestag und Bundesrat. Von der Durchführung des § 16 Abs. 2 wird eine Intensivierung der öffentlichen Jugendhilfe erwartet, auch auf Landes- und Gemeindeebene.

Das nach § 17 zu errichtende Bundesjugendkuratorium hat für die gesamte Durchführung des Jugendhilfegesetzes eine so große Bedeutung, daß seine gesetzliche Verankerung angezeigt ist.

Zu 11. (Artikel III Nr. 1 — § 19)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Das Jugendarbeitsschutzgesetz sieht eine Eignungserklärung überhaupt nicht vor. Abgesehen von den in Familienhaushalten mit hauswirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Jugendlichen ist nicht einmal eine Anzeigepflicht als Voraussetzung der Eignungserklärung vorgesehen. Die Aufsicht über die in der Hauswirtschaft tätigen Jugendlichen kann überdies auf gelegentliche Revisionen beschränkt werden (vgl. § 60 Abs. 1 Satz 2 Jugendarbeitsschutzgesetz), so daß für sie nicht einmal die laufende Überwachung gesichert ist. Da aber für die unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fallenden Jugendlichen eine Eignungserklärung der Unterkünfte nicht vorgesehen ist, beschränkt sich die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsämter nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Jugend-

arbeitsschutzgesetz lediglich auf die Überwachung. Damit entfallen wichtige Voraussetzungen des Vorschlags.

Die Bundesregierung ist bereit, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob § 19 Abs. 2 Buchstabe d im Zusammenhang mit § 31 b neu gefaßt werden kann. Die Aufnahme von Arbeitsverhältnissen und der Abschluß von Lehr- und Anlernverträgen soll durch eine Neufassung nicht erschwert werden.

Zu 12. (Artikel III Nr. 2 — § 20)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 13. (Artikel III Nr. 9 — Unterabschnitt 4, §§ 28 und 29)

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Bundesregierung behält sich vor, im Laufe des weiteren Gesetzgebungsverfahrens eine Neufassung des § 28 vorzulegen.

Zu 14. (Artikel III Nr. 11 — § 31)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 15. (Artikel III nach Nr. 11 — § 31 a, Vorschlag Bundesrat)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Bisher war in § 31 RJWG der Landesgesetzgebung die Befugnis vorbehalten, weitere Vorschriften zum Schutz von Pflegekindern zu erlassen. Die Länder haben auf dieser Grundlage den Pflegekinderschutz ausführlich geregelt. Der Entwurf übernimmt weitgehend den erweiterten Pflegekinderschutz der Länder. Ein Bedürfnis zu einer über § 31 der Regierungsvorlage hinausgehenden Befugnis der Länder besteht jedoch nicht. Eine so weitgehende Regelung, wie sie der vorgeschlagene § 31 a in der Fassung des Bundesrates enthält, würde die erstrebte Rechtseinheit im Bundesgebiet gefährden.

Zu 16. (Artikel IV — §§ 31 a und 31 b)

Dem Vorschlag wird zugestimmt, soweit Streichung des § 31 a empfohlen wird.

Begründung

Da die Bundesregierung der Streichung von § 19 Abs. 2 Buchstabe d nicht zugestimmt hat, kann auf die Schutzbestimmung des § 31 b nicht verzichtet werden. Die Bundesregierung wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren prüfen, ob § 31 b an anderer Stelle des Entwurfs und gegebenenfalls auch in einer neuen Fassung eingeordnet werden kann.

Mit Rücksicht auf die Streichung des § 31 a sind in der Überschrift von Abschnitt III a an Stelle der Worte „in besonderen Fällen“ die Worte zu setzen „die bei einem Lehrherrn oder Arbeitgeber untergebracht sind“.

Zu 17. (Artikel V nach Nr. 1 — § 32)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 18. (Artikel V Nr. 2 — § 35)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß der vorgeschlagene § 35 Abs. 1 Satz 2 wie folgt gefaßt wird:

„Wird die Unehelichkeit des Kindes erst später festgestellt oder ergibt sich seine Unehelichkeit daraus, daß der Ehemann seiner Mutter für tot erklärt oder dessen Todeszeit gerichtlich festgestellt wird, so erlangt das Jugendamt die Vormundschaft, in dessen Bezirk das Kind in dem Zeitpunkt, in dem die gerichtliche Entscheidung rechtskräftig wird, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.“

Begründung

Die Neufassung dient der Klarstellung.

Zu 19. (Artikel V nach Nr. 2 — § 36)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die vom Bundesrat bezweckte Klarstellung wird durch die vorgeschlagene Ergänzung des § 36 Satz 2 RJWG nach Auffassung der Bundesregierung nicht erreicht. Sie erscheint nicht erforderlich, weil die bisherige Formulierung in der Praxis nicht zu Schwierigkeiten geführt hat.

Zu 20. (Artikel V nach Nr. 2 a — § 42)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Würde diesem Vorschlag entsprochen, so würde eine Lücke im Gesetz entstehen, da nicht mehr bestimmt wäre, wer Gemeindewaisenrat für die unter Vormundschaft stehenden Volljährigen ist. Eine entsprechende Regelung ist weder im Bundessozialhilfegesetz noch im Familienrechtsänderungsgesetz beabsichtigt.

Zu 21. (Artikel V Nr. 3 — § 43)

Zu a)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß § 43 Abs. 1 Satz 1 der Regierungsvorlage erhalten bleibt.

Begründung

§ 1694 BGB ist eine zentrale Aufgabe des Jugendamts und soll deshalb bei der Neufassung des RJWG besonders herausgestellt werden.

Zu b) bis d)

Den Vorschlägen wird zugestimmt.

Zu 23. (Artikel VI — § 58)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 24. (Artikel VI — § 59)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 25. (Artikel VI — § 62)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die sachlichen Voraussetzungen für die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe sind in § 62 abschließend geregelt. Es ist geboten, dem Landesjugendamt darüber hinaus keinen weiteren Ermessensspielraum ohne nähere Umgrenzung zu gewähren.

Die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe erfolgt zur Zeit auf Grund des § 6 Abs. 1 Buchstabe d der Reichsgrundsätze zur Fürsorgepflichtverordnung. Auf die nach der Fürsorgepflichtverordnung zu gewährenden Hilfen besteht ein Rechtsanspruch, wie durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Juni 1954 (Amtliche Sammlung Bd. 1 S. 159) festgestellt wurde. Die Gewährung der Freiwilligen Erziehungshilfe stellt also entgegen der Meinung des Bundesrates auch nach bisherigem Recht keine „Kann-Leistung“ dar.

Zu 26. (Artikel VI — § 63)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die vorgeschlagene Neufassung ist nur eine Folge des Änderungsvorschlags zu § 62, dem nicht zugestimmt wird (s. zu 25.).

Zu 27. (Artikel VI — § 64)

Dem Vorschlag des Bundesrates wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß § 64 Satz 2 zweiter Halbsatz wie folgt gefaßt wird:

„, wenn keine ausreichende andere Erziehungsmaßnahme gewährt werden kann.“

Begründung

Der Regierungsentwurf geht im Abschnitt VI davon aus, daß Maßnahmen, die im Einvernehmen mit den Personensorgeberechtigten getroffen werden, den Vorzug haben vor Maßnahmen, die auf Grund eines gerichtlichen Verfahrens eingeleitet werden. Fürsorgeerziehung soll daher nicht angeordnet werden, wenn sie durch eine ausreichende andere Maßnahme, insbesondere durch Freiwillige Erziehungshilfe, vermieden werden kann. Dieser Grundsatz wird in dem Vorschlag des Bundesrates durchbrochen, weil hiernach der Richter lediglich zu prüfen hätte, ob bereits eine „ausreichende andere Erziehungsmaßnahme gewährt wird“, nicht aber, ob ihre Gewährung möglich ist.

Zu 28. (Artikel VI — § 66)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 29. (Artikel VI — § 67)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 30. (Artikel VI — § 68)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 31. (Artikel VI — § 70)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 32. (Artikel VI — § 71)

Zu a)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu b)

Dem Vorschlag des Bundesrates wird unter der Voraussetzung zugestimmt, daß eine entsprechende Regelung im Familienrechtsänderungsgesetz erfolgt und dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Zu c)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Im Falle der Trennung eines Kindes von seiner Familie ist die Berücksichtigung der religiösen oder weltanschaulichen Erziehung konkreter und verbindlicher zu regeln als im zur Zeit geltenden Gesetz.

Das RJWG stellt bei der Unterbringung eines Minderjährigen in einer Familie oder in einem Heim nur auf den Begriff des „Bekenntnisses“ des Minderjährigen ab. Die Regierungsvorlage unterscheidet dagegen in Anlehnung an andere Gesetze zwischen „Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft“, vgl. z. B. § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Personenstandsgesetzes.

Zu 33. (Artikel VI — § 74)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die vom Bundesrat geäußerten Bedenken gegen eine bundeseinheitliche Regelung der Verwaltungsführung auf den Gebieten der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung werden nicht verkannt. Fachkreise der Jugendhilfe haben andererseits dringend gebeten, die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung bundesrechtlich einheitlich den Landesjugendämtern zu übertragen, weil diese über umfassendere und besondere Spezialkenntnisse über die einzelnen Erziehungsstellen verfügen. Zudem obliegt die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung in fast allen Bundesländern bereits jetzt den Landesjugendämtern. Auch im Hinblick auf die Heraufsetzung der Altersgrenzen in den §§ 62, 64 ergibt sich die Notwendigkeit, geeignete Heime für über 18 Jahre alte Minderjährige bereitzustellen. Die gemäß § 72 gebotene Differenzierung der Heime ist nur im Bereich von Landesjugendämtern durchführbar.

Zu 34. (Artikel VI — § 75)

Zu a) und b)

Den Vorschlägen wird zugestimmt.

Zu 35. (Artikel VII — § 76)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Jugendbildungs- und Jugendfreizeitstätten sollen deshalb nicht unter Heime und Einrichtungen von § 76 Abs. 1 Satz 1 fallen, weil ihre Aufgabe in der Freizeitgestaltung und Jugendbildung, nicht aber in der regelmäßigen Betreuung einzelner Minderjähriger oder in der regelmäßigen Bereitstellung von Unterkünften liegt.

Für Studentenwohnheime erübrigt sich im allgemeinen eine Heimaufsicht. Gemäß § 76 Abs. 6 bestimmt sich nach Landesrecht, unter welchen Voraussetzungen Sonderregelungen für Studentenwohnheime angebracht sind.

Zu 36. (Artikel VII — § 76 a)

Zu a)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu b)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Die Fassung der Regierungsvorlage entspricht dem geltenden Recht. Sie ist seinerzeit eingefügt worden, um die Heime davor zu schützen, daß die Befreiung aus anderen als rein sachlichen Gründen versagt werden könnte und daß die Heime dann vor der Aufnahme jedes neuen Pflegekindes die Erlaubnis des Jugendamtes einholen müßten. Eine solche Sicherung der freien Einrichtungen muß auch künftig bundeseinheitlich gewahrt bleiben.

Der Vorschlag des Bundesrates würde es den Landesjugendämtern ermöglichen, die Befreiung zu versagen, ohne daß hierfür im Gesetz bestimmte Voraussetzungen festgelegt wären. Eine so weitgehende Ermessensentscheidung ist aber aus rechtsstaatlichen Erwägungen nicht vertretbar.

Das Bedenken des Bundesrates, daß die bisherige Formulierung das Wohl des Kindes nicht in ausreichender Weise sichere, erscheint nicht begründet. Liegen schon bei Antragstellung offenkundige schwerwiegende Mängel vor, so ist bereits nach der jetzigen Fassung die Befreiung zu versagen.

In der Regel werden sich jedoch Mängel erst nach der Inbetriebnahme eines Heimes herausstellen. Für diese Fälle ermöglicht die Heimaufsicht nach § 76 ein sofortiges Eingreifen der Behörde.

Dem weiteren Anliegen des Bundesrates, auf das leibliche, geistige oder seelische Wohl abzustellen, wird dadurch Rechnung getragen, daß § 76 Abs. 2 Satz 2 wie folgt gefaßt wird:

„Die Befreiung ist nur zu versagen, wenn das leibliche, geistige oder seelische Wohl der Minderjährigen nicht gewährleistet ist.“

Zu 37. (Artikel VIII — § 76 b)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Der Vorschlag ist nur eine Folge des Ergänzungsvorschlags zu § 74 (s. zu 33.), dem nicht zugestimmt wird.

Zu 38. (Artikel VIII — § 76 d)

Zu a)

Den Vorschlägen wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß § 76 d Abs. 1 Nr. 3 wie folgt gefaßt wird:

„3. eine nach § 26 allein oder in Verbindung mit § 31 b Abs. 2 erforderliche Anzeige nicht, nicht unverzüglich oder unrichtig erstattet,“.

Begründung

Die Abweichung vom Vorschlag des Bundesrates ergibt sich daraus, daß der Streichung des § 31 b nicht zugestimmt wird (vgl. zu 16.).

Zu b)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 39. (Artikel IX — § 76 f)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 40. (Artikel IX — § 76 j)

Zu a)

Dem Vorschlag wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß die vom Bundesrat vorgeschlagene Ergänzung als Absatz 5 in folgender Fassung angefügt wird:

„(5) Im Sinne dieser Vorschrift rechnen die Kosten einer Unterbringung nach § 66 Abs. 2 zu den Kosten der Fürsorgeerziehung, wenn die vorläufige oder endgültige Fürsorgeerziehung angeordnet worden ist.“

Begründung

Der Vorschlag des Bundesrates hätte zur Folge, daß nach § 14 Abs. 1 Satz 1 der Kostenordnung Unterbringungskosten nach § 66, soweit sie als Auslagen des gerichtlichen Verfahrens zu erheben sind, dem Gericht in Rechnung gestellt und nach Absatz 1 Nr. 1 der Justizbeitragsordnung eingezogen werden. Das ist jedoch vom Bundesrat nicht gewollt.

Zu b)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 41. (Artikel X Nr. 2 — § 12 JGG)

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Begründung

Auf die durch § 12 Satz 2 JGG erstrebte Klarstellung kann nicht verzichtet werden, zumal der Änderung des § 64 Satz 2 in der vom Bundesrat vorgeschlagenen Fassung nicht zugestimmt wird.

Zu 42. (Artikel XIII)

Dem Vorschlag wird zugestimmt.